

**HESSISCHER LANDTAG**

29. 01. 2013

**127. Sitzung**

Wiesbaden, den 29. Januar 2013

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	8895	<b>Frage 790</b> .....	8899
<i>Entgegengenommen</i> .....	8895	Martina Feldmayer .....	8899, 8899, 8899
Präsident Norbert Kartmann .....	8895	Ministerin Lucia Puttrich .....	8899, 8899, 8900, 8900
Hermann Schaus .....	8938	Daniel May .....	8900
Holger Bellino .....	8939		
Vizepräsident Frank Lortz .....	8939		
<b>37. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit verbessern</b>		<b>Frage 791</b> .....	8900
– <b>Drucks. 18/6891</b> – .....	8895	Martina Feldmayer .....	8900, 8900
<i>Zurückgezogen</i> .....	8895	Minister Florian Rentsch .....	8900, 8900
<b>1. Fragestunde</b>		<b>Frage 792</b> .....	8901
– <b>Drucks. 18/6821</b> – .....	8895	Lothar Quanz .....	8901, 8901
<i>Abgehalten</i> .....	8908	Minister Florian Rentsch .....	8901, 8901
<b>Frage 787</b> .....	8895	<b>Frage 793</b> .....	8901
Dieter Franz .....	8895, 8896, 8897	Sigrid Erfurth .....	8901, 8902
Minister Boris Rhein .....	8896, 8896, 8897, 8897, 8897	Minister Dr. Thomas Schäfer .....	8901, 8902, 8902
Norbert Schmitt .....	8896	Norbert Schmitt .....	8902
Torsten Warnecke .....	8897		
 		<b>Frage 794</b> .....	8903
<b>Frage 788</b> .....	8897	Gerhard Merz .....	8903
Torsten Warnecke .....	8897	Minister Stefan Grüttner .....	8903
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	8898		
 		<i>Die Frage 795 wurde vom Fragesteller zurück- gezogen.</i>	
<b>Frage 789</b> .....	8898	<b>Frage 796</b> .....	8903
Torsten Warnecke .....	8898, 8898, 8898	Janine Wissler .....	8903, 8903, 8904
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	8898, 8898, 8899	Minister Axel Wintermeyer .....	8903, 8903, 8904, 8904, 8904, 8904
		Marius Weiß .....	8903
		Daniel May .....	8904
		Hermann Schaus .....	8904

<b>Frage 797</b> .....	8904
Ismail Tipi .....	8904
Minister Stefan Grüttner .....	8904, 8905
Kordula Schulz-Asche .....	8905
<b>Frage 798</b> .....	8905
Heike Hofmann .....	8905
Minister Boris Rhein .....	8905
<b>Frage 799</b> .....	8905
Claudia Ravensburg .....	8905
Minister Stefan Grüttner .....	8905
<b>Frage 800</b> .....	8906
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) .....	8906, 8906
Minister Boris Rhein .....	8906, 8906, 8906, 8906
Günter Rudolph .....	8906
Hermann Schaus .....	8906
<b>Frage 801</b> .....	8907
Marjana Schott .....	8907
Minister Stefan Grüttner .....	8907
<b>Frage 802</b> .....	8907
Marjana Schott .....	8907
Minister Stefan Grüttner .....	8907
<b>Frage 803</b> .....	8907
Klaus Dietz .....	8907
Ministerin Lucia Puttrich .....	8907
<b>Frage 804</b> .....	8907
Klaus Dietz .....	8907
Ministerin Lucia Puttrich .....	8907, 8907, 8908
Sabine Waschke .....	8907
Karin Müller (Kassel) .....	8908

*Die Fragen 805 bis 807 sollen auf Wunsch der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.*

<b>2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend „Hessische Wachstumspolitik: Zukunft erfolgreich gestalten“</b> .....	8908
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	8938
Minister Florian Rentsch .....	8908
Thorsten Schäfer-Gümbel .....	8914
Dr. Walter Arnold .....	8919
Tarek Al-Wazir .....	8924
Janine Wissler .....	8930
Jürgen Lenders .....	8934
<b>3. Nachwahl eines Mitglieds des Theaterbeirats beim Staatstheater Darmstadt</b> .....	8938
<b>Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucks. 18/6837 –</b> .....	8938
<i>Gewählt:</i>	
<i>Abg. Karin Neipp</i> .....	8938
<b>60. Nachwahl eines Mitglieds der Kommission gemäß dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz</b> .....	8938
<b>Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucks. 18/6902 –</b> .....	8938
<i>Gewählt:</i>	
<i>Abg. Nancy Faeser</i> .....	8938
<b>4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)</b> .....	8939
<i>– Drucks. 18/6549 –</i> .....	8939
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> .....	8947
Janine Wissler .....	8939, 8941
Clemens Reif .....	8940, 8942
Kai Klose .....	8943
Gernot Grumbach .....	8944
Jürgen Lenders .....	8945
Minister Florian Rentsch .....	8946

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Frank Lortz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein  
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
Kultusministerin Nicola Beer  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich  
Sozialminister Stefan Grüttner  
Staatssekretär Michael Bußer  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier  
Staatssekretär Werner Koch  
Staatssekretär Horst Westerfeld  
Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz  
Staatssekretär Ingmar Jung  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister

Abwesende Abgeordnete:

Michael Boddenberg  
Uwe Frankenberger  
Dorothea Henzler  
Reinhard Kahl



(Beginn: 14:03 Uhr)

### Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung des Hessischen Landtags, die erste im Jahr 2013. Ich begrüße alle Abgeordneten, die Mitglieder des Kabinetts, alle Besucher und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses recht herzlich.

Ich erlaube mir, Ihnen am Anfang des Jahres noch einmal in Gänze meine besten Wünsche für ein gutes Jahr 2013 zu übermitteln. In Wahljahren folgt nun der Satz: Ich wünsche Ihnen alles Gute, politisch jedem das, was er sich wünscht – nicht für alle.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das nehme ich jetzt persönlich!)

Es ist klar, das ist auch wichtig für die Öffentlichkeit: Wenn wir Politik machen, sind wir Wettbewerber, und jeder möchte am Ende siegreich sein. Das ist das Gute an der Demokratie, und das ist auch das, was wir weiter verteidigen sollen. Die Frage, wie und mit welchen Mitteln wir es machen, entscheidet jeder für sich.

Ich wünsche mir einen harten und fairen Wahlkampf – von heute an; denn wir sind quasi mittendrin, noch nicht offiziell. Aber das bedeutet nicht, dass ich nicht trotz allem von Herzen wünsche, dass Sie alle gesund und munter bleiben. Dass ich viele wieder begrüßen kann, oder wer auch immer Sie dann begrüßen wird, will ich in meinen Wunsch mit einfließen lassen. In diesem Sinne wünsche ich uns, dem Hessischen Landtag, alles Gute, und Ihnen persönlich auch.

(Allgemeiner Beifall)

Wie immer beginnt die Sitzung mit amtlichen Mitteilungen. Da gab es früher bei uns im Dorf ein Schwarzes Brett; das reicht hier nicht, ich muss es verkünden.

Das Erste, was ich mitteilen möchte, ist, daran zu erinnern, dass mit Ablauf des letzten Jahres der frühere Abg. Milde sein Mandat niedergelegt hat. Ist er zufällig hier?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

– Das ist der Unterschied zu früher. – Damit einher geht, dass jemand nachgerückt ist. Ich begrüße herzlich in unserer Mitte Frau Abg. Karin Neipp.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Abgeordnete, ich wünsche Ihnen eine gute Zeit im Hessischen Landtag und freue mich auf die Zusammenarbeit.

Nun kommen wir zur Tagesordnung. Die Tagesordnung vom 22. Januar 2013 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 60 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung unter den Punkten 53 bis 57 entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen, die wir am Donnerstagmorgen ab 9 Uhr abhalten werden.

Eingegangen und an Sie verteilt worden ist zu Tagesordnungspunkt 32 ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/6922, zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Fahndungsdruck auf Steuerhinterzieher erhöhen – Aktionsprogramm Steuerehrlichkeit schaffen,

Drucks. 18/6858. Dafür zieht die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag unter **Tagesordnungspunkt 37**, Drucks. 18/6891, zurück.

(Günter Rudolph (SPD): Moment! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie einmal so reden, dass wir es verstehen können?)

– Okay. Ich muss mich etwas vorbeugen. Wenn Sie es hinten lauter stellen, kann ich wieder normal sitzen.

Ich rufe auf den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Reform des Länderfinanzausgleichs klug vorantreiben – Verfassungsklage gut vorbereiten – Risiken eingrenzen und sorgfältig bewerten – Wahlkampfgetöse unterlassen, Drucks. 18/6923. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das Tagesordnungspunkt 61 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 41 aufgerufen werden. – Kein Widerspruch, dann verfahren wir so.

Außerdem eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Hochschulfinanzierung angemessen gestalten, Drucks. 18/6924. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist auch der Fall. Das bedeutet, dass dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 62 wird. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

Dann ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend „Abbautreppe“ der hessischen Nettoverschuldung ist bereits jetzt Makulatur, Drucks. 18/6925. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Dem wird nicht widersprochen. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 63, bei fünf Minuten Redezeit je Fraktion

Jetzt kann ich Sie fragen: Wird die ganze Tagesordnung so genehmigt? – Kein Widerspruch, dann ist sie so genehmigt.

Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde; das ist Regelwerk. Dann kommt Punkt 2, die Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Für heute entschuldigt fehlen Herr Staatsminister Michael Boddenberg, Frau Abg. Dorothea Henzler, Herr Abg. Uwe Frankenberger und Herr Abg. Reinhard Kahl.

Meine Damen und Herren, wie Sie auch einer Pressemitteilung des Hessischen Landtags entnehmen konnten, werden ab heute die Plenardebatten als Livestream übertragen. In Kooperation mit Hit Radio FFH wird der Livestream sowohl auf der Homepage des Hessischen Landtags als auch auf der Homepage des Radiosenders bereitgestellt. Ich hoffe, dass das dann auch ein Hit wird.

Das waren die Mitteilungen. Wir können dann in die Tagesordnung einsteigen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde – Drucks. 18/6821 –**

Ich beginne mit der **Frage 787** aus der letzten Fragestunde. Herr Abg. Franz.

**Dieter Franz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ist es vertretbar, dass bei restriktiver Anwendung der Leitlinien für die Kommunalaufsicht das Angebot an Sportstätten, wie z. B. bei der Kleinschwimmanlage in Obersuhl, erheblich eingeschränkt wird oder sogar wegfällt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Franz, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kommt, wie so oft im Leben, auf den konkreten Einzelfall an. Die zentrale Aufgabe der Finanzaufsicht bzw. der Kommunalaufsicht im Rahmen der Haushaltsgenehmigung ist nach § 103 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung die Genehmigung des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahme für Investitionen. Dabei hat die Aufsichtsbehörde natürlich auch die Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte – ich kürze das jetzt ab – des Innenministeriums vom 6. Mai 2010 einzubeziehen.

Die Genehmigung einer entsprechenden Kreditaufnahme ist in der Regel dann zu versagen, wenn die Kreditverpflichtung nicht mit der Leistungsfähigkeit, insbesondere mit der dauernden Leistungsfähigkeit, der Gemeinde in Einklang steht. Entscheidend für eine solche Beurteilung ist unter anderem die Verschuldenssituation, aber insbesondere auch die daraus resultierende Belastung aus Zins- und Tilgungsaufwand. Weiterhin ist natürlich auch zu prüfen bzw. erheblich für eine entsprechende Entscheidung der Aufsichtsbehörde, welche künftigen Belastungen für die Gemeinde unmittelbar und mittelbar durch die weitere Kreditaufnahme eintreten. Dabei sind die Belastungen nicht nur für das aktuelle Haushaltsjahr zu berücksichtigen, sondern auch für künftige Haushaltsjahre.

Investitionsmaßnahmen und die dafür notwendigen Kreditaufnahmen sind nach der Leitlinie vorrangig zur Erfüllung von Pflichtaufgaben zu tätigen. Bei nachweislich unabweisbaren Investitionen in Pflichtaufgaben müssen Investitionen im Bereich der freiwilligen Aufgaben natürlich zurückstehen.

Die Landräte, die bei kreisangehörigen Gemeinden unter 50.000 Einwohnern für die entsprechende Prüfung und Genehmigung zuständig sind, pflegen zugunsten der Belange des Sportes grundsätzlich eine sehr wohlwollende Genehmigungspraxis. Das ist so gewollt und wird von uns als Innenministerium deutlich unterstützt. Wenn eine Investition in Sportstätten die Leistungsfähigkeit einer Kommune aber dauerhaft gefährden würde, dann muss eine verantwortungsbewusste Aufsicht die für die Investition erforderliche Kreditgenehmigung versagen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Franz.

**Dieter Franz (SPD):**

Wie stehen Sie zu der Tatsache, dass die Kommunalaufsicht des Kreises Hersfeld-Rotenburg die geplante Investitionsmaßnahme der Gemeinde Wildeck untersagt hat, wobei sie den Sanierungswillen der Kommune nicht vollumfänglich berücksichtigte? Auf der einen Seite sind Sie Minister für Sport – Sie geben über das Sportprogramm ent-

sprechende Bewilligungsbescheide aus –, auf der anderen Seite werden diese Bewilligungsbescheide von der örtlichen Kommunalaufsicht kassiert.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Franz, für die Beantwortung Ihrer Frage muss man die Hintergründe und die finanziell sehr prekäre Situation der Gemeinde kennen. Der für die Sanierung der Kleinschwimmhalle in Wildeck vorgesehene Kreditbetrag belief sich auf ungefähr 500.000 €, aufgeteilt auf zwei Jahre, jeweils ca. 250.000 €.

Der Landrat als Kommunalaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 7. November 2012 die Genehmigung auch deswegen versagt, weil die Gemeinde in der Frage der Bewältigung der Folgekosten keine – jedenfalls dem Landrat – nachvollziehbaren Deckungsvorschläge vorgelegt hat. Der Landrat hat deswegen gesagt, dass die mit dem Vorhaben verbundene Kreditverpflichtung mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht in Einklang stehe.

Herr Abg. Franz, dabei muss man wissen, dass der Schuldenstand der Gemeinde Wildeck wirklich besorgniserregend hoch ist. Wildeck hat 4.940 Einwohner, und der Schuldenstand der Gemeinde betrug zum 31. Dezember 2012 34,5 Millionen €, was einer Verschuldung von rund 7.000 € pro Einwohner entspricht. Das ist die zweithöchste Verschuldung pro Einwohner im Landkreis Hersfeld-Rotenburg.

Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass die Abteilung VI, die Sportabteilung bei uns im Hause, im Rahmen des Hallenbadinvestitionsprogramms Förderungen vergibt. In den vergangenen Jahren haben wir dafür 50 Millionen € zur Verfügung gestellt. 100 Hallenbäder wurden damit in Hessen saniert; wir haben ihnen wieder zu einem entsprechenden Betrieb verholfen. Die Abteilung VI prüft aus sportfachlicher Sicht, ob ein Zuschuss zu gewähren ist oder nicht. Unsere Sportabteilung prüft dabei aber nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune. Das muss jede Kommune für sich selbst verantwortungsvoll entscheiden. Wenn sie klug ist, dann nimmt sie vorher mit dem Landrat bzw. mit der Kommunalaufsicht Kontakt auf, ob es einen Weg gibt, eine solche Kreditaufnahme zu genehmigen.

Ich glaube, es liegt auf der Hand: Wenn sich eine Gemeinde bis über beide Ohren verschuldet hat – das ist hier der Fall –, dann ist klar, dass man über entsprechende Investitionen ein Stückchen länger diskutieren muss. Die Frage, ob eine Investition finanzpolitisch vertretbar ist, müssen die Kommunen entscheiden – im besten nach frühzeitiger Absprache mit der Aufsichtsbehörde.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Schmitt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Minister, nach Ihren vielen Worten frage ich ganz kurz: Halten Sie es nicht für schizophren, dass die Landes-

regierung für ein Sportstättenanierungsprogramm wirbt, das Schwimmen als sehr wichtig erachtet, gleichzeitig aber den Kommunen, die dieses Programm umsetzen wollen, nur Steine in den Weg legt oder ihnen Investitionen untersagt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Ganz im Gegenteil, das ist alles andere als schizophoren. Wir haben festgestellt: Das große Problem vor Ort ist, dass es keine entsprechenden Gelegenheiten für das Schwimmen gibt, dass es erhebliche Mängel im Erteilen von Schwimmunterricht gibt. Dies liegt nicht daran, dass das nicht im Lehrplan stünde, dies liegt nicht daran, dass das nicht gewollt wäre, sondern einfach daran, dass das vor Ort teilweise nicht möglich ist.

Diese Koalition hat entschieden – ich danke den Abgeordneten von CDU und FDP, die das getan haben –, in einer einmaligen großen Leistung ein Sonderprogramm in Höhe von 50 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Wir haben damit die Sanierung von 100 Schwimmhallen angepackt. Das geht natürlich nur dann, wenn auch die Kommunen Geld in die Hand nehmen, wenn teilweise auch die Landkreise Geld in die Hand nehmen und wenn man es sich leisten kann. Es stellt sich doch auch die Frage, wie man mit den Generationen umgeht, die nach uns kommen, dass man eben nicht Berge über Berge an Schulden aufhäuft, die nicht mehr abgebaut werden können, durch die die finanziellen Handlungsspielräume kommender Generationen eingeschränkt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Franz.

**Dieter Franz (SPD):**

Zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde Wildeck. Sie haben eben die Schulden in Höhe von 34 Millionen € erwähnt. Davon sind alleine 21 Millionen € in den Eigenbetrieb geflossen, sodass dort in großem Umfang „rentierliche“ Schulden gebucht sind.

Wenn Sie Ihre eben getätigte Äußerung zum Maßstab nehmen, frage ich Sie: Ist für die Landesregierung künftig der Maßstab, dass sich nur noch finanzstarke Kommunen ein sportliches Angebot in dieser Form leisten können, während insbesondere in ländlichen – und damit finanzschwachen – Regionen die Kommunen, Bürger und Vereine ein solches Angebot nicht mehr erhalten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Nein, Herr Abg. Franz. Die Frage ist vielmehr: Was ist verantwortlich, was kann sich eine verantwortungsvoll handelnde Gemeinde leisten, was kann sie stemmen, und wie

können wir sie dabei unterstützen? Deshalb haben wir 50 Millionen € in einer einmaligen Kraftanstrengung zur Verfügung gestellt, wie man deutlich hervorheben muss.

Die Frage ist immer: Welche Prioritäten setzt man? Die Schulden sind ja nicht „irgendwie“ aufgelaufen, sondern deshalb, weil man vor Ort offensichtlich andere Prioritäten als den Erhalt der Schwimmhalle gesetzt hat. Ihre Frage dürfen Sie also nicht mir, sondern müssen sie vor Ort den Gemeindevertretern und dem Bürgermeister stellen. Wir haben in den letzten Jahren Gelder in Höhe von 50 Millionen € zur Verfügung gestellt, damit Schwimmhallen saniert werden konnten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Letzte Zusatzfrage, Herr Kollege Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Innenminister Rhein, haben Sie eine Erklärung dafür, warum das von Ihnen ansonsten viel gepriesene Schutzschirmkonzept ausgerechnet für die Kommune im Landkreis Hersfeld-Rotenburg nicht gegriffen hat, die die höchste Pro-Kopf-Verschuldung und einen unausgeglichene Haushalt hat, und stattdessen sechs andere Kommunen unter den Schutzschirm gekommen sind?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Das wird damit zusammenhängen, dass man vor Ort in den Verhandlungen zu keinem Ergebnis gekommen ist, dass es offensichtlich nicht gereicht hat, zu sagen: „Wir wollen 500.000 € für eine zusätzliche Leistung aufnehmen“. Wie ich eben gesagt habe, ist immer die Frage, welche Prioritäten gesetzt werden und wo sie gesetzt werden. Offensichtlich sind sie vor Ort nicht für das Schwimmen, nicht für den Sport gesetzt worden, sondern für andere Maßnahmen. Deswegen sind auch andere Maßnahmen zuerst finanziert worden.

Als kein Geld mehr da gewesen ist, musste man Geld aufnehmen, um dann den offensichtlich zu kurz gekommenen Sport zu finanzieren, was dann aber nicht mehr möglich gewesen ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe die **Frage 788** auf. Herr Abg. Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hoch sind die jährlich geschätzten Steuermehreinnahmen im Lande Hessen, die aus der Nichtinanspruchnahme des Steuerfreibetrages – daraus resultierendem Verzicht des Rückzahlungsanspruchs – bei gezahlter Abgeltungssteuer entstehen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Warnecke, ich bedauere außerordentlich, Ihnen diese Frage nicht beantworten zu können. Sie wissen, dass die Quellensteuer auf Kapitalerträge in Form einer Abgeltungsteuer erhoben wird. Abgeltungsteuer bedeutet, dass die Zahlstelle, also in der Regel die Bank, die entsprechenden Steuerbeträge, die auf die Kapitalerträge anfallen, anonymisiert an die Finanzbehörden abführt, ohne die persönlichen Daten des Steuerpflichtigen mitzuteilen. Damit ist ein Rückschluss über die Höhe der gezahlten Kapitalerträge an Steuerpflichtige nur dann möglich, wenn die Beteiligten sie in ihrer Steuererklärung gesondert angeben, um den Sparerfreibetrag auszuschöpfen. Aber Sie wollten es ausgerechnet nicht von denjenigen wissen, die es sich durch die Steuererklärung wieder holen, sondern von den anderen. Die anderen können wir aus den genannten Gründen nicht ermitteln.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann rufe ich die **Frage 789** des Kollegen Warnecke auf.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wird allen Kommunen im Rahmen des „Kommunalen Schutzschilds“ ein jeweils genereller Investitionsrahmen zur Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur zugestanden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Warnecke, wie jede andere Kommune dürfen Schuttschirmkommunen selbstverständlich Investitionen tätigen. Dabei haben sie wie alle Kommunen die allgemeingültigen Vorgaben der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden und Städte des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 6. Mai 2010 zu beachten. Ich kann Ihnen auch noch die Fundstelle im Staatsanzeiger nennen, wenn gewünscht.

Gemäß Ziffer 4 der Leitlinie können selbst bei defizitären Haushalten im Rahmen der Erfüllung von Pflichtaufgaben im Einzelfall Investitionsmaßnahmen oder Investitionsfördermaßnahmen durchgeführt werden. Im Unterschied zu den übrigen Kommunen werden mit Schuttschirmkommunen individuelle jahresbezogene Betrachtungen auf der Basis der mit dem Land Hessen abgeschlossenen Konsolidierungsvereinbarung vorgenommen. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Kommune einen Konsolidierungspfad einhält und dafür die Hilfen des Landes erhält. Somit haben die Schuttschirmkommunen die Auswirkung entsprechender Investitionen auf das ordentliche Ergebnis, z. B. Abschreibung, Zinsaufwand, eventueller investitionsbedingter An-

stieg von Personal- und Sachaufwand, durch Konsolidierungsmaßnahmen zu kompensieren.

Das heißt, die entsprechende Schuttschirmkommune darf sich bei ihrer zu tätigen Investitionsentscheidung nicht nur, wie wir das in den vergangenen Jahrzehnten häufig im öffentlichen Bereich erlebt haben, auf die reinen Kosten der Investition konzentrieren, sondern muss die Folgekosten für die nächsten Jahre mit einpreisen. Wenn Folgekosten entstehen, die bisher im Konsolidierungsplan nicht enthalten sind, müssen die Folgekosten an anderer Stelle kompensiert werden, um die Investition genehmigt zu bekommen. Denn uns interessiert bei der Überwachung der Einhaltung des Konsolidierungspfades das, wie ein deutscher Bundeskanzler einmal gesagt hat, was hinten herauskommt, nämlich das jahresbezogene Defizit im ordentlichen Ergebnis in der Differenz von Aufwendungen und Erträgen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Warnecke, eine Zusatzfrage.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Staatsminister, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sehen Sie die Verhandlungsposition von großen und kleinen Kommunen gleich und haben mit Ihrer Antwort klargemacht, dass Sie nicht umgekehrt sehen, dass sich größere Kommunen mit entsprechendem Investitionsrahmen von dem wegbewegen, was Sie kleinen Kommunen vorschreiben, die keinen entsprechenden Investitionsrahmen bekommen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Warnecke, ich will es wiederholen. Es gibt keinen fixierten Investitionsrahmen, sondern es gibt jeweils Vereinbarungen zwischen den Kommunen und dem Land, in denen klar die jahresbezogenen, zu reduzierenden Defizite benannt sind. Für die einzelnen Jahre sind die Konsolidierungsmaßnahmen benannt. Wenn sich die Dinge in dem Rahmen bewegen, also Investitionen und ihre Folgekosten aus Abschreibung, Zinsen und weitere Folgekosten in diesen Konsolidierungspfad eingepreist werden können, steht der Investition im Grundsatz nichts im Weg. Da gibt es keinen vorgegebenen Rahmen, weder für kleine noch für große Kommunen, sondern eine individuelle Betrachtung der Situation vor Ort.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Warnecke, noch eine Zusatzfrage.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Vielleicht darf ich noch eine Zusatzfrage stellen, die sich indirekt mit der Antwort von Herrn Staatsminister Rhein beschäftigt, der, wie ich glaube, meine Frage nicht ganz richtig verstanden hat. Können Sie eine Erklärung liefern, warum ausgerechnet die Kommune im Landkreis Hersfeld-



Rotenburg, nämlich Wildeck-Obersuhl, die die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen mit nicht ausgeglichenem Haushalt hat, angesichts der dramatischen Zahlen, die Ihr Kollege Innenminister genannt hat, nicht unter den Schuttschirm fallen kann?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Sehen Sie es mir nach, dass ich die Detailzahlen des Wildecker Haushalts nicht vollständig präsent habe. Aber wenn ich Ihre Nachfrage richtig verstanden habe: Die Pro-Kopf-Gesamtverschuldung resultiert zu einem wesentlichen Teil aus Verschuldungen – ich glaube, Herr Franz war es – im Eigenbetrieb. Die Vereinbarung zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Land hat als Orientierungsparameter für die Frage der Schuttschirmbedürftigkeit auf das ordentliche Ergebnis abgestellt. Das hat zu manchen Diskussionen geführt. Ich verstehe, dass mancher vor Ort sagt, dass die Eigenbetriebe nicht hineingerechnet worden sind – eine solche Diskussion hat es im Kreis Bergstraße gegeben –, sei schwierig.

Unser Problem war – das haben am Ende alle Spitzenverbände gemeinschaftlich mit uns entschieden –: Wenn Sie die Eigenbetriebe mit hineinnehmen, bekommen Sie die nächste Diskussion: Warum nehmen wir die städtische GmbH nicht mit hinein? Dann folgt die nächste Diskussion: Warum nehmen Sie die GmbH nicht mit hinein, die uns zwar nicht zu 100 %, aber vielleicht zu 51 % gehört? Sie bekommen keine abgeschlossenen vergleichbaren Parameter bei der Beurteilung der Konsolidierungsbedürftigkeit.

Deshalb haben wir am Ende, sehend, dass das im Einzelfall zu berechtigt empfundenen Enttäuschungen führen wird, die Eigenbetriebe bei der Bemessungsgrundlage zur Ermittlung der Schuttschirmbedürftigkeit nicht herangezogen. Aber wir wissen aus Gesprächen, dass es sich dabei um Einzelfälle handelt, wo die Eigenbetriebsverschuldung so dramatisch höher war als die Kernhaushaltsverschuldung. In aller Regel bildet sich die Verschuldung im Kernhaushalt ab, sodass dort die Defizite entstehen, die als Beurteilungsmaßstab herangezogen worden sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 790**, Frau Abg. Feldmayer.

**Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Zu welchem Zweck wurde der „Zukunftspakt hessische Landwirtschaft“ zwischen der Hessischen Landesregierung und dem Hessischen Bauernverband e. V. verabschiedet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Feldmayer, die hessische Landwirtschaft leistet einen großen Beitrag zur Ernährungssicherung, zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zur Stärkung des ländlichen Raums. Sie ist weiterhin ein wichtiger Partner bei der Umsetzung der Energiewende, übernimmt wichtige Funktionen für den Klimaschutz und trägt entscheidend zur Biodiversität bei. Landwirtschaftliche Betriebe erbringen Spitzenleistungen in Ackerbau und Tierhaltung unter Beachtung hoher Standards des Natur-, Tier- und Verbraucherschutzes.

Im „Zukunftspakt hessische Landwirtschaft“ haben die Landesregierung und der Bauernverband gemeinsame Positionen zu wichtigen agrarpolitischen Themen und der entsprechenden Finanzierung formuliert. Die Landesregierung will mit dem Pakt die heimische Landwirtschaft auf vielfältige Weise noch stärker unterstützen, beispielsweise durch Aufrechterhaltung des umfassenden, unabhängigen und flächendeckenden Bildungs- und Beratungsangebots für alle landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe, die der Landesbetrieb Landwirtschaft bereitstellt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

**Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Welche Fortschritte konnten Sie bei diesem Zukunftspakt bei artgerechter Nutztierhaltung, gentechnikfreier Landwirtschaft und ökologischer Landwirtschaft im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher in Hessen erreichen, die gerade in Ballungsräumen diese Lebensmittel immer mehr nachfragen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Der Pakt für Landwirtschaft beschäftigt sich mit einer innovativen und gleichzeitig nachhaltigen Form der Landwirtschaft, indem Landwirtschaft verantwortungsvoll ausgeübt wird und Landwirte selbstverständlich den Tiererschutz als wichtige Aufgabe für sich sehen. Würden sie ihre Tiere nicht ordentlich schützen, könnten sie auch nicht richtig mit ihnen arbeiten und wirtschaften.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

**Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank. – Es gibt neben dem Hessischen Bauernverband noch andere Verbände in Hessen, die sich landwirtschaftlich betätigen und andere Landwirte vertreten. Wären Sie auch bereit, mit diesen in Kontakt zu treten und mit ihnen im Sinne einer ökologischen und nachhaltigen Land-

wirtschaft zu verhandeln, oder reden Sie prinzipiell nur mit dem Hessischen Bauernverband?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Prinzipiell rede ich mit allen. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, dass die ökologische Landwirtschaft im Hessischen Bauernverband vertreten ist; in den entsprechenden Gremien gibt es Vertreter der ökologischen Landwirtschaft. Insofern gibt es hier keine Grenze mit dem Bauernverband auf der einen Seite, der nur konventionell wirtschaftet, und ökologischen Verbänden auf der anderen Seite. Vielmehr ist der ökologische Landbau innerhalb des Hessischen Bauernverbandes vertreten. Selbstverständlich spreche ich aber auch mit anderen, die auf mich zukommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Entschuldigung, Herr May. Ich habe Ihre Meldung visuell nicht wahrnehmen können, weil der Kollege Frömmrich ein relativ starker Blickfang ist.

(Zurufe: Oho! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Präsident!)

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich möchte gern nachfragen, was mit der Veredelungsinitiative der Landesregierung gemeint ist. Ist damit gemeint, dass es in Zukunft Zuschüsse des Landes für Anlagen der Intensivtierhaltung geben wird?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Ich weiß nicht, was Sie unter „Intensivtierhaltung“ verstehen. Ich kann nur sagen, dass die Landesregierung zukunftsgerichte Stallbauten unterstützt, weil zukunftsgerichte Stallbauten Tierschutz bedeuten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 791** auf. Frau Abg. Feldmayer.

**Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie setzt sie die „INSPIRE-Richtlinie“, die einen öffentlichen Zugang zu Geoinformationen gewährleisten soll, in der Praxis um?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die INSPIRE-Richtlinie wurde durch das Gesetz zur Änderung des Hessischen Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes und des Denkmalschutzgesetzes vom 4. März 2010 in Landesrecht umgesetzt. Danach sind die Stellen der öffentlichen Verwaltung verpflichtet, die bei ihnen digital vorhandenen Geodaten bestimmter Fachthemen nach einem von der EU vorgegebenen Zeitplan mit Metadaten zu beschreiben und über standardisierte Geodatendienste im Internet bereitzustellen. Das ursprüngliche Ziel besteht darin, Planungs- und Entscheidungsprozesse durch diese Bereitstellung zu verbessern.

Der Zugang zu diesen Geodaten, Geodatendiensten und Metadaten wird durch ein vom Land betriebenes Geoportal – die Internetadresse lautet [www.geoportal.hessen.de](http://www.geoportal.hessen.de) – ermöglicht. Über dieses können die einzelnen Geodaten und Geodatendienste recherchiert, visualisiert und bei Bedarf auch abgerufen werden.

Innerhalb der Landesverwaltung wird die technische und organisatorische Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie durch ressortübergreifende Strukturen koordiniert. Die in diesem Zusammenhang beim Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation eingerichtete Kompetenzstelle für Geoinformation bietet auch den Kommunen Beratungs- und Unterstützungsleistungen an.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Feldmayer.

**Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Man kann also davon ausgehen, dass, wenn Naturschutzverbände im Sinne der Ausweisung ökologischer Flächen im hessischen Staatswald z. B. mit der Landesregierung zusammenarbeiten, sie dieses Kartenmaterial vollumfänglich zur Verfügung gestellt bekommen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Grundsätzlich ja. Bei der Datenbereitstellung gegenüber Dritten haben die zuständigen Stellen – in diesem Fall eben beschriebene Stelle – aber auch auf die Einhaltung der gesetzlich normierten Zugangsbeschränkung zu achten, beispielsweise Datenschutz, mögliche nachteilige Auswirkungen auf bedeutsame Schutzgüter oder die öffentliche Sicherheit. Grundsätzlich ja, aber diese Einschränkung gibt es grundsätzlich bei jedem, der nachfragt. Unabhängig von

der Frage, ob es ein bestimmter Verband ist, gilt das grundsätzlich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 792** auf. Herr Abg. Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Möglichkeiten sieht sie, damit private Investoren im Rahmen der „Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuschüssen für das Bauen im Bestand“ öffentliche Fördermittel erhalten können, auch wenn der bisher vorgeschriebene „kommunale Miteleistungsanteil“ von einer Kommune nicht erbracht werden kann?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Bei der Beantwortung wird angenommen, dass die Frage mit Blick auf die Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung für die Programme der Städtebauförderung gestellt wurde. Wenn dem so ist, ist die sich derzeit in der Länderabstimmung befindliche Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2013 Grundlage für diese Entscheidung. Sie bietet den Ländern in Art. 2 Abs. 3 folgende Möglichkeit:

Das Land kann aufgrund der besonderen Haushaltslage einer Gemeinde auf der Grundlage von allgemein bekannt gemachten Grundsätzen durch Einzelfallentscheidung zulassen, dass Mittel, die der geförderte Eigentümer bzw. die geförderte Eigentümerin aufbringt, als kommunaler Eigenanteil gewertet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass andernfalls die Investitionen unterbleiben würden. Der von der Gemeinde selbst aufgebrauchte Eigenanteil muss dabei mindestens 10 v. H. der geförderten Kosten betragen.

Das Land Hessen steht der Inanspruchnahme dieser Option grundsätzlich positiv gegenüber. Insofern ist beabsichtigt, gegebenenfalls eine entsprechende Regelung in diese Städtebauförderrichtlinie aufzunehmen. Sie wird auch Thema bei der nächsten Ministerkonferenz sein.

Entsprechend den Vorgaben des Bundes bedarf es zuvor jedoch noch der Definition des unbestimmten Begriffs der „besonderen Haushaltslage“, zu dem es in den verschiedenen Ländern relativ unterschiedliche Anwendungen gibt. Bei dieser Abstimmung sind wir zurzeit, und sie wird bei der nächsten Bauministerkonferenz eine Rolle spielen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Herr Minister, gibt es einen Zeitplan dafür, sodass sich sagen lässt, bis zu welchem Datum eine Entscheidung in dem von Ihnen genannten Sinne fallen wird?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rentsch.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Leider liegt es nicht vollständig an uns allein, sondern vor allem an den Kollegen der anderen Länder. Aber wir haben vor, diese Frage in diesem ersten Quartal abzuschließen.

(Lothar Quanz (SPD): Danke!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann rufe ich **Frage 793** auf. Frau Abg. Erfurth.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die Aussage des ehemaligen Richters des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Paul Kirchhof, die Finanztransaktionssteuer würde eine Gerechtigkeitslücke bei den indirekten Steuern schließen und die Mitverursacher der Schuldenkrise zur Verantwortung ziehen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Frau Abg. Erfurth, die von Prof. Kirchhof genannte Gerechtigkeitslücke bei den indirekten Steuern zielt – wenn man seine Veröffentlichungen in langer Zeit anschaut – auf die Befreiungsvorschrift von § 4 Nr. 8 des Umsatzsteuergesetzes für bestimmte Umsätze im Geld-, Kredit- und Wertpapiergeschäft ab. Prof. Kirchhof sieht in dieser Befreiungsvorschrift eine nicht zu rechtfertigende Steuerver-schonung für Finanzgeschäfte. Die Umsatzsteuerbefreiung für Geld-, Kredit- und Wertpapiergeschäfte ist aber nicht allein national steuerbar, sondern durch europäisches Recht vorgegeben. Als Gründe für die Umsatzsteuerbefreiung werden insbesondere die Beseitigung von praktischen Problemen zur Bestimmung der Bemessungsgrundlage und der Höhe der abzugsfähigen Vorsteuer sowie die Vermeidung einer Erhöhung der Kosten für Verbraucher-kredite angeführt.

Die Frage, ob durch die Umsatzsteuerbefreiung eine Gerechtigkeitslücke für Finanzgeschäfte entsteht, war bereits Gegenstand verschiedener Untersuchungen und ist, wie ich Ihnen gleich nenne, allgemein umstritten. Nach einigen Untersuchungen erhöht die Umsatzsteuerbefreiung im Ergebnis sogar die Steuerlast für Finanzgeschäfte. Schätzungen in den Untersuchungen gehen von etwa 7 Milliarden € europaweit aus; denn die Befreiungsvorschrift schließt für Banken den Vorsteuerabzug für ihrerseits erhaltene Leistungen – wenn sie beispielsweise PCs oder Ähnliches kau-

fen – aus. Gleichzeitig stellt die Befreiungsvorschrift für Finanzgeschäfte mit Unternehmenskunden regelmäßig keinen wirtschaftlichen Vorteil dar, weil Unternehmenskunden aufgrund ihrer Vorsteuerabzugsberechtigung von der Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte wirtschaftlich nicht belastet werden.

Andere Untersuchungen kommen zum genau gegenteiligen Ergebnis. Sie kommen dazu, dass europaweit insbesondere im Umgang mit Privatkunden ein Defizit von 15 Milliarden € entsteht. Wenn Sie sich das anschauen, dass die einen sagen, die Befreiung bringt 7 Milliarden € mehr, und die anderen sagen, das kostet 15 Milliarden € mehr, dann werden Sie verstehen, dass man auf einer solchen Datenbasis nur schwer eine Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Seite treffen kann.

Ich will hinzufügen, dass darüber hinaus erhebliche Zweifel bestehen, dass die Finanztransaktionssteuer die Mitverursacher der Schuldenkrise zur Verantwortung ziehen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hauptverursacher der Schuldenkrise sind die Staaten mit ihrer Defizitpolitik. Ein Großteil der Schulden ist vor dem Ausbruch der Schuldenkrise angehäuft worden. Die Kosten für die Bankenrettingsmaßnahmen brachten allenfalls das Fass zum Überlaufen.

Soweit die Finanztransaktionssteuer die Banken als Mitverursacher der Schuldenkrise treffen soll, wird auch dies nicht gelingen; denn die Kosten aus der Finanztransaktionssteuer werden, wie andere Kosten bei Finanzgeschäften auch, zum ganz überwiegenden Teil auf die Unternehmens- und Privatkunden abgewälzt. Damit zahlen die Finanztransaktionssteuer fast ausschließlich die Kunden der Banken, z. B. Unternehmenskunden bei Währungsabsicherungsgeschäften oder private Kleinanleger bei Altersvorsorgeprodukten.

Demgegenüber spielt der Eigenhandel der Banken nach den Regulierungsmaßnahmen der letzten Jahre keine bedeutende Rolle mehr. Soweit künftig in gewissem Umfang überhaupt noch Eigenhandel betrieben wird, lässt sich dieser nach den bisher bekannten Vorschlägen der Europäischen Kommission ins finanztransaktionssteuerfreie Ausland verlagern. Zudem nutzen große Investoren ohnehin finanztransaktionssteuerfreie Finanzplätze.

Insofern werden die Banken allenfalls mit dem zusätzlichen administrativen Aufwand getroffen, und am Ende zahlen diese Steuer nicht die Mitverursacher, sondern der viel beschworene kleine Mann auf der Straße.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Schmitt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Minister, ich frage Sie: Wann wollen Sie endlich Herrn Bundesfinanzminister Schäuble und Frau Merkel dafür gratulieren und sie beglückwünschen, dass es ihnen gelungen ist, neun weitere Länder dazu zu bekommen, die Finanztransaktionssteuer einzuführen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Die Landesregierung pflegt in der Regel zu runden Geburtstagen und sonstigen familiären Ereignissen persönlich zu gratulieren, nicht zu politischen Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Erfurth.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Und das vor der Regierungserklärung des Wirtschaftsministers!)

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Finanzminister, es ist bekannt, dass im Rahmen der Einigung um den ESM vereinbart worden ist, dass die Finanztransaktionssteuer so eingeführt werden soll, dass sie möglichst dem Finanzplatz Frankfurt nicht schadet und unter bestimmten Rahmenbedingungen eingeführt wird. Jetzt haben sich diese mehr als neun Mitgliedstaaten der EU zusammengetan, um diese Einführung herbeizuführen. Was tut die Hessische Landesregierung, um diesen Beschluss auf Bundesebene zu unterstützen und die Finanztransaktionssteuer weiterzubefördern?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Frau Abgeordnete, danke für die rhetorische Frage. Sie wissen, dass wir in der Sache aus den Gründen, die ich vorgetragen habe und denen ich weitere hinzufügen könnte, sehr skeptisch sind. Wir haben gleichwohl dem Bundesfinanzministerium angeboten, sofern zur Diskussion mit der Europäischen Kommission über Ausgestaltungsmodelle Datenerhebungen notwendig sind – die wesentlichen Finanztransaktionen finden im Zuständigkeitsbereich der hessischen Finanzverwaltung statt –, selbstverständlich alle Informationen zur Verfügung zu stellen. Auch gegenüber der EU-Kommission haben wir das angeboten, weil wir glauben, dass die Beteiligten, wenn sie näher hinsehen, im Ergebnis genau die Analyse teilen und am Ende das Risiko sehen werden, dass die Falschen die Steuer zahlen und man die, die man eigentlich treffen wollte, am Schluss nicht erreicht.

Gestatten Sie mir noch einen Zusatzhinweis. Die Staaten, die jetzt beschlossen haben, im Wege der verstärkten Zusammenarbeit eine Transaktionssteuer einzuführen, haben sich bisher nur abstrakt darauf geeinigt, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Darunter sind auch einige, die bereits so etwas oder so etwas Ähnliches haben. Ich bin gespannt, ob es gelingt, alle unter einen Hut zu bringen. Die Belgier haben seit vielen Jahren so etwas Ähnliches. Die Franzosen haben vor Kurzem so etwas eingeführt. Dann gibt es noch den Vorschlag der EU-Kommission, der zu beiden Lösungen völlig inkompatibel ist. Ich glaube, dass das noch eine relativ lange Diskussion auf der europäi-

schen Ebene bedeuten wird, um überhaupt zu Ergebnissen zu kommen.

Wir glauben, dass am Ende das Risiko, dass es alleine im europäischen Diskussionsprozess zu keiner Lösung kommen wird, aus Sicht derer, die es befürworten, beträchtlich hoch ist. In der Sache begrüßen wir dies. Aber ich will darauf hinweisen, dass jedenfalls eine Euphorie in dieser Hinsicht kaum angebracht erscheint.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe jetzt die **Frage 794** von Herrn Abg. Merz auf.

**Gerhard Merz (SPD):**

Alle Jahre wieder frage ich die Landesregierung:

*Wann wird sie das Konzept über den Einsatz von U-3-Betreuungsgutscheinen vorlegen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, Ziel des Modellversuchs zur Einführung von U-3-Betreuungsgutscheinen sollte es sein, die Umstellung der Landesförderung auf eine Subjektförderung des einzelnen Kindes beispielhaft im Bereich der unter Dreijährigen zu erproben.

Der vonseiten der Fraktionen der CDU und der FDP eingebrachte Entwurf eines Hessischen Kinderförderungsgesetzes knüpft im Rahmen der Betriebskostenförderung in der Kindertagesbetreuung in allen Altersgruppen unter anderem an die Anzahl der betreuten Kinder an. Damit ist der Grundsatz der Subjektorientierung in der Landesförderung nach dieser Neuregelung, die am 01.01.2014 in Kraft treten soll, grundsätzlich berücksichtigt, und es bedarf keines weiteren Modellversuchs.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich darf zwischenzeitlich auf der Tribüne unser ehemaliges Mitglied Michael Denzin begrüßen. Herzlich willkommen, lieber Michael Denzin.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe nun die **Frage 796** der Abg. Wissler auf.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum nahm der Abg. Florian Rentsch laut Protokoll als einziger Abgeordneter am 24. März 2010 an einem Gespräch zwischen der Geschäftsleitung der EBS und der Landesregierung teil?*

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ist das eigentlich aktuell?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Kollegin Wissler, ich darf Ihnen folgende Antwort geben: An diesem Gespräch haben aufseiten der Landesregierung der damalige Ministerpräsident Roland Koch, der damalige Staatsminister der Finanzen Weimar, Herr Staatsminister Hahn, Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann sowie Mitarbeiter des Justiz-, Finanz- und Wissenschaftsministeriums teilgenommen. Vonseiten der EBS waren die Prof. Jahns, Tilmes und von Hoyningen-Huene sowie Herr Niesik zugegen. Herr Abg. Rentsch hat als Fraktionsvorsitzender der FDP teilgenommen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, zunächst Frau Wissler.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Staatsminister, ich frage direkt: Warum waren die anderen Fraktionsvorsitzenden zu diesem Gespräch nicht eingeladen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren keine Kumpel von Herrn Jahns!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Wissler, diese Frage kann ich Ihnen auch beantworten. Grundsätzlich sind, wenn die Koalition zusammenkommt, auch die Koalitionsfraktionsvorsitzenden dabei. Wenn ich es im Ausschussprotokoll vom 17.08.2011 richtig gelesen habe, ist schon danach gefragt worden, warum Herr Abg. Dr. Wagner nicht dabei war. Das kann die Landesregierung jetzt nicht beantworten, aber ich kann es aus meiner früheren Tätigkeit beantworten.

Er war zu diesem Zeitpunkt im Plenum, weil wir dort in der Zeit von 10 Uhr bis 12:15 Uhr, zeitgleich zu diesem Gespräch, einen Setzpunkt der CDU hatten mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN betreffend sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass Frau Kollegin Abg. Wiesmann eine viel beachtete Rede gehalten hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Weiß.

**Marius Weiß (SPD):**

Herr Staatsminister, vor dem Hintergrund, dass am 24. März 2010 Herr Rentsch bereits in den Stiftungsvorstand der EBS berufen wurde und er das erste Mal an einer Sitzung des Stiftungsvorstandes der EBS am 22.04.2010, also nicht einmal einen Monat nach diesem Gespräch, teilgenommen hat, frage ich: Welche Interessen hat Herr Rentsch in dem Gespräch am 24. März 2010 wahrgenom-

men, die Interessen des Landes, die Interessen der EBS oder die Interessen der FDP-Fraktion?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Abg. Weiß, wie ich eben schon einmal sagte, ist es so, dass es bei bestimmten Gesprächen und auch bei diesem Gespräch – das können Sie alles in den Ausschussprotokollen zu der Frage nachlesen, die mir gestellt worden ist, die Frau Kollegin Kühne-Hörmann in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst vom 17.08.2011 beantwortet hat; die Ausschussprotokolle liegen Ihnen ja vor – um eine Verständigung über die dauerhafte Zahlung einer staatlichen Finanzhilfe nach § 94 des Hessischen Hochschulgesetzes ging. Dazu ist es notwendig, dass sich die Landesregierung auch der jeweiligen Zustimmung der Koalitionsfraktionen versichert. Insofern hat Herr Kollege Rentsch dort als Fraktionsvorsitzender teilgenommen. Diese Frage hatte ich, wie gesagt, Frau Kollegin Wissler schon beantwortet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Wissler.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Staatsminister, es handelte sich um einen Termin der Landesregierung mit der EBS und nicht um einen Termin der Koalitionsfraktionen mit der EBS. Deswegen stelle ich noch einmal die Frage: Ist es denn üblich, dass Abgeordnete der Regierungsfractionen derartig privilegiert Zugang zu Informationen und Gesprächen der Landesregierung haben, zu denen andere Abgeordnete anderer Fraktionen offensichtlich nicht eingeladen werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Kollegin Wissler, es ist absolut üblich, dass sich die Landesregierung der Zustimmung der Mehrheitsfraktionen versichert, bevor sie derart weitreichende Entscheidungen trifft. Ich glaube, das ist absolut üblich. Daraus können Sie entsprechend die Antwort ziehen. Das hat es immer schon im Hessischen Landtag gegeben, und das wird auch zukünftig so bleiben.

(Horst Klee (CDU): Das gab es schon immer! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das steht in der Verfassung, dass das so ist!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. May.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, gibt es denn in vergleichbaren Fällen die Regelung, wenn ein Widerstreit der Interessen vorliegen könnte, weil ein Abgeordneter der Mehrheitsfraktionen und vielleicht sogar der Fraktionsvorsitzende diesen haben könnte, dass er sich dann vertreten lässt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Es gibt keinerlei Vertretungsregelungen in diesem Fall.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, im Stadtparlament hätte er herausgehen müssen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt noch eine Zusatzfragemöglichkeit. Die hat Herr Kollege Schaus gezogen. Bitte schön.

(Clemens Reif (CDU): Oh, der Kollege Schaus!)

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Minister, war denn zu dem Zeitpunkt der Teilnahme des Abg. Rentsch bekannt oder war es Diskussionsgegenstand, dass er danach in den Stiftungsvorstand einrückt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Das war nach den mir vorliegenden Unterlagen kein Gegenstand der Debatte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 797, Herr Abg. Tipi.

**Ismail Tipi (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie den Kooperationsvertrag mit Madrid, um Altenpfleger anzuwerben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, mit der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der autonomen Gemeinschaft Madrid versucht die Landesregierung, eine Situation zu schaffen, von der beide Partner profitieren. Es geht um

den Austausch von Know-how und den Transfer von Fachkräften.

Die Hessische Landesregierung hatte zum Thema der Fachkräftesicherung eine Kommission eingesetzt, die sich mit den konkreten Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Bundesland Hessen beschäftigte. Diese unabhängige Kommission kommt unter anderem zu der Feststellung, dass in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes der Bedarf nicht oder nicht mittelfristig durch heimische Kräfte gedeckt werden kann. Ein solcher Bereich ist die Dienstleistung nahe am Menschen.

Hier ist gezielte Anwerbung von Fachkräften ein Thema. Das Land hat deshalb einen Modellversuch gestartet, der in Kooperation mit der autonomen Region Madrid und der Arbeitsverwaltung stattfindet. In drei ausgewählten Regionen des Landes – das sind der Großraum Offenbach mit Stadt und Kreis, der Rheingau mit Wiesbaden und Marburg-Gießen – wurden Arbeitgeber gesucht, die gezielt in Spanien Pflegefachkräfte für Altenpflegeeinrichtungen anwerben. Konkret wurden 115 offene Stellen identifiziert.

Am 20. November letzten Jahres fand in Madrid eine Bewerberbörse statt. Geeignete Bewerber erhalten zunächst in Spanien ein Sprachtraining bis auf das Lernniveau A2, das von der Regierung der Region Madrid gefördert wird. Der erste Sprachkurs ist bereits gelaufen.

In Deutschland wird auf Niveau B1 zuzüglich eines berufsspezifischen Sprachtrainings weiter qualifiziert. Bereits mit der Anstellung in einer Altenpflegeeinrichtung und der erfolgreichen Ablegung des Sprachkurses erfolgt die Anerkennung als Pflegefachkraft.

Wir gehen zurzeit davon aus, dass in der ersten Welle ca. 45 Stellen direkt besetzt werden können. Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass mit diesem Projekt ein Beitrag zur Linderung von Personalengpässen in der Pflege geleistet werden kann. Natürlich ist aber auch klar, dass sich der Mangel an Fachkräften in der Pflege nicht allein durch Anwerbung lösen lässt. Insofern investiert die Landesregierung auch massiv in den Ausbau der Ausbildungsplatzkapazitäten in der Altenpflege.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, können Sie uns sagen, wie viele Stellen von Pflegefachkräften in Hessen derzeit unbesetzt sind, um das Ausmaß des Fachkräftemangels deutlich zu machen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, Sie kennen den Pflegemonitor und die Fortschreibung. Die Zahlen werden zurzeit erhoben. Natürlich ist die Zahl von 115 Stellen in einem solchen Modellversuch nicht geeignet, das komplette Problem von freien Stellen zu lösen. Ich kann Ihnen die genaue Zahl zum jetzigen Zeitpunkt nicht nennen. Aber es ist natürlich ein Bei-

trag dazu, dass Pflegeengpässe geschlossen werden können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 798, Frau Abg. Hofmann.**

**Heike Hofmann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum wurde entgegen ihrer Aussage in der Beantwortung auf die Kleine Anfrage Drucks. 18/6010 das vom Netzwerk gegen Gewalt für das Jahr 2012 geplante Medienethikcamp nicht durchgeführt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Verehrte Frau Abg. Hofmann, das Netzwerk gegen Gewalt plante die Durchführung dieses Medienethikcamps vom 31. Oktober bis zum 2. November 2012. Mit der Planung, Durchführung und Organisation dieser Veranstaltung ist ein Kooperationspartner des Netzwerks gegen Gewalt beauftragt gewesen, der aber ab Juli nicht mehr für die Durchführung des Camps zur Verfügung gestanden hat.

Weil die Rechte an den Inhalten dieser Veranstaltung ausschließlich bei diesem Kooperationspartner gelegen haben, konnte der Auftrag nicht anderweitig vergeben werden. Darüber hinaus sind dann Versuche gestartet worden, es anders zu regeln, damit man dieses Camp mit den entsprechenden Inhalten durchführen kann. Die sind alle nicht erfolgreich gewesen. Deswegen musste die Veranstaltung im Oktober 2012 abgesagt werden, was bedauerlich, aber so ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – Dann habe ich die **Frage 799** aufzurufen. Frau Abg. Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Gibt es bereits erste Rückmeldungen der Modellstandorte für die qualifizierte Schulvorbereitung?*

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überraschenderweise ja!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, das ist nicht überraschenderweise, dass es Rückmeldungen gegeben hat, wie das einzelne Abgeordnete vermutet haben, sondern das ist ein Zeichen des hervorragenden Modellversuchs, den die Hessische Lan-

desregierung gestartet hat, und zwar im Mai 2012 mit 30 ausgewählten Modellstandorten.

Beteiligt sind 55 Kindertagesstätten und 30 Grundschulen. In der Zwischenzeit wurden an den Standorten erste Fortbildungstage durchgeführt. Ende November 2012 fanden drei regionale Fachtage in Wetzlar, Kassel und Darmstadt mit über 180 Teilnehmenden statt.

Die Bilanz für die Startphase des Modellprojekts fällt positiv aus. Die 160 beteiligten Fach- und Lehrkräfte sind mit großem Engagement dabei. Das war schon bei der Auftaktveranstaltung im Mai 2012 spürbar und hat sich im weiteren Projektverlauf bestätigt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage ist die **Frage 800**. Herr Dr. Müller (Gelnhausen), bitte.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann ist es ihr möglich, verbindliche Angaben zur Vergabe der Konzessionen im Rahmen des „Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags“ zu machen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister des Innern.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Dr. Müller, die Frist zur Einreichung der Bewerbungen im Rahmen der zweiten Stufe des Sportwettenkonzessionsverfahrens endete am 21. Januar um 12 Uhr. Die Antragsunterlagen werden zunächst sehr umfassend daraufhin geprüft und ausgewertet, ob die Antragsteller die Mindestanforderungen einhalten. Nach aktueller Einschätzung kann man schon zuverlässig sagen, dass dies bei deutlich mehr als 20 Konzessionsbewerbern der Fall sein wird; dafür muss man keine seherischen Fähigkeiten haben. Mit der Vergabe der Konzessionen ist nach dem derzeit bei uns bestehenden Planungsstand Anfang Mai zu rechnen. Noch genauere Angaben zur Vergabe der Konzessionen sind bei dem sehr komplexen und in seiner Art bislang einzigartigen Verfahren zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Minister, Sie haben gesagt, dass die Zahl mit Sicherheit über den begrenzten 20 liegen wird. Wäre die Landesregierung angesichts der Tatsache bereit, im Hinblick auf die Klausel, die der Staatsvertrag eröffnet, nämlich die Zahl der Konzessionen zu erhöhen, eine Initiative zu ergreifen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Da ich mich sehr gut an die Frage aus dem vorigen Plenum erinnere, beantworte ich sie insoweit, sehr geehrter Herr Dr. Müller: Wir würden uns dem nicht verschließen, wenn die Voraussetzungen, die in der entsprechenden Klausel genannt werden, erfüllt sind. Aber das ist ein Prozess, den man dann miteinander diskutieren und in dem man dann Erwägungen in die Richtung treffen muss, wenn wir den ersten Schritt gemacht haben. Deswegen empfehle ich, dass wir jetzt den Schritt machen, den ich eben skizziert habe, und uns dann über den zweiten Schritt unterhalten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Rudolph.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Staatsminister Rhein, glaubt die Landesregierung, mit der Vergabe von mehr Konzessionen auch zu gewährleisten, dass höhere Einnahmen aus Toto und Lotto erzielt und damit höhere Beträge an die Destinatäre ausgeschüttet werden können?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Rudolph, wenn der Erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag seine Wirkung entfaltet, kann es durchaus zu Mehrausschüttungen kommen – das war einer der Gründe, viele Regelungen zu treffen, neben den entsprechenden Schutzgründen, die hier aufgeführt worden sind –, die dann natürlich den Destinatären zur Verfügung gestellt werden. In dem Kontext war darüber hinaus beispielsweise der Eurojackpot eine Maßnahme, die ihre Wirkung noch nicht entfaltet hat, sie aber entfalten wird. Wir müssen abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Das wird kein Prozess von heute auf morgen sein – leider für die Destinatäre –, aber er wird sich in Gang setzen und dann auch die eine oder andere Verbesserung mit sich bringen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Minister, Schleswig-Holstein kehrt im Zusammenhang mit dem Glücksspielstaatsvertrag wieder zurück in den Verbund der Länder. Hat diese Rückkehr in irgendeiner Art und Weise Auswirkungen auf die Konzessionsvergabe?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Nein, nach meiner Einschätzung nicht.



**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt kommen wir zur **Frage 801**. Frau Abg. Schott, bitte.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche hessischen kreisfreien Städte und Landkreise haben bislang von der Satzungsermächtigung für die Bestimmung der Höhe der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach § 4a Abs. 1 Hessisches OF-FENSIV-Gesetz (Angemessenheitsgrenze) Gebrauch gemacht?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, nach Kenntnis des Hessischen Sozialministeriums keine.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 802**, Frau Abg. Schott.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche hessischen kreisfreien Städte und Landkreise haben bislang von der Satzungsermächtigung für die Bestimmung der Höhe der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach § 4a Abs. 2 Hessisches OF-FENSIV-Gesetz (monatliche Pauschale) Gebrauch gemacht?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Gleiche Antwort: nach Kenntnis des Sozialministeriums keine.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 803**, Herr Abg. Dietz.

**Klaus Dietz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie gedenkt sie den Aufbau und Betrieb des bundesweit einmaligen Apfelweinemuseums in Frankfurt zu unterstützen?*

(Zuruf: Mehr trinken!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dietz, die Landesregierung unterstützt die Initiative für ein deutsches Apfelweinemuseum in Frankfurt aktiv, gerne und aus voller Überzeugung, weil Apfelwein ein Alleinstellungsmerkmal unseres Bundeslandes ist, insbesondere für den Raum Frankfurt. Am 9. November 2012 wurde dem Vorsitzenden des Trägervereins, Herrn Günter Possmann, in Frankfurt ein Bewilligungsbescheid über 25.000 € übergeben, um die Vorarbeiten zur Gründung des deutschen Apfelweinemuseums zu unterstützen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann komme ich zur **Frage 804** des Abg. Dietz.

**Klaus Dietz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der Stand der Sicherung der Kernzonen im hessischen Teil des Biosphärenreservats Rhön?*

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt ist er besser!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dietz, derzeit sind 1.736 ha als Kernzonen ausgewiesen. Das sind 2,68 % der Fläche im hessischen Teil des Biosphärenreservates Rhön. Zur Erreichung des Ziels von 3 % Kernzonen müssen noch rund 210 ha als solche ausgewiesen werden. Hierfür geeignete Flächen wurden bereits im Staatswald des Landes ausgewählt. Dazu finden noch Gespräche mit den Naturschutzverbänden statt. Das Verfahren zur rechtsförmlichen Ausweisung der fehlenden Flächen als Naturschutzgebiet soll noch vor der abschließenden Sitzung des Nationalkomitees für das UNESCO-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“ am 19. März 2013 veranlasst werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Waschke, eine Zusatzfrage.

**Sabine Waschke (SPD):**

Frau Ministerin Puttrich, ich frage Sie, welche Qualitätsstandards die ausgesuchten Flächen zur Kernzonenausweisung erfüllen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Waschke, die Kriterien, die notwendig sind, um entsprechende Kernzonen ausweisen zu können, werden

erfüllt. Ich kann Ihnen jetzt nicht die einzelnen Merkmale nennen, reiche sie aber gerne nach.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Müller.

**Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin Puttrich, schätzen Sie die Einstellung der Planung der B 87n als nützlich für das Biosphärenreservat Rhön ein?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Die Ausweisung der Kernzonen und die Zurverfügungstellung der Flächen sind schon über einen längeren Zeitraum in Arbeit. Die Möglichkeit der Bereitstellung von Kernzonen ist deshalb unabhängig von Straßenbaumaßnahmen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, hier endet die Fragestunde.

(Die Fragen 805 bis 807 sollen auf Wunsch der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend „Hessische Wachstumspolitik: Zukunft erfolgreich gestalten“**

30 Minuten Redezeit für die Fraktionen sind Ihre Orientierung. Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

**Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Europa schaut in der Wirtschaftskrise auf Deutschland. Viele in Deutschland schauen auf Hessen. Wir in Hessen sind die Heimat der Wirtschaft. Wir sind die Heimat vieler erfolgreicher nationaler und internationaler Unternehmen. Wir sind die Heimat von vielen Tausenden und Abertausenden Arbeitsplätzen, den dahinterstehenden motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie ihrer Familien, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hessen geht es so gut wie nie zuvor. Die Bruttowertschöpfung lag 2011 erstmals über 200 Milliarden €. Hessen ist damit bei der Wertschöpfung pro Kopf noch vor Bayern und Baden-Württemberg das wirtschaftsstärkste Bundesland. Auch das ist ein Punkt, auf den wir stolz und für den wir dankbar sind. In diesem Wettbewerb können wir uns vor den beiden starken Ländern behaupten.

Wir leben auch im internationalen Vergleich in einem Land, das stark ist. Wir sind von der Wirtschaftskraft her so stark wie Dänemark. Wir liegen da knapp hinter Österreich. Das zeigt, dass ein kleines Land mit einer Fläche wie Hessen mit einer starken Wirtschaft Großes vollbringen kann.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, wie wir sie seit 1999 für dieses Land durchführen – erst waren es CDU und FDP, dann war es die CDU alleine, und jetzt sind es wieder CDU und FDP –, hat dafür Sorge getragen, dass in diesem Land mittlerweile unter 200.000 Menschen – es sind unter 175.000 Menschen, genau genommen Gott sei Dank nur noch 174.338 Frauen und Männer – keine Arbeit haben. Alle anderen haben in Hessen Arbeit. Es war unser Ziel, dass die Menschen Arbeit haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz ist immer noch der beste Schutz gegen Armut. 175.000 Menschen, die keine Arbeit haben, sind immer noch zu viele. Deshalb werden wir mit unserer Politik nicht nachlassen. Wir sind motiviert, weiterhin eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik für dieses Land zu machen, damit auch diese Menschen in diesem Land irgendwann Arbeit finden. Das ist und bleibt unser Ziel.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In diesem Land werden durchschnittlich die höchsten Löhne gezahlt. Wir haben den Spitzenwert unter den Flächenländern. Nur in Hamburg liegen die durchschnittlichen Bruttolöhne etwas höher.

Dass es den Menschen gut geht, belegen viele Indikatoren. Es geht aber nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gut, sondern die Wirtschaftspolitik betrifft die ganze Gesellschaft. Die Wirtschaftspolitik sorgt dafür, dass die Menschen Arbeit haben und ihre Familien ernähren können. Sie sorgt dafür, dass der Staat Steuereinnahmen hat, damit wir in Bildung, innere Sicherheit und viele andere Bereiche investieren können. Nur wenn die Volkswirtschaft floriert, ist der Staat stark genug, seine Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hessen hat eine wirklich gesunde Wirtschaftsstruktur mit einem breit aufgestellten Branchenmix. Dieser hat dafür Sorge getragen, dass wir durch starke Industrien, etwas aus der Chemie, Pharma und dem Fahrzeugbau, mit einem starken Dienstleistungsbereich, wie etwa dem Beratungswesen und den Finanzdienstleistungen, aber auch mit Stärken in der Logistik und in der Mobilität in den letzten Jahren punkten konnten. Wir waren damit nicht so krisenanfällig, wie es andere Länder in Deutschland, aber auch in Europa während der Wirtschaftskrise waren.

Wir hatten nie eine Monostruktur, wie es z. B. das Ruhrgebiet hat. Wir hatten immer ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Industrie, Dienstleistungen, innovativen Unternehmen und Technologieführern.

Wir hatten schon immer den Vorteil, dass wir in der Mitte Deutschlands und in der Mitte Europas liegen. Das In-der-Mitte-Liegen haben wir zu einem Markenzeichen dieses Landes gemacht. Wir sind gut erreichbar. Wir wollen, dass Menschen hierherkommen und investieren. Wir freuen uns, wenn sie hierherkommen und investieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist ein gutes Signal, dass wir beim Ranking der internationalen Investitionen im Vergleich zu anderen europäischen Regionen, die auch als Wirtschaftsstandort für Investitionen infrage kommen, immer an der Spitze liegen. Wir liegen in der Mitte. Wir sind gut erreichbar. Wir haben für die Unternehmen aber auch eine hervorragende Infrastruktur.

Jede Investition dokumentiert, dass Hessen ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort ist. Wir haben auch hier einen Spitzenwert. Über 25.000 € wurden im Jahr 2011 pro Erwerbstätigem an diesem Standort investiert. Das ist so viel wie an keinem anderen Standort.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Wirtschaftspolitik ist nicht vom Himmel gefallen. Sie hat an verschiedenen Stellen Rahmenbedingungen bedurft. Wir haben seit 1999 die Strukturen geändert. Dafür erhalten wir und die Menschen in unserem Land jetzt den Lohn. Das macht uns stolz. Wir sind dadurch aber sicherlich nicht weniger motiviert, da weiterzumachen.

In Zukunft wird es darum gehen, die hervorragenden Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Wir stehen im internationalen Wettbewerb mit anderen Standorten, die mit Sicherheit ein Stück von dem Wohlstand, den wir haben, abhaben wollen. Länder wie die Türkei, Russland oder China, die starkes Wachstum haben, erwecken den Eindruck, dass sie wirtschaftlich auch so stark wie wir werden wollen. Wenn wir diesen Wettbewerb erfolgreich gestalten wollen, werden wir deshalb weiterhin gute Rahmenbedingungen setzen müssen.

In Hessen hat aber mittlerweile nicht nur das Rhein-Main-Gebiet eine wirtschaftliche Erfolgsstory. Wir haben es geschafft, dass das Gefälle zwischen Nord- und Südhessen inzwischen ausgeglichen ist. Ich glaube, man darf sagen, dass mittlerweile nicht nur die Arbeitslosenquote in Nordhessen geringer als im Rhein-Main-Gebiet und in anderen Landesteilen ist.

Eine gute Infrastrukturpolitik hat dazu beigetragen, dass mittlerweile alle Landesteile mit ihren bestimmten Stärken prosperierende Wirtschaftsstandorte sind. Sie haben ganz unterschiedliche Charaktere. Das hat aber dazu beigetragen, dass wir mittlerweile überall in Hessen eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben. Das macht uns stolz. In Hessen ist man in allen Landesteilen erfolgreich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen erreichen, dass wir weiterhin erfolgreich sind, dass die Menschen stolz auf dieses Land sein können und dass wir wirtschaftlich stark sind. Deshalb wird es meiner Ansicht nach in der Zukunft um drei Schwerpunkte bei der Wachstumspolitik gehen. Wir müssen uns auf den Mittelstand konzentrieren. Wir müssen in diesem Land auf die Infrastruktur setzen, und wir müssen auf die Technologie und die Industrie setzen.

Ich komme jetzt auf den Mittelstand zu sprechen. Der Mittelstand ist die treibende Kraft in Hessen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und Bruttowertschöpfung zu schaffen. All das findet zu 99 % im Mittelstand statt.

Im Mittelstand sind nicht die großen Namen der Welt zu Hause. Vielmehr haben wir viele „hidden champions“ und Weltmarktführer, deren Namen vielleicht auf den ersten Blick nicht so bekannt sind, die aber ihren Teil dazu beitragen, dass wir überhaupt so stark sind.

Wir haben eine ganze Reihe an Initiativen unternommen, diesen Mittelstand zu unterstützen, ihn stark zu machen und ihn auf die internationale Bühne zu führen. Das geschah nicht nur mittels Veranstaltungen der VhU. Dort wurden die „hidden champions“ prämiert. Ihnen wurde eine Bühne für ihre Produkte und Dienstleistungen geboten. Es gab aber auch noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen.

Wir unterstützen Unternehmensgründer, weil wir fest davon überzeugt sind, dass nur Unternehmen Arbeitsplätze schaffen können. Wir unterstützen Existenzgründungen. Dabei sind wir sehr erfolgreich. In Hessen gibt es 104 Existenzgründungen auf 10.000 Erwerbstätige. Das ist bundesweit der Spitzenwert unter den Flächenländern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Mehr Lob als das kann es eigentlich gar nicht geben, dass die Menschen, die ein Unternehmen gründen wollen, an Hessen denken. Denn eines ist klar: Sie würden das nicht tun, wenn hier nicht hervorragende Rahmenbedingungen wären, falls man ein Unternehmen gründen will.

Wir haben für diese Existenzgründer einen Rahmen geschaffen, der gut angenommen wird. Angefangen mit der Beratung über Darlehen und Zuschüsse bis hin zu einer Kapitalbeteiligung über die WIBank und andere Institutionen haben wir es geschafft, dass es für Menschen, die unternehmerisch tätig werden wollen, ein Netzwerk gibt.

Wir unterstützen diese Unternehmen auch auf den globalen Märkten. Ich habe das eingangs schon gesagt: Es ist wirklich einer der wichtigsten Punkte – ich denke, das gilt parteiübergreifend –, dass wir es geschafft haben, dass die Unternehmen die Möglichkeit haben, nicht nur in unserem Land ein Standbein zu haben, sondern dass sie sich international aufstellen können. Die Märkte von morgen sind die Zukunftsmärkte unserer Unternehmen.

Für viele kleine Unternehmen ist das nicht so einfach. Viele kleine Unternehmer waren mit uns auf Delegationsreisen des Landes, wo wir das versuchen und das auch realisieren. Für viele dieser Unternehmer ist es nicht so einfach, auf Messen in China, der Türkei oder den USA aktiv zu werden, da sie nur zehn oder 15 Mitarbeiter haben. Für sie ist das Messeprogramm des Landes eine sehr erfolgreiche Maßnahme.

Diese Auslandsmessen schaffen für diese Unternehmen neue Absatzmärkte und neue Investitionsmöglichkeiten. Es ist eine sehr gute Initiative gewesen, dass wir in den letzten Jahren darauf verstärkt den Fokus gelegt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es hat mich sehr gefreut, dass ein kleiner Unternehmer aus Taunusstein, der Teilnehmer unserer letzten Chinareise war – die Kollegen, die dabei waren, können sich an diesen Unternehmer sicherlich erinnern –, mir einen Brief geschrieben hat, der zum Inhalt hat, dass er nach dieser Chinareise für das vergangene Jahr ein Auftragsvolumen von knapp 800.000 € und für dieses Jahr von über 1 Milli-

on € erhalten hat. Das geschah nicht deshalb, weil wir das alles organisiert haben. Es geschah aber, weil wir dabei waren und in China diese Gespräche unterstützt haben. Wir haben auch eine Garantie dafür abgegeben, dass dieses Unternehmen unsere Unterstützung hat. Denn wir wissen, dass das ein hervorragendes Unternehmen mit hervorragenden Produkten ist.

Damit wird für dieses Unternehmen auch der Standort hier gesichert. Peter Beuth kennt das Unternehmen. Er ist der Wahlkreisabgeordnete. Wir freuen uns, dass über diese Geschäfte im Ausland auch Arbeitsplätze hier gesichert werden. Deshalb ist für uns Globalisierung keine Bedrohung, sondern sie stellt einen Erfolg für die Sicherung der Arbeitsplätze hier in Hessen dar.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir mussten hier natürlich auch Hausaufgaben machen. Mit der Neuaufstellung der Hessen-Agentur und der neu gegründeten Hessen Trade & Invest haben wir eine gute Struktur geschaffen, um hier in Zukunft noch besser aufgestellt zu sein. Ich glaube, diese Maßnahme wird von vielen unterstützt werden – aber ich weiß: nicht von allen.

Meine Damen und Herren, wir wollen unsere Unternehmen auch ganz gezielt in bestimmten Clustern unterstützen. Cluster sind bestimmte Bereiche, in denen Wissenschaft und Wirtschaft vernetzt sind und Wissen ausgetauscht wird. Ich will Kollegin Kühne-Hörmann ausdrücklich danken,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Frau Kühne-Hörmann kann das auch gut gebrauchen!)

weil wir nicht nur mit unserem LOEWE-Programm, sondern auch mit der Grundidee des „House of ...“, also mit dem Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, dazu beitragen, auf der einen Seite die Hürden zwischen Wirtschaft und Wissenschaft abzubauen, letztendlich aber gerade auch Investoren zeigen: An diesem Standort arbeiten wesentliche Bereiche von Wirtschaft und Wissenschaft zusammen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nur als Beispiel: Wir haben das Software-Cluster Rhein-Main-Neckar. Das wurde im Spitzencluster-Wettbewerb als eines der führenden Cluster in Deutschland überhaupt ausgezeichnet. Mit dem House of IT ist uns eine großartige Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft gelungen.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche haben wir mit dem Hessen-Aviation-Cluster ein weiteres Cluster auf den Weg gebracht, in dem Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten. Dieses Hessen-Aviation-Cluster agiert nicht nur im Rhein-Main-Gebiet, wo starke Luft- und Raumfahrtindustrie sitzt, sondern auch die Universität Kassel und starke Unternehmen aus der Region Nordhessen sind dabei. Das zeigt, dass wir auf dieser Plattform des House of Logistics and Mobility ein ganz wichtiges Cluster haben, in dem wir nicht nur darüber reden, welche Potenziale in der Luft- und Raumfahrtindustrie stecken, sondern auch darüber, welchen Anteil viele Tausende von Zulieferbetrieben hier übernehmen können. Liebe Frau Kühne-Hörmann, die Universitäten bilden hier ein Rückgrat und sind letztendlich dafür notwendig, die Wirtschaft nach vorne zu bringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zeichnet uns aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das war nicht immer so. Wir reden hier nicht über eine Struktur, die wir übernommen haben, sondern über eine, die wir erst schaffen mussten. Hier haben wir es geschafft – vielleicht auch ein bisschen von anderen Bundesländern motiviert –, das zu machen, was andere Bundesländer getan haben. Wir sind stolz darauf, dass uns das gelungen ist.

Aber dabei sind wir noch lange nicht am Ende. Diese House-of-Idee hat das Potenzial, auch in anderen Bereichen erfolgreich zu sein. Das werden wir in den nächsten Jahren sicherlich fortsetzen und dort einen Schwerpunkt bilden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Landesregierung weiß, dass der demografische Wandel nicht nur Verbände, Vereine und Kommunen vor neue Herausforderungen stellt. Wir erleben es auch bei Unternehmen, dass das Thema Fachkräftesicherung eines der zentralen Themen ist, wenn es darum geht, sich für die Zukunft aufzustellen.

Meine Damen und Herren, wir sind in einem sehr intensiven Austausch mit dem Mittelstand – der 75 % der Ausbildungsplätze stellt – und auch mit den großen Unternehmen. Wir wissen, bei dem Thema Fachkräftesicherung geht es neben der Frage der Ausbildungsplätze um lebenslanges Lernen, um die Aktivierung des Potenzials von Frauen, von älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um die Weiterqualifizierung. Dabei müssen wir auch einen Blick auf die anderen Länder richten.

Ich bin der Fachkräftekommission unter Herrn Dr. Martin, Michael Boddenberg, aber auch Stefan Grüttner – der gemeinsam mit mir vor einigen Monaten die Kooperationsvereinbarung in Madrid abgeschlossen hat – sehr dankbar. Mit diesem Abkommen wollen wir dafür Sorge tragen, dass junge Fachkräfte, aber auch Auszubildende zu uns nach Hessen kommen. Damit versuchen wir, einen weiteren Mosaikstein in Bewegung zu setzen, um gut ausgebildete Menschen für diesen Standort zu bekommen.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist: Bei dem Thema Fachkräfte sind wir nicht die Einzigen, die dort unterwegs sind. Dort sind auch noch viele andere europäische Nationen aktiv. Stefan Grüttner weiß, wovon ich spreche. Sie alle interessieren sich für dieses Land und diese Menschen. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass wir das Vertrauen, das wir zur Regierung in Madrid aufgebaut haben, nutzen, um für Hessen und für unsere Unternehmen Werbung zu machen.

Spanien ist ein Land in einer wirklich schwierigen Situation. Aus meiner Sicht ist das für dieses Land eine Win-win-Situation. Es geht nicht darum, die Kräfte ewig hier zu halten und sie den Spaniern sozusagen vorzuenthalten, wenn Spanien – hoffentlich bald – wieder auf einem wirtschaftlich erfolgreichen Kurs ist.

Vielmehr geht es darum, dafür Sorge zu tragen, dass junge Menschen, die in Spanien keine duale Ausbildung haben, hier die Möglichkeit erhalten, eine solche duale Ausbildung zu bekommen, dass sie sich fortbilden, sich qualifizieren. Auf der anderen Seite können wir dafür Sorge tragen, diese Fachkräfte für eine gewisse Zeit zu uns einzuladen, um hier zu arbeiten, um unseren Unternehmen in einer schwierigen Zeit möglicherweise zu helfen.

Meine Damen und Herren, dieses Zusammenspiel ist der Beleg dafür, dass Europa funktionieren kann, wenn man

sich anstrengt. Von alleine, wenn man nichts tut, wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben uns ganz bewusst dazu verpflichtet, das Thema duale Ausbildung in die Region Madrid zu tragen. Denn die Spanier haben uns darum gebeten, und wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Erfahrungen mit der dualen Ausbildung an sie weitergeben können, damit die Spanier die Möglichkeit haben, auch in Spanien die duale Ausbildung einzuführen. Die Hessische Handwerkskammer genauso wie die IHKs waren Teil unserer Delegation. Wir haben uns gemeinsam verpflichtet. In den nächsten Monaten kommt die erste große Delegation von Auszubildenden aus Spanien, die in diesem Projekt hier ihre Erfahrungen sammeln werden.

Ich hoffe, alle Parteien im Hessischen Landtag werden diese jungen Leute mit offenen Armen empfangen – die ein kleines Abenteuer eingehen, wenn sie sich auf den Weg nach Hessen machen, von ihren Familien weg, sehr junge Leute. Ich hoffe, wir zeigen, dass wir gute Gastgeber sind, dass wir aber auch eine hohe Qualität bei der beruflichen Bildung haben. Das ist für uns auch eine Chance, Werbung für unseren Standort zu machen und diesen jungen Menschen zu helfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollten wir tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein zweiter Punkt ist das Thema Infrastruktur.

Wenn ich dieses Wort nenne, dann weiß ich, dass bei einem Teil dieses Hauses sofort die Alarmglocken läuten und die Gefahr gesehen wird, ich würde nur über Straßen reden. Meine Damen und Herren, ich rede auch über Straßen, denn Straßen sind ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Verkehrsinfrastruktur, und wir wollen nicht das Gleiche tun wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen oder auch Niedersachsen: Dort wird es eine der ersten Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung sein, das Autobahnprojekt A 20 in die Tonne zu treten. Für dieses Projekt haben viele Menschen jahrelang gearbeitet. Es ist fatal, zu sehen, was rot-grüne Regierungen mit Infrastrukturprojekten machen. Es ist fatal.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eigentlich könnte es uns in Hessen egal sein, was die Niedersachsen tun. Wer eine Regierung gewählt hat, muss mit dem leben, was diese Regierung macht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

Bei solchen Infrastrukturprojekten setzen sich meistens die GRÜNEN durch. Das wissen wir aus Erfahrungen in Hessen, aber auch aus anderen Bundesländern.

(Holger Bellino (CDU): Richtig!)

Meine Damen und Herren, dass Baden-Württemberg und auch konkret Niedersachsen sich jetzt aus solchen Infrastrukturprojekten zurückziehen, ist deshalb so fatal, weil unter diesen Maßnahmen die gesamte deutsche Volkswirtschaft leiden wird und die Länder, die auf Infrastruktur setzen – und damit dann ihren Einwohnern mehr Belastung zumuten –, über den Länderfinanzausgleich die Zeche zu zahlen haben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das kommt hinzu!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine Politik der Verantwortungslosigkeit, die mit uns nicht zu machen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb gehört für uns zum Thema Infrastruktur ein sehr umfassendes Bild. Wir wollen materielle Infrastruktur – dazu gehören Straßen, Kommunikationseinrichtungen, Energieversorgung, aber auch der Schutz der Umwelt – genauso wie eine institutionelle Infrastruktur, also z. B. eine gute und schnelle wirtschaftsfreundliche Verwaltung, ebenso ein starker Rechtsrahmen, der Unternehmen und Investoren Verlässlichkeit bietet.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus benötigen wir einen dritten Punkt: die personelle Infrastruktur. Deshalb ist es so wichtig, dass wir mit unserem Bildungssystem in Hessen dafür überhaupt die Voraussetzungen schaffen – durch Schule und Hochschule –, damit wir Menschen haben, die qualifiziert genug sind, in den Unternehmen zu arbeiten und die hohen Anforderungen, die heute verlangt werden, zu erfüllen.

Wenn diese drei Bestandteile zusammenkommen, dann ist ein Land für den Wettbewerb gut aufgestellt. Meine Damen und Herren, wir sind das.

Wir haben ein hervorragendes Straßennetz. Darin werden wir investieren, und das wollen wir stärker ausbauen. Wir haben einen leistungsfähigen Flughafen, einen Weltflughafen, in Frankfurt, der diesen Standort in den letzten Jahren immer erfolgreicher gemacht hat. Wir haben hervorragende Schulen und Hochschulen. Darüber hinaus eröffnen wir am 4. April dieses Jahres – und nicht in irgendeinem anderen Jahr, sondern in diesem Jahr – einen Flughafen in Kassel-Calden, auf den die Menschen lange gewartet haben. Es ist auch ein Erfolg, ein solches Projekt zeitnah abzuschließen und es nicht zwei Jahre zu prolongieren, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Torsten Warnecke (SPD) – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Meine Damen und Herren, den Applaus aus der SPD, der hier teilweise gekommen ist – vom Kollege Warnecke –, will ich hier nochmals extra zu Protokoll geben. Darüber freue ich mich. Es gibt eben auch Punkte, bei denen tragende Säulen dieses Parlaments Verantwortung übernehmen und sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Dafür herzlichen Dank dafür, Herr Kollege Warnecke.

(Beifall bei der FDP)

Sie können froh sein, dass wir regiert haben. Sie wären wahrscheinlich wieder auf den Vorschlag gekommen, wenn man sich an den Koalitionsvertrag unter Andrea Ypsilanti erinnert, aus diesem Flughafen doch einen Zeppelinlandeplatz zu machen. Deshalb sind wir schon froh, dass wir es waren, die dieses Projekt zu Ende bringen konnten, weil wir da ein besseres Gefühl haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben da noch viel vor – wenn uns die Menschen fragen, was wir machen wollen –: Wir werden dafür Sorge tragen, dass die A 44 und die A 49 zu Ende gebaut werden. Ich will das einmal an diesem Punkt der A 49 ganz konkret sagen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich bin in der Nähe dieser Autobahn gebürtig. – Frau Kollegin Wissler, ich weiß nicht, ob Sie Nordhessen überhaupt so gut kennen, aber ich nehme Sie gerne einmal mit.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Oh! – Zuruf von der CDU: Vorsicht!)

Dieses Nordhessen und diese Region haben das Problem, dass die A 49 aufgrund einer politischen Festlegung von Rot-Grün mitten in der Landschaft aufhört, dass der Verkehr, der von dieser Autobahn abgeflossen ist, jahrzehntelang direkt durch Orte geflossen ist und Menschen belastet hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie nennen so etwas einen „qualifizierten Abschluss“. Wir nennen so etwas eine absolut unverschämte Belastung von Menschen. Das ist Umweltbelastung nach Rot-Grün. Das ist mit uns nicht zu machen, Kollege Al-Wazir.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb wird dieses Thema natürlich auch dieses Jahr eine Rolle spielen. Wer einen „qualifizierten Abschluss“ will, d. h. keine Autobahn, der kann Rot-Grün die Stimme geben. Wir werden dafür Sorge tragen, auch mit der Finanzierung des Bundes für dieses wichtige Projekt, dass diese Autobahn zu Ende gebaut wird, dass eine wichtige Infrastrukturachse für Hessen fortgesetzt wird, dass die A 5/A 7 von Verkehr entlastet wird und dass die Menschen in dieser Region von Verkehr entlastet werden. Das ist der beste Umweltschutz, den wir machen können: Verkehr aus den Orten und Städten heraus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu guter Infrastruktur gehört auch, dass wir auf Technologie setzen. Ich habe das im Landtag in einer der letzten Debatten gesagt. Wir haben in Hessen mit vielen innovativen Modellen, nicht nur dem „Staufreien Hessen“, sondern auch mit Telematiksystemen und anderem, dafür Sorge getragen, dass nicht nur die Bundestagsfraktion der GRÜNEN diese Projekte lobt, sondern dass wir das starke Verkehrsaufkommen, das wir in Hessen haben, bewältigen. Wir sind das meistfrequentierte Land aller Bundesländer, das als Transitland diese Verkehrsmassen überhaupt nur bewältigen kann, wenn wir mit moderner Technologie arbeiten. Diese Technologie hat dazu beigetragen, dass wir diese Verkehrsmassen steuern können, dass es trotz dieser Massen Gott sei Dank nicht zu mehr Staus, sondern zu weniger Staus kommt.

Aber, ich bin bei Ihnen, da sind wir noch lange nicht am Ende. Das heißt für uns, dass wir bei diesen Themen weitermachen werden, den Einsatz moderner Technologien im Bereich der Verkehrslenkung forcieren werden. Wenn wir das schaffen, dann werden wir in den nächsten Jahren noch bessere Verhältnisse auf Hessens Straßen bekommen. Hoffentlich werden wir nie dazu kommen, dass wir in Hessen Telematik abschaffen und ein starres Tempolimit einführen, wie es gerade Baden-Württemberg an einigen Stellen getan hat. Meine Damen und Herren, das ist zurück in die Steinzeit, wir wollen voran in die Zukunft. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gibt eine Reihe von weiteren Themen im Rahmen der Infrastruktur, die für uns notwendig sind. Das ist z. B. das Thema IT. Wir sind beim Thema Breitband sehr weit hinten gestartet, wir sind dafür auch kritisiert worden, und wir sind jetzt ganz weit vorne. Ich sage das, weil das einer der Punkte ist, wo dieser Landtag möglicherweise Überein-

stimmung hat. Vielleicht kann er sich heute auch dazu durchringen, das hier zu sagen. Mit unserem 200-Millionen-€-Programm haben wir eine Grundlage dafür geschaffen, dass die IT-Infrastruktur in Hessen wirklich sehr gut ist. Sie ist noch nicht Spitze, wir wollen weiter daran arbeiten. Sie wissen, welche Ziele wir uns gesetzt haben. Aber zu guter Infrastruktur gehört es auch, dass Unternehmen in der Fläche die Chance haben, ihren Sitz nicht in einen Ballungsraum verlegen zu müssen, weil auch in der Fläche für sie ein gutes Umfeld besteht. Das ist auch ein wichtiger Punkt, um den wir uns kümmern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will einen ganz persönlichen Punkt zum Thema Infrastruktur herausgreifen, weil das ein Punkt ist, der mich jeden Tag beschäftigt, und das ist der Frankfurter Flughafen. Meine Damen und Herren, um den Frankfurter Flughafen beneiden uns viele. Aber zu diesem Flughafen haben wir auch an fast jedem Tag Diskussionen mit Menschen, die durch diesen Flughafen belastet werden. Es ist völlig unstrittig, dass dieser Flughafen für die Rhein-Main-Region auch eine Belastung darstellt. Alles andere wäre illusionär, wenn man sich in Frankfurt-Sachsenhausen, in Flörsheim, in Raunheim, in Offenbach oder wo auch immer befindet, wenn man sagen würde, es sei kein Problem, wir würden den Menschen nichts zumuten. Dieser Flughafen ist aber unsere wirtschaftliche Keimzelle; ich werde das nachher noch einmal an einigen Stellen belegen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Keimzelle!)

Frau Kollegin Wissler, viele internationale Unternehmen, die mit ihrem Hauptquartier in dieser Region sitzen, würden nicht hier sitzen, wenn dieser Flughafen nicht ein Hub mit Direktverbindungen wäre. Einen Flughafen, den Sie mit einmal oder zweimal Umsteigen erreichen können, finden Sie überall in Deutschland, überall in Europa, überall in der Welt. Was uns hier besonders macht, ist, dass von diesem Flughafen Direktverbindungen zu allen wichtigen Metropolen weltweit bestehen. Diese wirklich zentrale Funktion sorgt auch dafür, dass z. B. ein weltweit führendes Pharmaunternehmen in Ingelheim am Rhein sitzen kann, weil sie wissen, dass sie in 25 km Entfernung eine internationale Drehscheibe haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb war die Entscheidung wirtschaftspolitisch völlig richtig, diesen Flughafen auch im internationalen Wettbewerb gegen Istanbul und gegen jeden anderen Flughafen in Europa und der Welt zu stärken, dafür Sorge zu tragen, dass wir Potenzial nutzen, ausnutzen, aber dass wir auf der anderen Seite auch die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner ernst nehmen. Wir tun das auf der einen Seite mit einem sehr restriktiven Nachtflugverbot. Ich sage das ganz bewusst. Kein Flughafen der Größe auf dieser Welt hat ein so restriktives Nachtflugregime, wie wir es haben. Und wir tun das mit einer Allianz für mehr Lärmschutz, die beispiellos ist. Meine Damen und Herren, sie ist beispielhaft für das, was wir politisch organisieren konnten, nicht nur von der Summe, sondern auch von den einzelnen Tatbeständen her, die wir auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dazu gehört eben auch, dass wir uns nicht darauf ausruhen, dass wir dort Vorreiter sind, weil wir natürlich merken, dass die Situation in der Region immer noch so virulent ist, dass diskutiert wird: „Was kann man besser machen?“, gar

keine Frage. Wir sind in intensiven Gesprächen mit der Deutschen Flugsicherung, mit verschiedenen Institutionen, wie man für die betroffenen Menschen noch Verbesserungen erreichen kann.

Aber ich sage auch, gerade an Sie, Herr Kollege Schäfer-Gümbel: Ich habe sehr begrüßt, dass Sie das Thema Nachtflugverbot jetzt für Ihre Partei ein für alle Mal geklärt haben und Herrn Feldmann endlich eine Absage bei seiner Versprechung erteilt haben, die er nach Ihrer Äußerung jetzt Gott sei Dank nicht mehr öffentlich äußern darf, nach dem Motto: „Wir machen das einmal so, wie wir lustig sind“, sondern dass Sie dazu stehen. Aber eines will ich auch kritisch anmerken, meine sehr geehrten Damen und Herren: Uns vorzuwerfen, wir würden keinen engagierten Dialog mit den Betroffenen führen, das ist nicht fair, weil wir in den letzten Monaten nichts anderes gemacht haben, als uns intensiv mit den Betroffenen auszutauschen und zu versuchen, die Situation zu verbessern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Kollege Schäfer-Gümbel, wenn Sie einen Dialog wollen, biete ich Ihnen den jetzt konkret an.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Am Ende Ihrer Amtszeit! – Gegenruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn: Ha, ha, ha!)

Ich mache mit Ihnen jeden Termin möglich, den Sie vorschlagen. Wir beide gemeinsam machen in den nächsten zwei Wochen einen Termin bei Oberbürgermeister Feldmann und sorgen dafür, dass sich die Stadt Frankfurt endlich an der Allianz für Lärmschutz auch finanziell beteiligt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein Unding, dass eine politische Kraft versucht, ihren politischen Vorteil aus dieser schwierigen Situation zu erlangen, aber da, wo sie etwas tun kann, kneift. Das werden wir Ihnen nicht weiter durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich mache jeden Termin möglich, ich freue mich auf Ihre Terminvorschläge. Wir können in den nächsten Wochen mit Herrn Feldmann jeden Termin machen, ob vormittags, nachts oder in der Nachtflugverbotszeit; ich bin dabei. Wenn wir es gemeinsam schaffen, dass sich die Stadt Frankfurt endlich beteiligt, dann haben wir für die Region wirklich etwas Gutes getan. Das wäre ein guter Dialog.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Wolfgang Greilich (FDP): Die GRÜNEN regieren in Frankfurt auch mit!)

Meine Damen und Herren, Technologie und Industrie passen als dritter Punkt, der mir wichtig ist, sehr gut zu diesem Themenkomplex. Denn vieles von dem, was wir an Lärm in der Region haben, wird in den nächsten Jahren durch den Einsatz moderner Maschinen weniger werden. Die Herausforderungen der Zukunft werden wir nur durch Hightech lösen, nicht durch vier getrennte Mülltonnen – so hat es ein bekannter Politiker der Union vor einigen Monaten einmal gesagt, und dieses Zitat ist richtig.

Technologie und Industrie sind für uns zwei sehr wichtige Punkte. Wir sind an vielen Stellen Technologieführer – nicht wir, sondern unsere Unternehmen. Wir sorgen auch mit unseren Universitäten dafür, dass wir in den Bereichen stärker geworden sind. Wir haben unseren Beitrag dazu ge-

leistet, indem wir diese Unternehmen verzahnen, vernetzen, durch die Cluster, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben. Gerade das House of Logistics and Mobility am Frankfurter Flughafen, das sich einer unglaublichen Nachfrage von deutschen Hochschulen und Unternehmen, aber auch von internationalen Universitäten erfreut, zeigt, dass wir da auf einem richtigen Weg sind, wenn es um Technologie und Technologiepartnerschaften geht.

Wir wollen natürlich auch die Industrie weiterhin stärken. Friedrich Merz hat einmal gesagt – auch das ist ein schöner Satz –: Wir können nicht davon leben, dass wir uns jeden Tag gegenseitig die Haare schneiden. So viel Dienstleistung verträgt dieses Land nicht.

Mit dem, was Friedrich Merz gesagt hat, ist die Absage an die Forderung des Regionalverbands Frankfurt-Rhein-Main zu begründen, der eine Ausgestaltung des Rhein-Main-Gebiets als klimaneutrale Dienstleistungsregion plant.

Die Industrie, die wir in Hessen haben, ist einer der Hauptbestandteile des Rückgrats unserer Wirtschaft. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Industrie gestärkt und nicht geschwächt wird. Wir wollen nicht in eine Situation wie in Großbritannien kommen, wo man eine theoretische Diskussion über einer Reindustrialisierung führen muss, weil die industriellen Kerne in den letzten Jahren und Jahrzehnten kaputtgegangen sind. Wir wollen unsere industriellen Kerne erhalten. Deshalb waren wir – der Ministerpräsident, der die Hauptrede gehalten hat, und ich – bei Sanofi-Aventis, eine der wesentlichen Unternehmungen, einer der wesentlichen Industriepartner der Region. Dort sitzt die Wertschöpfung, die wir brauchen. Sanofi-Aventis ist der größte Steuerzahler in der Region Frankfurt. Es sind nicht die Banken, sondern es ist die Industrie, die die Wertschöpfung erhält. Daher wollen wir die Industrie erhalten. Sie von der Opposition wollen sie vertreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Ludwig Erhard hatte recht, als er sagte: „Wir laufen Gefahr, dass der produktive Elan unserer Gesellschaft zunehmend dem Genuss des Erreichten weichen will.“ – Das sagte er 1963, und dieser Satz ist heute genauso richtig wie damals.

Ich will Ihnen zum Schluss etwas ganz Persönliches sagen. Ich hatte vor einigen Wochen das Vergnügen – das sage ich ganz bewusst –, gemeinsam mit Wolfgang Clement von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ interviewt zu werden. Wolfgang Clement ist unbestritten ein kantiger Typ, ein Mann, der als Ministerpräsident, aber auch als Wirtschaftsminister auf der Bundesebene große Verantwortung für diese Gesellschaft übernommen hat. Ich sage als Liberaler – und ich glaube, auch die Kolleginnen und Kollegen der Union stimmen mir zu –: Wir würden heute nicht dort stehen, wo wir stehen, wenn wir Wolfgang Clement und die Agenda 2010 nicht gehabt hätten.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Agenda war als Reformkompass die Grundlage dafür, dass wir im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern so gut durch die Krise gekommen sind. Der Unterschied zwischen uns ist nur, dass wir diese Politik fortsetzen wollen, während Sie sich von Wolfgang Clement und seiner Politik distanzieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Für uns gilt: Wir wollen diese Reformpolitik für den Standort Hessen weiterhin betreiben. Wir wollen, dass der Standort Hessen international weiterhin erfolgreich ist. Wir wollen, dass der Standort Hessen wachsen kann, damit Arbeitsplätze und Wohlstand in diesem Land erhalten bleiben. Wenn wir das schaffen, dann war das eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, und die Menschen in Deutschland können sich den Unterschied zwischen den Ländern anschauen, die es so machen wie wir, und den Ländern, die auf das Thema Wirtschaft nur einen Pfifferling geben. Wir setzen weiterhin auf die Wirtschaft und auf den Erfolg des Standorts Hessen. Unterstützen Sie uns dabei!

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aussprache. Den Oppositionsfraktionen ist eine zusätzliche Redezeit von einer Minute zugewachsen. Lieber Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben das Wort und können versuchen, diese Minute zu nutzen.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Rentsch, lieber Florian,

(Zurufe von der CDU)

zwischenzeitlich habe ich mir ein bisschen Sorgen gemacht, dass du hier abhebst – wegen der vielen fremden Federn, mit denen du dich in deiner Regierungserklärung geschmückt hast.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich werde dazu an verschiedenen Stellen etwas sagen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir heute die Gelegenheit haben, über die Wirtschaftspolitik des Landes zu reden, über die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen, weil es eine Vielzahl von Dingen gibt, die in diesem Kontext zu besprechen sind. Deswegen zunächst herzlichen Dank, lieber Florian, dass du uns mit deiner Regierungserklärung diese Möglichkeit eingeräumt hast.

(Peter Beuth (CDU): Was Sie machen, ist respektlos! – Weitere Zurufe von der CDU)

– „Respektlos“ ist etwas anderes, Herr Beuth, beispielsweise die Bemerkung von Herrn Rentsch vom Wochenende, als er wörtlich feststellte: „Man merkt bei der Union, dass die Wirtschaftskompetenz nicht mehr vorhanden ist.“ Herr Rentsch hat recht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Absolute Stillosigkeit!)

– Herr Beuth, das ist doch nicht mein Zitat, doch nicht meine Anmerkung, sondern eine Anmerkung von Wirtschaftsminister Rentsch, dem Wirtschaftsminister der schwarz-gelben Koalition hier in Hessen. Er hat festgehalten: „Man merkt bei der Union, dass die Wirtschaftskompetenz nicht mehr vorhanden ist.“ Ich finde, er hat recht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Die Frage ist aber – das werden Sie sich heute an ein paar Stellen anhören müssen –, ob ein Vertreter der Liberalen, der ganz offensichtlich im Glashaus sitzt, mit Steinen werfen sollte.

Genau das ist das Thema dieser Regierungserklärung. In dieser Regierungserklärung ist nämlich deutlich geworden, dass diese Koalition und der Wirtschaftsminister keinen Kompass mehr haben. Herr Rentsch, Sie haben hier ein paar Textbausteine zu verschiedenen Themen, zu denen man unterschiedliche Auffassungen haben kann, vorgetragen, aber Sie haben zu den eigentlichen Fragen, die die Ausrichtung, das Ziel und den Zweck der Wirtschaftspolitik eines Landes ausmachen, nichts gesagt. Sie haben eine Vielzahl von Statistiken zitiert, die darauf hinweisen, dass das Bundesland Hessen erfolgreich ist – aber leider nur Durchschnitt. Das ist ein Thema, über das wir hier schon einmal diskutiert haben.

(Peter Beuth (CDU): So ein Geblubber!)

Sie haben weniger darüber geredet, dass Hessen in den letzten Jahren im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern hinsichtlich der Beschäftigungs- und Wachstumsdynamik zurückgefallen ist. Das heißt: Das Land lebt von seiner Substanz.

(Zurufe von der CDU)

Unser Land lebt von seiner Substanz. Es ist wie bei vielen anderen Themen: Sie nehmen die Wirklichkeit nicht mehr wahr. Das Land erfreut sich einer guten Grundstruktur, aber Sie tun entschieden zu wenig, um diese Grundstruktur zukunftsfest zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Sie haben offensichtlich keine Ahnung!)

Jenseits aller Zwischenrufe von Herrn Hahn: Der eigentliche Erfolg dieses Landes beruht darauf, dass „da draußen“ Hunderttausende von Menschen jeden Tag hart arbeiten – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Handwerk, der Mittelstand, die Unternehmen, die Verwaltungen und auch die Politik. Deswegen geht unser Dank zuallererst an die „da draußen“, weil sie es sind, die den Erfolg garantieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Herr Rentsch, vielleicht denken Sie einmal darüber nach, ob die Erfolge in diesem Land an vielen Stellen vielleicht nicht wegen Ihnen, sondern trotz Ihnen erzielt worden sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

Eine der Grundlagen dafür, dass dieses Land erfolgreich durch die Krise gekommen ist, ist z. B. die in vielen Unternehmen funktionierende Sozialpartnerschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass viele Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter, Belegschaftsvertreterinnen und -vertreter in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in den Gremien von Unternehmen Verantwortung dafür übernommen haben, dass diese Unternehmen überlebt haben – an vielen Stellen in Zusammenarbeit mit einem engagierten Management, mit Unternehmensvertre-



tern und Unternehmern, an anderen Stellen aber eben auch gegen den teilweise erbitterten Widerstand derer, die nichts Besseres zu tun hatten, als sich möglichst schnell aus der Verantwortung zu stehlen. Wir haben hier über eine Reihe solcher Beispiele gesprochen. Herr Dr. Wagner, ich will an die gemeinsamen Anstrengungen bei Opel erinnern. Ich will aber auch an die Anstrengungen bei SEL erinnern, wo die Eigentümer dafür gesorgt haben, dass das Unternehmen trotz voller Auftragsbücher gegen die Wand gefahren wurde. Es war gerade die Belegschaft, die dafür gesorgt hat – Herr Reif müsste das eigentlich wissen –, dass das Unternehmen die Krise gut überstanden hat.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Clemens Reif und Peter Beuth (CDU))

Aber zur Sozialpartnerschaft kam von Ihnen kein Wort.

(Peter Beuth (CDU): Kehren Sie erst einmal vor Ihrem Haus! Was ist denn mit der „Rundschau“? – Judith Lannert (CDU): Vor der eigenen Türe kehren!)

Denn wenn Sie über Wirtschaft reden, dann reden Sie nur über einen Teil. Ich sage Ihnen: Wirtschaft als Erfolgsmodell in diesem Land ist immer auch das Ergebnis von Sozialpartnerschaften, von dem gemeinsamen Miteinander von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmern.

(Beifall bei der SPD – Zurufe des Abg. Peter Beuth (CDU) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Beuth, ich wiederhole mich: Dazu hat der Wirtschaftsminister keinen einzigen Ton gesagt. Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften gibt es für die FDP und die schwarz-gelbe Landesregierung nicht, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Peter Beuth (CDU): Wie bei der „Frankfurter Rundschau“! Herr Schäfer-Gümbel, jetzt erklären Sie sich doch einmal dazu! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, stellen Sie den Baby-Boddenberg ab!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, bitte. Lieber Herr Al-Wazir, diese Ausdrucksweise kann ich mir nicht erlauben. Das gilt auch für die Zwischenrufe, also beides nicht. Ich bitte um Verständnis. – Das Wort hat Herr Schäfer-Gümbel, bitte.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Danke schön, Herr Präsident. – Ziel, Sinn und Zweck einer Wirtschaftspolitik, wie wir sie verstehen, Herr Wirtschaftsminister, ist ganz elementar und vor die Klammer gezogen: Wie schaffen wir Arbeit, wie sichern wir Arbeit, und zwar Arbeit, von deren Leistung Sie am Ende auch leben können?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rentsch, deswegen will ich sagen: Ihr erneutes Plädoyer am Wochenende für Armutslöhne, Ihr erneutes Plädoyer dafür, dass es keine Schutzregeln für diejenigen gibt,

die für weniger als 8 € die Stunde arbeiten, für all diejenigen, die in prekärer Beschäftigung arbeiten – das betrifft in Hessen beispielsweise jede dritte beschäftigte Frau. Jede dritte beschäftigte Frau in Hessen arbeitet im Niedriglohnssektor. Das sind Zahlen, an denen Sie eigentlich nicht vorbeikönnen. Aber dazu hören wir von Ihnen nichts. Stattdessen hören wir von Ihnen irgendwelche ideologischen Bekenntnisse dazu, dass sich der Staat am besten heraushalte.

Die Steigerung von alldem hat allerdings in der letzten Woche Herr Greilich geliefert, als er erklärt hat – ich will das hier wörtlich zitieren, weil es wirklich unglaublich ist –:

Die Diskussion über Gerechtigkeit und zunehmende Armut werde weiter zunehmen. Aber es gebe keine Verarmung. Es gehe heute vielen besser, und den Bedürftigen werde geholfen. Die Medienlandschaft nehme allerdings diese Diskussion gerne auf, und in unserer „Armutsideologie“ lasse es sich gut leben.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Unverschämt!)

Herr Greilich, eine solche Beschimpfung von Kirchen, Sozialverbänden und den Betroffenen habe ich selten erlebt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich will es noch einmal auf den Punkt bringen. Wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, dann reden wir nicht über die Umsetzung von Lobbypositionen Einzelner, sondern der Fokus unserer wirtschaftspolitischen Überzeugungen ist: Wie stärken wir Wirtschaft und Arbeit? Da ist, wie gesagt, der Fokus auf der Schaffung und Sicherung von Arbeit, von der man am Ende des Monats ohne den Gang zum Amt leben kann.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rentsch, es erschüttert mich schon,

(Zuruf von der CDU: Unglaubwürdig!)

wenn Sie an dieser Stelle kein Wort dazu sagen. Ihren peinlichen Versuch, die Frage von Herrn Clement – der inzwischen nicht mehr unserer Partei angehört; darüber sind wir, ehrlich gesagt, als Sozialdemokraten nicht so traurig; das will ich ausdrücklich sagen –

(Zurufe der Abg. Clemens Reif und Manfred Pentz (CDU))

mit der Frage um die Agenda 2010 zu vermischen, nehmen wir ganz locker und gelassen hin. Die Agenda 2010 und ihre Teilelemente, beispielsweise die Initiative Zukunft, Bildung und Betreuung, die energetische Sanierung, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Durchsetzung des Grundsatzes von Fordern und Fördern, waren alle völlig richtig.

(Beifall bei der SPD)

Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Davon haben wir nichts zurückzunehmen.

Wir haben allerdings zur Kenntnis genommen – insofern nimmt die SPD, die in diesem Jahr ihren 150. Geburtstag feiern darf, für sich auch immer in Anspruch, dass sie aus Fehlentwicklungen lernt –,

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

dass das, was wir z. B. beim Thema Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei der Leiharbeit angeboten haben, um Auftragsspitzen in Unternehmen leichter abzufedern, anschließend massenhaft unter anderem durch die Gründung von sogenannten christlichen Gewerkschaften missbraucht wurde. Gott sei Dank wurden diese Gewerkschaften mittlerweile von der Bundesarbeitsgerichtsbarkeit im Prinzip aus der Welt geschafft. Dieser Missbrauch war erstens nie beabsichtigt, und wir sind zweitens nicht bereit, das einfach hinzunehmen. Deswegen werden wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch in der Leiharbeit durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die Niedriglohnentwicklung. Die nehmen wir zur Kenntnis. Deswegen sind wir auch weiterhin für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und zwar gerade auch deswegen, weil wir, anders als die Union, die im Moment über Lohnuntergrenzen fabuliert, der Auffassung sind, dass gerade dort, wo Gewerkschaften und Arbeitgeber in der Sozialpartnerschaft nicht mehr in der Lage sind, zu Verhandlungsergebnissen zu kommen, Mechanismen geschaffen werden müssen, die dafür sorgen, dass zumindest eine Grenze eingezogen wird, die nicht unterboten wird. Denn wir akzeptieren nicht, dass in diesem Land – damit ist jetzt allerdings die gesamte Bundesrepublik gemeint – inzwischen 6 Millionen Menschen für weniger als 8 € die Stunde arbeiten. Das ist für uns Wirtschaftspolitik, wie wir sie verstehen: Wir wollen, dass Menschen von ihrer Hände und Kopf Arbeit am Ende des Monats selbstständig leben können.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rentsch, ich werde nicht müde, das zu wiederholen: Genau dazu haben Sie nichts gesagt.

Ich will wieder zum Thema Ziel, Sinn und Zweck von Wirtschaftspolitik kommen. Ich glaube, dass es neben dem Schaffen und Sichern von Arbeit zwei weitere wirklich große konzeptionelle Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik gibt.

Das Erste ist die Bewältigung der Energiewende. Wenn wir davon sprechen, sprechen wir inzwischen von der sozialen Energiewende, weil sie auch etwas mit der Sicherung von Arbeit zu tun hat, weil sie etwas mit der Bezahlbarkeit zu tun hat, weil sie etwas mit dem Industriestandort und vielem anderen mehr zu tun hat. Für uns ist Energiewende nicht nur, zu erklären: „Wir sind jetzt auch für den Atomausstieg“ – ich bin nach wie vor froh, dass diese Seite des Hauses inzwischen auch zu dieser Überzeugung gekommen ist –, und anschließend Windkraft abstrakt zu begrüßen, sondern dazwischen gibt es noch ziemlich viel im Hinblick auf Energieeffizienz, Energieeinsparung, Bezahlbarkeit von Energie, Industriepolitik, Speichertechnologien und Netzausbau zu tun. Herr Rentsch, ich hätte mir von Ihnen als zuständigem Wirtschaftsminister schon gewünscht, dass Sie zu dem Thema Energiewende als einer der zentralen Herausforderungen für Arbeit und Wirtschaft in Hessen wenigstens einen Satz gesagt hätten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen Hessen zur ressourcen- und energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Das ist unser klares Ziel. Denn wir glauben, dass wir damit Arbeit, Einkommen und Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft sichern. Das sind keine kleinen Baustellen. Da muss man sich anstrengen. Aber dazu haben wir, wie gesagt, von Ihnen gar nichts gehört.

Das gilt letztlich auch für die dritte große Herausforderung. Sie haben das Thema zweimal leicht gestreift, nämlich bei der Position, die die Europäische Union vor vielen Jahren im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegt hat, dass Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden muss. Das hat ganz viel mit der Förderung des Einzelnen zu tun. Das hat viel mit Bildung zu tun. Dazu werde ich aber gleich im Einzelnen kommen.

Damit würde ich gern zu den technischen Punkten kommen, die Sie angesprochen haben. Wir haben ein bisschen über die Ausrichtung geredet. Ich will ganz ausdrücklich mit dem Thema Infrastruktur anfangen. Ich will Ihre Terminanfrage ausdrücklich bejahen. Ich bin sehr bereit, das mit Ihnen zu machen. Ich mache Ihnen aber einen Vorschlag. Ich halte Sie im Kern für einen schlauen Menschen. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie wissen, dass die Frage von Haushalts- und Finanzströmen eine Frage ist, die nicht der Magistrat der Stadt Frankfurt, sondern die Stadtverordnetenversammlung entscheidet.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Deswegen bin ich dafür, dass wir den Termin mit Peter Feldmann gemeinsam machen. Ich bin sehr dafür, aus Mediationsgründen auch Boris Rhein als ehemaligen Kandidaten mitzunehmen. Wir laden zu diesem Termin Herrn Cunitz, Herrn Becker sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden von Schwarz-Grün ein, die das nämlich am Ende in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt durchsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rentsch, damit wir beide uns völlig einig sind, sage ich sehr klar: Ich erwarte – ich weiß doch, welche Gespräche Sie auf den entscheidenden Metern und in entscheidenden Zeitfenstern zu Ihrer Allianz geführt haben –, dass sich die Stadt Frankfurt als der Hauptgewinnler des wirtschaftlichen Ertrags des Frankfurter Flughafens auch aktiv an den Lärmschutzmaßnahmen in der Region beteiligt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP) – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Das sage ich im Übrigen seit Langem auch intern. Ich nehme allerdings zur Kenntnis, dass jetzt offensichtlich der Zuspruch insbesondere auch aus dem Unionslager ziemlich übersichtlich war. Ich bin sehr gespannt, wie die Gespräche mit den Mehrheitsfraktionen in Frankfurt laufen. Wir werden aber ganz sicher zu der Terminvereinbarung kommen.

Da Sie den Flughafen angesprochen haben, will ich das auch gern noch einmal machen. Sie wissen, dass wir in den letzten Jahren immer gesagt haben, dass wir auf der Grundlage der Mediation für den Ausbau des Frankfurter Flughafens sind und eine klare Position halten.

Aber es sind zwei Dinge passiert: Mit Ihrem Wortbruch bei der Mediation, beim Nachtflugverbot, bei den Klagen gegen das eigene Versprechen

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

haben Sie beim zentralen Infrastrukturausbau in Frankfurt unendlich viel Vertrauen zerstört.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Vertrauensverlust trägt über den Tag hinaus – ich werde nicht müde, das hier immer und immer wieder zu wiederholen –, weil die Menschen kein Vertrauen mehr in Politik haben, dass das, was ihnen als Ausgleichsangebot formuliert wird, anschließend auch umgesetzt wird.

Ich will dazu ausdrücklich sagen, dass es da ein juristisches Problem gibt, nämlich dass die Mediation als politisches Zugeständnis bisher als formales Instrument im Planungsrecht nicht verankert war. Meine sehr verehrten Damen und Herren von Schwarz-Gelb, ich würde mich freuen, wenn wir es gemeinsam hinbekommen würden – noch haben wir ja sechs Monate Zeit –, Initiativen zu starten, Mediationsverfahren im Planungsrecht zu verankern, damit so etwas in Zukunft nicht mehr passieren kann, wenn es ein solches Versprechen gibt.

(Beifall bei der SPD)

Auch da bin ich für Terminanfragen jederzeit offen und würde mich freuen, wenn das mit den Mehrheitsfraktionen ginge, Herr Rentsch.

Das gilt allerdings nicht nur für das Thema Flughafen. Dieses Thema wird uns im Übrigen noch lange Zeit beschäftigen, weil der von Ihnen angerichtete Vertrauensverlust groß ist.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Und was machen Sie?)

– Wir haben angeboten, was Sie an Vertrauen zerstört haben, in einem neuen Anlauf zu erneuern, weil die Auseinandersetzung – das sieht man tagtäglich – nicht beendet ist und alle Beteiligten nach einem Ausweg suchen, überhaupt wieder eine Gesprächsbasis hinzubekommen.

Was Sie als Dialog anbieten, ist doch nur der verzweifelte Versuch gewesen, Ihren Wortbruch zu kaschieren. Deswegen ist Ihre Glaubwürdigkeit bei solchen Angeboten völlig zerstört – nicht die persönliche, aber die politische.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) und Wolfgang Greilich (FDP))

Deswegen höre ich viele Ihrer Bemerkungen zum Thema Infrastrukturausbau gern. Aber Sie machen doch kein Angebot zu dieser Frage.

Ihr Lamento über die Themen Straße und Schiene teile ich, wenn Sie sagen: Wenn Schäuble das macht – gemeint sind die Kürzungen im Verkehrswegeplan –, sei er der Totengräber der deutschen Volkswirtschaft. – Das sind starke Worte. Ich bin gespannt, ob der Ministerpräsident und die Union diese Bemerkung teilen und welche Konsequenzen sie daraus ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Allein die Investition bei Straße und Schiene in Beton und Stahl hilft aber nicht.

Ich verkneife mir am heutigen Nachmittag wirklich jede lästerliche Bemerkung zum „Staufreien Hessen“. Es gäbe

da vieles zu sagen. Ich empfehle noch einmal, bei Gelegenheit vielleicht die Kolleginnen und Kollegen der Fahrbereitschaft des Hessischen Landtags und der Ministerien einzuladen, um sie hier eine halbe Stunde über „Staufreies Hessen“ reden zu lassen.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich vermute, dass Sie hier ein paar interessante Hinweise bekämen, auch zu Statistiken, wie man sie bearbeiten kann, und vieles Weitere mehr.

Aber das zentrale Problem ist, dass Sie auf den enormen Modernisierungs- und Sanierungsbedarf bei Straße und Schiene keine Antwort haben. Ihre Hinweise auf die schwierige Finanzierungssituation bei öffentlichen Haushalten sind ja richtig. Aber was ist denn die Konsequenz? Die CSU – das sage ich in Richtung der Union – sagt: Pkw-Maut. – Ich halte die Einführung einer Pkw-Maut für kein sinnvolles Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings bin ich sehr wohl der Auffassung – das haben wir auch bei uns klar beschlossen, weil wir sehen, dass der Modernisierungs- und Sanierungsbedarf enorm ansteigt und wir in den nächsten Jahren wirklich dicke Bretter bohren müssen –, dass wir die Frage der Lkw-Maut auf die Tagesordnung setzen, und zwar mit ihrer klaren Ausweitung. Ein Lkw schädigt die Straße so wie 60.000 Pkw, weil es etwas mit Gewicht, Geschwindigkeit und Belastung zu tun hat. Ich sage Ihnen: Wenn das so ist, muss der Schwerlastverkehr einen größeren Finanzierungsbeitrag leisten. Das heißt, die Ausnahmen müssen weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, dass Sie das nicht wollen, bin ich sehr gespannt auf Ihre anderen Vorschläge.

Ich freue mich darauf, diese Debatte mit Ihnen zu führen. Ich bleibe aber auch dabei, dass es nicht allein um Investitionen in Stahl, Beton und Asphalt gehen wird. Es geht auch um intelligente Verkehrskonzepte. Es geht beispielsweise darum, wie wir die Frage des Lärmschutzes, der Energiewende und der Veränderungen im Verkehrssektor aufnehmen. Wir werden ein Angebot dazu machen. Wir waren da schon relativ weit, allerdings in einem anderen Zuschnitt. Wir sind bereit und willens, so etwas wie eine internationale Bauausstellung zu genau den Themen Lärm und Verkehr im Rhein-Main-Gebiet zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Es könnte ein weiteres Angebot sein, den Menschen in der Region vor dem Hintergrund der hohen Belastungen eine Entlastungsperspektive zu bieten.

Es gäbe noch eine ganze Reihe von Anmerkungen, beispielsweise zur Frage der Industriepolitik. Ja, es gibt dort eine Vielzahl von Nutzungskonflikten. Wir sind auf Bundesebene in Vorbereitung einer entsprechenden industriepolitischen Initiative auch für Hessen, weil wir der Auffassung sind, dass Industriestandorte ganz wesentlich dazu beigetragen haben – da sind wir uns einig –, so aus der Krise herauszukommen, wie es der Fall war. Es war gut, bei einer industriepolitischen Orientierung zu bleiben und diese im Zweifelsfall in Auseinandersetzungen offensiv zu vertreten. Aber wir werden mit der Frage der Energiewende auch eine Vielzahl von Herausforderungen im Bereich der Industriepolitik haben.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was ist denn mit der energetischen Gebäudesanierung, Herr Kollege?)

Deswegen werden wir dort ganz sicher ganz viele Anstrengungen unternehmen müssen. Wir als Vertreter der Sozialdemokratie haben nicht umsonst auch im Rahmen des Energiegipfels immer wieder darauf hingewiesen, dass das Thema der Industriepolitik Gegenstand der Beratungen im Energiegipfel sein muss. Ich finde es nach wie vor ein bisschen bedauerlich, dass dies nicht gelungen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Ich will noch einige kurze Bemerkungen zum Thema Finanzplatz machen; denn auch dazu haben Sie gar nichts gesagt.

Mit Interesse habe ich die Antworten von Herrn Schäfer in der Fragestunde zur Finanztransaktionssteuer gehört. Ich bin nach wie vor verwundert; denn wenn ich es richtig verstanden habe, haben alle Bundesländer im letzten Sommer im Bundesrat bei den Beschlüssen über den Fiskalpakt der Einführung der Finanztransaktionssteuer zugestimmt – damit auch Sie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es würde mich sehr verwundern, wenn das anders wäre. Wenn ich es richtig sehe, werden die Beschlüsse jetzt konsequenterweise von Herrn Schäuble umgesetzt, der nicht meiner Partei angehört. Ich weiß, dass zumindest die Börse schon vor den politischen Beschlusslagen an klugen Konzepten gearbeitet hat, wie man so etwas umsetzen kann; denn natürlich gibt es am Finanzplatz eine Auseinandersetzung über dieses Thema. Es geht darum, wie sie ausgestaltet wird, wer sie bezahlt und wer sozusagen am Ende derjenige ist, der darüber ein bisschen mehr reguliert wird oder nicht.

Offen gesagt, ist das vor allem ein Konflikt zwischen der Deutschen Börse AG auf der einen und der Deutschen Bank AG auf der anderen Seite. Meine Sympathien sind da ziemlich eindeutig ausgerichtet. Ich finde, dass alle diese Handelsgeschichten an die Börse müssen, damit sie transparent, mit klaren Kriterien unterlegt und überprüfbar sind. Ich habe bis heute nicht verstanden, warum Sie eigentlich permanent gegen mehr Transparenz und Kontrolle am Finanzmarkt sprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen auch darum, weil das zu Mehrbeschäftigung am Finanzplatz führt. Wenn dann immer das Drohgespenst kommt, Schäfer-Gümbel wolle mit seinem Ja zur Finanztransaktionssteuer 75.000 Arbeitsplätze am Finanzplatz gefährden, weise ich darauf hin, dass es wohl überhaupt nur 70.000 Arbeitsplätze sind. Wie man mehr vernichten kann als existieren, das habe ich noch nicht verstanden. Sie werden es mir aber bei Gelegenheit sicherlich noch einmal erklären.

Ich will allerdings auch darauf hinweisen, dass Sie eine Reihe von Themen nicht in der Form angesprochen haben, wie ich es für notwendig gehalten hätte, z. B. bei Technologie. Ihr Hinweis auf Frau Kühne-Hörmann war ja nett, um sozusagen jedes Mal irgendwie ein Kabinettsmitglied zu benennen.

Aber wir stellen fest, dass nach wie vor der Technologietransfer nicht so funktioniert, wie es sein müsste, dass auch

Ihre Neuorientierung beispielsweise bei der Technologiestiftung unter dem Dach der Hessen-Agentur nicht funktioniert. Deswegen sage ich sehr klar: Die Hessen-Agentur mit ihrem zigfachen Personalwechsel an der Spitze – ich hoffe auch, dass es irgendwie ein bisschen besser und beruhigter wird – ist und bleibt eine Fehlkonstruktion. Die Hessen-Agentur wird, wenn wir eine politische Mehrheit bei der Landtagswahl bekommen, in dieser Form sicherlich nicht fortgeführt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Damit muss niemand Angst um seinen Arbeitsplatz haben; denn die Aufgaben, die die Hessen-Agentur begleitet, bleiben ja. Sie bleiben auch im Kern notwendig. Aber das Reisebüro, das damals von Roland Koch geschaffen wurde, wollen wir in dieser Form nicht, sondern wir wollen das insgesamt strategisch ausrichten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Damit komme ich zum Thema Kreativwirtschaft. Auch dazu haben Sie leider wenig bis gar nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kreativwirtschaft ist aber, was den Beschäftigungssektor angeht, inzwischen mindestens so bedeutend wie der Finanzsektor für Frankfurt/Rhein-Main. Da geht es auch um Klima. Sie haben auch zu Biotechnologie und vielem anderen nichts gesagt. Das ist im Kern so. Aber ich hätte mir gewünscht, wenn Sie schon eine Regierungserklärung abgeben, dass Sie sie wenigstens vollumfänglich machen, wenn Sie schon einen Textbaustein an den anderen reihen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch da muss klar sein, dass es nicht nur um Ausbildungskapazitäten geht, um Rahmenbedingungen und vieles andere mehr. Das Thema Kreativwirtschaft gibt mir noch einmal die Chance, auf ein Feld hinzuweisen, zu dem Sie als Wirtschaftsminister auch nichts gesagt haben. Es geht um die Frage, wie die Menschen wohnen, die da arbeiten.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, gute Frage!)

Das Thema Wohnungspolitik ist doch gerade im Ballungsraum eine der größeren Herausforderungen. Sie erleben es im Moment durch alle Debatten hindurch, dass gerade auch aus der Kreativwirtschaft die klare Ansage kommt: Wir brauchen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die häufig nicht für großes Geld arbeiten, bezahlbaren Wohnraum.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbarer Wohnraum in Frankfurt/Rhein-Main ist eine der größten Herausforderungen. Deswegen bin ich nach wie vor heilfroh, dass es im letzten Jahr gelungen ist in einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, Organisationen, dem Mieterbund und vor allem vielen Mieterinnen und Mietern, Ihren Anschlag auf die Nassauische Heimstätte abzuwehren und die Gesellschaft im Landeseigentum zu halten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Nur eine solche Gesellschaft im Eigentum zu haben, reicht nicht. Wir werden eine neue Offensive in der Wohnungspolitik brauchen, die auch verbunden ist mit der Stadtentwicklungspolitik. Aber dazu werden wir sicherlich im Laufe der nächsten Monate Gelegenheit haben, ausführlich zu reden.

Vorletzte Bemerkung. Es geht um das Thema Fachkräfte. Auch dazu will ich etwas sagen, denn ich finde es sehr honorig, was Sie da in Spanien machen. Ich finde es gut, dass Sie jungen Menschen eine Perspektive geben. Aber, Herr Rentsch, wir sollten auch darauf achten, dass gerade unter dem Stichwort des Fachkräftemangels dabei nicht die unter die Räder kommen, die hier leben. Wenn wir in Hessen 140.000 junge Menschen unter 27 Jahren haben, die keinen Berufsabschluss haben, dann ist das ein Potenzial, das wir ständig heben müssen.

Deswegen sage ich klar: Wir wollen ein Programm, wir wollen eine Perspektive: kein Abschluss ohne Anschluss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch diese Menschen nicht alleine lassen. Wir wollen ihnen immer und immer wieder eine Chance geben.

(Holger Bellino (CDU): Das ist abgeschrieben!)

Ich will an dieser Stelle einen Strich unter eine Vielzahl von Bemerkungen machen und zum Schluss kommen. Ich habe über Ziel, Sinn und Zweck von Wirtschaftspolitik gesprochen. Dazu hätte ich mir ein paar Bemerkungen von Ihnen gewünscht. Ich habe eine Reihe von Themen aufgenommen, wo ich glaube, dass Ihre Ausrichtung falsch ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass ich gerne Ihr Terminangebot in einer etwas erweiterten Runde aufnehmen möchte.

Aber ich will am Ende noch einmal festhalten: Das eigentliche Problem Ihrer Regierungserklärung und Ihrer Arbeit in den letzten Jahren war und ist, dass Sie keinen Kompass mehr haben. Sie wissen nicht, wofür Sie das tun. Es ist alles eine Aneinanderreihung von Einzelprojekten. Das ist die Kernschwäche Ihrer Ausrichtung.

Für uns ist klar: Der Kern unserer Wirtschaftspolitik ist die Sicherung und Schaffung von Arbeit, und zwar von Arbeit, von der die Menschen am Ende leben können.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der wesentliche Unterschied zwischen Ihnen und uns. Deswegen will ich gerne noch einmal zum Ausgangspunkt zurückkommen. Ja, Herr Rentsch hat recht: Man merkt bei der Union, dass die Wirtschaftskompetenz nicht mehr vorhanden ist. Aber es bleibt dabei: Sie sitzen im Glashaus. Sie sind selbst beteiligt, und deswegen hat Heiner Geißler am Ende auch recht: Die schwarz-gelbe Koalition ist ein totgerittenes Pferd.

Diese Regierungserklärung war ein weiterer Beleg dafür. – Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Als Nächster wird Herr Dr. Arnold für die CDU-Fraktion zu uns sprechen. Sie haben das Wort.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Wirtschaftskompetenz der CDU?)

### Dr. Walter Arnold (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schäfer-Gümbel, in einer relativ müden Rede haben Sie wenige Aussagen getroffen, bei denen es sich lohnt, mit Ihnen in eine nähere Diskussion einzutreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber zwei Bemerkungen möchte ich hier doch aufgreifen. Am Eingang Ihrer Rede der CDU die Wirtschaftskompetenz abzusprechen – –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das war Herr Rentsch! Das war nicht ich, ich habe ihn nur zitiert! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Was Sie dazu sagen, Frau Kollegin Wissler, will ich gar nicht kommentieren. Sie ist bei Ihnen nicht vorhanden. Insofern brauche ich nicht darüber zu diskutieren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das sagen Sie Herrn Rentsch, nicht mir!)

Uns das vorzuwerfen, bringt mich dazu, Ihnen in Erinnerung zu rufen, was wir 1999 von der damaligen rot-grünen Landesregierung übernommen haben. Wir hatten ein Mediationsverfahren zum Projekt Flughafen, das der damalige Ministerpräsident Eichel ins Leben gerufen hat, mit völlig ungewissem Ausgang bei seinem Koalitionspartner, den GRÜNEN. Ihm war sicherlich klar, dass es wahrscheinlich nicht zum Tragen gekommen wäre. Wir hatten einen Straßenbau, der auf 36 Millionen DM, sprich: 18 Millionen €, heruntergewirtschaftet wurde,

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

eine hohe Arbeitslosigkeit, eine Wirtschaftspolitik, vor allem getragen von den GRÜNEN, die wie Mehltau über diesem Hessenland gelegen hat. Herr Schäfer-Gümbel, das war einer der Hauptgründe, warum Sie diese Wahl 1999 verloren haben.

(Zurufe von der SPD)

Dieser müde Auftritt heute wird dazu führen, dass auch die Wirtschaftspolitik dazu beitragen wird, dass Sie die nächste Landtagswahl auch nicht gewinnen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie reden hier über Energiepolitik. Warum haben Sie dann im Bundesrat über ein Jahr lang moderne Energiepolitik dadurch verhindert, dass Sie diese Entscheidungen blockiert haben? Sie haben in Ihrer Rede das vorgebracht, was typisch ist für das Strickmuster der Sozialdemokratie. Sie versprechen jedem alles. Sie würdigen nicht die Verdienste, die beispielsweise CDU und FDP in den zurückliegenden 13 Jahren im Land Hessen vollbracht haben. Aber da, wo Sie Verantwortung haben, scheitern Sie. Das zeigt das Beispiel der „Frankfurter Rundschau“. Es darf überhaupt niemand daran denken, Ihnen Regierungsverantwortung zu übertragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was mir an Ihrer Rede nicht passt – ich bin bei Ihnen, wenn Sie die hessischen Arbeitnehmer loben, wenn Sie sa-

gen, jeder Erfolg eines hessischen Unternehmens hängt auch mit der guten Arbeit der Arbeitnehmer zusammen –, ist, dass die Sozialdemokraten und Sie persönlich vergessen, dass zu jedem Arbeitnehmer auch ein Arbeitgeber gehört

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

und dass zu jedem Arbeitsplatz, den wir haben, Unternehmer gehören, die ihr Geld in die Hand nehmen, investieren und für sichere Arbeitsplätze sorgen. Herr Schäfer-Gümbel, das ist etwas, was wir als Wirtschaftspolitiker sehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Hessen hat sich in den zurückliegenden Jahren seit 1999 ausgesprochen gut entwickelt. Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, hier eine Grafik zeigen, die das sehr anschaulich verdeutlicht.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

1999 gab es knapp über 3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hessen. Im Jahr 2012 waren es über 3,2 Millionen Beschäftigte – ein Anstieg von über 200.000 Menschen, die in Brot und Arbeit sind. Das ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik, für Arbeit zu sorgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist nicht nur eine Frage der Leistung der Unternehmer und der Arbeitnehmer – natürlich, deren Leistung in erster Linie. Aber es ist auch eine Frage der Randbedingungen, der wirtschaftlichen Bedingungen, die gegeben sind.

Ich werde an vier Beispielen aufzeigen, dass es, wenn Rot-Grün jemals an die Verantwortung käme, Entwicklungen gibt, die diese hervorragenden, in Hessen beispiellos guten Dinge konterkarieren, dagegensteuern, und es deswegen wichtig ist, dass die Wirtschaft weiterhin von Schwarz-Gelb und nicht von Rot-Grün beeinflusst wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nur ein paar Zahlen. Wirtschaftsminister Rentsch hat Zahlen genannt. In Hessen liegt der Anteil am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 20 % über dem bundesdeutschen Durchschnitt. In Hessen verdienen die Arbeitnehmer rund 14 % mehr Gehalt im Vergleich zu den anderen Bundesländern. So wenige Menschen wie zuletzt vor 20 Jahren waren im vergangenen Jahr Arbeit suchend.

Unsere Arbeitslosenquote liegt bei 5,7 %. Unsere Jugendarbeitslosigkeit ist in den zurückliegenden Jahren 1999 bis 2012 um sage und schreibe 30 % zurückgegangen. Natürlich muss man in diesem Zusammenhang sehen, dass im Bereich Frankfurt/Rhein-Main immer noch rund 40.000 Menschen ohne Arbeit sind. Denen gehören auch unsere Fürsorge und unsere Sorge um Arbeitsplätze.

Wenn wir beispielsweise nicht wichtige Entwicklungen wie den Flughafen Frankfurt weiterhin vorantreiben, wird sich das negativ auswirken. Wenn Sie auf Ihren möglichen Koalitionspartner, die GRÜNEN, hören, dann wird diese Entwicklung des Flughafens gegenläufig sein. Und das ist gegen eine gute Wirtschaft in Hessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Industrie und Handwerk blicken positiv in die Zukunft. Der Geschäftsklimaindex der IHK liegt deutlich über dem langfristigen Durchschnittswert. Mehr als drei Viertel der

Unternehmen erwarten eine gleichbleibende oder sogar bessere Geschäftsentwicklung in Hessen.

Ähnlich ist die Einschätzung des Handwerks. 85 % der Betriebe, die befragt wurden, beurteilen ihre zukünftige Lage als gut oder befriedigend. Viele persönlichen Gespräche in Industrie und Handwerk zeigen: Die Unternehmer sind zufrieden. Der Wirtschaft geht es gut. Sie sind zufrieden mit einer schwarz-gelben Landesregierung. Und das ist der entscheidende Unterschied zu der Situation 1999.

Ich denke, dass gerade die Wirtschaft mit ihrer Aktivität die Überzeugung dokumentiert: Der Wirtschaftsminister Florian Rentsch, der Ministerpräsident Volker Bouffier haben in den letzten Jahren eine Wirtschaftspolitik in unserem Bundesland gezeigt, die der Wirtschaft unter die Arme greift und sie nicht wie Sie in den verschiedenen Bereichen entsprechend bremsen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese wirtschaftliche Unsicherheit – das zeigt sich immer wieder – ist Gift für eine wirtschaftliche Entwicklung. Der CDU/FDP-Arbeitskreis Wirtschaft war in den letzten Wochen in verschiedenen Betrieben unterwegs. Wir haben beispielsweise in Wiesbaden-Delkenheim die Firma EPHY-Mess besucht, wir waren in Frankfurt bei Data Room Services GmbH, wir haben die Firma Sattler Kunststoffwerk besucht, die hochwertige Recyclingkunststoffe herstellt – ganz unterschiedliche Betriebe, unterschiedliche Branchen.

Was wir dort überraschend festgestellt haben – selbst bei einer Firma wie diesem Kunststoffwerk, wo wir es nicht sofort erwartet haben –: Jede dieser Firmen hat uns zwei zentrale Gemeinsamkeiten genannt. Alle Firmen haben die Bedeutung des nahen Flughafens, die Nähe zum Flughafen als Besonderheit, als besonderen Standortfaktor hervorgehoben. Der Flughafen Frankfurt ist das wichtigste wirtschaftspolitische Projekt dieser Legislaturperiode.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den habt ihr erfunden? Das gibt es doch gar nicht!)

Jede Beeinträchtigung dieses Projekts ist eine Entwicklung – Herr Tarek Al-Wazir –, die negative Impulse auf die Wirtschaft hat. Deswegen sagt mir jeder Wirtschaftler: Sorgt dafür, dass die GRÜNEN nicht in die Regierungsverantwortung kommen. Es ist gegen unsere wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Zweite ist uns – den Kolleginnen und Kollegen, die dabei waren – auch deutlich geworden, alle Firmen haben betont: Wir brauchen zuverlässige politische Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine gute Infrastruktur. Und wir brauchen einen Staat, der sich darauf beschränkt, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass wir nicht durch bürokratische Hemmnisse beeinträchtigt werden.

Ein wichtiger Punkt ist auch, dass sich jede Unsicherheit, jede zusätzliche Steuer oder Abgabe als Gift für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes auswirkt. Meine Damen und Herren, das gefährdet Arbeitsplätze. Das ist gegen die Hoffnungen und Wünsche vieler Menschen, gerade auch der Arbeitnehmer, von denen Sie gesprochen haben, Herr Schäfer-Gümbel.

Dazu gehören auch rot-grüne Lieblingsprojekte wie beispielsweise die Erhöhung der Erbschaft- und der Einkommensteuer. Dazu gehört die Ausbildungsplatzabgabe, eine Strafabgabe für Betriebe, die aus oft nachvollziehbaren Gründen keine Ausbildungsplätze bereitstellen können. Dazu gehört auch die Vermögensteuer, die vor allen Dingen von der linken Seite immer wieder ins Feld geführt wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Janine Wissler, forderst du immer noch die Ausbildungsabgabe?)

Bezeichnen Sie doch diese Vermögensteuer als das, was sie eigentlich von Ihrer Seite aus gedacht ist, nämlich als eine Unternehmerstrafsteuer. Ich möchte den Unternehmer sehen, der dann mit voller Kraft und Freude weiter in unserem Bundesland wirtschaftet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich zähle dazu auch die jüngste Idee der GRÜNEN, Steuern auf den Abbau von Kies und Sand zu erheben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Jetzt kommt der Zementpraktikant!)

So eine Vorwahlkampfzeit ist eine feine Sache, weil wirklich einmal jeder aus seiner Ecke herauskommt und sagt, was er eigentlich will.

(Minister Florian Rentsch: So ist es! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, nein. Sie wissen genau, dass ich mit meiner früheren Tätigkeit überhaupt nichts mehr zu tun habe, völlig aus allen wirtschaftlichen Verflechtungen bin, um mir heute von Ihnen solche unverschämten Bemerkungen nicht weiter gefallen lassen zu müssen, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin trotzdem stolz auf diese Vergangenheit als Unternehmer,

(Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Janine Wissler (DIE LINKE))

ich bin trotzdem stolz auf diese Vergangenheit in der Baustoffindustrie, weil ich im Gegensatz zu Ihnen von Erfahrungen zehren kann, die von der Wirklichkeit geprägt waren, und nicht von irgendwelchen theoretischen Dingen, die Sie kennen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt für den obligatorischen Wasserpfennig, den Sie immer wieder zu jeder Haushaltsberatung aus dem Hut zaubern

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Cent!)

– oder besser Cent, einverstanden, trotzdem eine Belastung der Industrie.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Die Erfahrung – 20 Jahre her!)

– Herr Al-Wazir, ich sage Ihnen einmal eines deutlich: Dieses Feindbild der GRÜNEN, das produzierende Gewerbe, die Industrie, ist ein Bereich unserer Wirtschaft, über den wir sehr froh sein müssen;

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Stimm!)

denn dieser Bereich hat nicht nur dazu beigetragen, dass wir einigermaßen unbeschadet durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen sind. Das ist auch ein Bereich, der einen wichtigen Beitrag zu unserem Bruttosozialprodukt leistet. Nur wenn wir das erwirtschaften können, sind wir auch in der Lage, unsere soziale Verantwortung zu erfüllen. Das müssen Sie sich immer wieder ins Gedächtnis rufen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben – das hat Minister Rentsch sehr deutlich gesagt – gerade in Hessen einen ausgeprägten Mittelstand, auf den wir stolz sind. Er steht im Zentrum der hessischen Wirtschaft. 99 % der rund 225.000 hessischen Betriebe gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Wir haben ein Mittelstands- und Vergabegesetz in den Landtag eingebracht, das dem Mittelstand hilft und ihn nicht drangsaliert, das keine Vergabeanforderungen wie in Ihren Gesetzentwürfen enthält, die der Mittelstand überhaupt nicht erfüllen kann.

Ich sage einmal eines: Mit den Vergabegesetzen, die alle drei Oppositionsfraktionen vorgelegt haben, wird der Mittelstand nicht befördert und gefördert. Er wird lahmgelegt. Deswegen hoffe ich sehr, dass unser Gesetz eine Mehrheit findet und wir damit den Mittelstand entsprechend unterstützen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein weiterer Punkt, der uns von CDU und FDP sehr wichtig ist, ist die Frage der Infrastrukturmaßnahmen, gerade auch im Bereich des Breitbandes. Hier droht leider fundamentaler Rückschritt, falls Rot-Grün in die Verantwortung käme. Vielen Unternehmen, die große Datenmengen transportieren müssen, ist eine schnelle Breitbandversorgung ein entscheidender technischer Vorteil.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Wir brauchen das nicht nur im Rhein-Main-Gebiet. Wir brauchen das vor allen Dingen auch im ländlichen Raum.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Der erste Schritt, nämlich die flächendeckende Grundversorgung, ist erfolgt.

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Schritt ist der Ausbau leistungsfähiger Hochgeschwindigkeitsnetze mit mindestens 50 Mbit/s.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist das erfolgt?)

Das ist der nächste entscheidende Schritt. Der Weg, den Hessen eingeschlagen hat, ist beispiellos für alle Bundesländer, die wir – –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sind denn heute die Zahlen? 10 % im ländlichen Raum!)

– Das will ich Ihnen sagen. Wir haben im Moment in drei Landkreisen von 21 Landkreisen bereits konkrete Projekte, die eine flächendeckende Breitbandversorgung ermöglichen. Sie wissen, dass dies im Odenwaldkreis der Fall ist. Wir sind in Fulda auch sehr erfolgreich dabei. In Gießen hat man eine entsprechende Konzeption gefunden.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Gegen den erbitterten Widerstand Ihrer Freunde!)

– Bitte? Langsam, ich will das jetzt gar nicht politisch werten.

Ich will nur eines sagen. Das Konzept, auf das es ankommt, Herr Schäfer-Gümbel, lautet: so weit wie irgend möglich privatwirtschaftliche Lösungen;

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, genau!)

nur dort, wo es nicht mehr geht, weil den Firmen die Puste ausgeht – in der Frage der Finanzierung über viele Jahre – die Unterstützung durch die öffentliche Hand, und zwar transparent und mit entsprechenden Ausschreibungsverfahren. So machen wir es.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

Dafür hat der Finanzminister auf Vorschlag des Wirtschaftsministers das 200-Millionen-€-Programm ins Leben gerufen. Das ist der Weg.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Stimmt!)

– Wunderbar, wenn Sie mir da zustimmen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich frage mich nur, warum Ihre Worte so anders klingen!)

– Lassen Sie mich bitte noch einen Satz sagen, damit deutlich wird, worauf ich hinauswill. Bisher hatte ich den Eindruck, dass gerade der Kollege Siebel, der jetzt leider nicht da ist, ein klarer Unterstützer dieser Vorgehensweise ist, offensichtlich auch Sie. Ich höre aber immer häufiger, dass die von den GRÜNEN geforderte und teilweise auch von Kollegen und Kolleginnen der SPD gestützte Universaldienstverpflichtung an die Stelle des hessischen Weges treten soll. Was bedeutet das, Herr Schäfer-Gümbel?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Es gibt überhaupt keinen hessischen Weg!)

Das bedeutet, dass wir nicht eine hohe Übertragungsrate von 50 Mbit/s in Aussicht haben – hoffentlich flächendeckend, mindestens jedoch auf 75 % der hessischen Flächen –, sondern Universaldienstverpflichtung bedeutet eine Übertragungsrate von 6 Mbit/s. Wissen Sie, was das ist?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist nix!)

– Das ist ein Minimalbreitbandausbau für den ländlichen Raum.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Das ist ein Rückschritt sondergleichen. Damit liegen wir hinter dem Saarland, hinter Mecklenburg-Vorpommern, und das wollen wir nicht. Deswegen wird Schwarz-Gelb weiterhin den Breitbandausbau vorantreiben, und wir werden verhindern, dass Rot-Grün in die Verantwortung kommt. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sagen Sie mal, was mit der Telekom und den Kupferkabeln ist! Sie haben ein Übertragungsproblem)

– Nein, wir haben kein Übertragungsproblem. Es gibt eine ganz klare technische Lösung, die heißt: Von den Hauptverteiltern zu den Kabelverzweigern wird Breitband, d. h. Glasfaser, gelegt. Dann haben wir die 50 Mbit/s. Sie wissen das. Wenn die Telekom mit der Bundesnetzagentur über Vectoring diskutiert und das geht, dann wird das Kup-

fer auf den letzten Metern zwischen den Kabelverzweigern und den Häusern bleiben, und die Übertragungsrate wird verdoppelt werden können. Das ist eine Technik der Zukunft, die für uns einen Strukturvorteil bietet.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Aber nicht auf 50! Das geht überhaupt nicht!)

– Natürlich geht das. Lassen Sie uns das vielleicht bilateral klären. Ich sage aber ganz klar: Die Universaldienstverpflichtung ist ein Rückschritt, den wir auf keinen Fall zulassen können.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Dr. Arnold, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Lotz?

### Dr. Walter Arnold (CDU):

Ich würde gerne fortfahren, Herr Präsident.

Zum Zweiten: Verkehrswege, Mobilität. Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen, sie ist tragende Säule von Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung; das sehen wir bei der A 66, bei der A 49, bei der A 44 und bei anderen Verkehrsprojekten. Wir haben den Ausbau der Infrastruktur in Hessen gegen den anhaltenden erbitterten Widerstand der GRÜNEN weiter vorangetrieben. Ich erinnere noch einmal an den Straßenbauhaushalt von 1998 mit damals 18 Millionen €. Wir sind jetzt bei 100 Millionen € im Haushalt 2013, auch im Haushalt 2014. Überall dort, wo neue Straßen gebaut werden, entstehen auch Infrastruktur, neue Unternehmen und Arbeitsplätze. Ich sage Ihnen eines: Wenn die GRÜNEN jemals in Regierungsverantwortung kämen, dann würde der Straßenbau in Hessen schlagartig zum Erliegen kommen. Das hat negative Entwicklungen zur Folge.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie haben doch in Ihrem Programm gesagt: Wir wollen keinen Neubau mehr haben, wir wollen zurück auf 56 Millionen €.

(Zuruf: Steinzeit!)

Straßen wollen wir nur noch sanieren. – Das kann ich Ihnen schriftlich vorlegen, Herr Al-Wazir. Warum lachen Sie denn an der Stelle? Ihnen müsste das Lachen eigentlich vergehen, wenn ich Ihnen die entsprechenden Konsequenzen aufzeige.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte gar nicht darauf eingehen, was beispielsweise den Flughafen Kassel-Calden angeht, den wir im April in Betrieb nehmen werden. Die SPD ist dafür. Wir sind dankbar, dass wir da offensichtlich einen Konsens haben. Die GRÜNEN sind dagegen. Da passt nichts zusammen. Auch hier ist wieder zu sagen: Wenn es zu Koalitionsverhandlungen käme, was der Wähler bitte verhüten möge, dann würden sich wahrscheinlich die infrastrukturfeindlichen GRÜNEN durchsetzen. Dann hätten wir wieder die entsprechenden Dinge.

(Torsten Warnecke (SPD): Wollt ihr allein regieren, oder was?)



Nun zum Flughafen Frankfurt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der Flughafen ist doch gebaut!)

– Ja, aber ich will Ihnen eines deutlich sagen: Wir haben bei der politischen Bewertung des Ausbaus des Flughafens

--

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie glauben immer noch an die Aufklärung, Herr Arnold!)

– Nein, da scheiden sich die Geister. Hören Sie mir doch mal zu, ich habe Ihnen auch zugehört.

Die GRÜNEN und die LINKEN haben ihre Ablehnung hinsichtlich der Erweiterung eindeutig klargemacht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

Das ist klare politische Kante. Da sind wir unterschiedlicher Meinung. Sie haben unrecht, aber das können Sie so behaupten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Da sind wir unterschiedlicher Meinung!)

Bei der SPD hatten wir bisher den Eindruck – wenigstens bis zur Inbetriebnahme der neuen Landebahn vor einem Jahr –, dass Sie die entscheidende Bedeutung des Flughafens genauso sehen wie wir, dass Sie sagen: Der Flughafen ist der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Frankfurt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich möchte noch einmal deutlich machen, was Sie leider nicht anerkennen: Die Allianz für Lärmschutz, die Ministerpräsident Volker Bouffier mit anderen – nicht alleine, auch mit den Menschen in der Region, es gibt schon einen entsprechenden Diskurs mit der Fraport, mit den Airlines und mit anderen – ins Leben gerufen hat, hat ein Programm mit 335 Millionen € für den passiven Schallschutz und 19 Maßnahmen des aktiven Schallschutzes beschlossen. Das ist beispiellos in Europa und in der Welt.

Jetzt kommt Ihr Papier, eine ähnliche Politik für den Flughafen und die Region, Herr Schäfer-Gümbel. Ich habe das sehr aufmerksam gelesen. Dort haben Sie drei Maßnahmen identifiziert:

Erstens geht es um die Änderung von Bundesgesetzen. Davon reden wir schon die ganze Zeit. Wir beide wissen – ich hoffe, alle anderen auch –, dass nur die Änderung von entsprechenden Bundesgesetzen mögliche Veränderungen bringen kann.

Zweitens: Antrag der Fraport auf Änderung der Betriebsgenehmigung. Nachdem die Fraport das Planfeststellungsverfahren unter Schmerzen begleitet und auch beendet hat, glaube ich nicht, dass je wieder ein Vorstand der Fraport, egal wie er heißt, dort eine Veränderung vornehmen wird. Das ist eine theoretische Möglichkeit.

Drittens: ein freiwilliger regionaler Konsens unter allen Akteuren. Das ist in meinen Augen blinder Aktionismus. Sie wollen den Leuten Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu Ihrem Vorschlag, Lärmobergrenzen einzuführen: Sie wissen genau wie ich, dass Herr Jühe beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig den Raunheimer Antrag eingebracht hat, der genau diese Lärmobergrenzen vorschlägt.

Das Gericht hat es krachend abgelehnt. Bis zum Beweis des Gegenteils sage ich Ihnen: Nach dem Papier habe ich kein Vertrauen mehr in Ihre Zuverlässigkeit,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatte ich noch nie!)

ob Sie dem Ausbau des Flughafens Frankfurt weiterhin positiv beitreten und ihn positiv verfolgen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das besprechen Sie mal mit Boris Rhein und Herrn Grüttner!)

Ich möchte gerne von Ihnen noch einmal deutlich hören, dass Sie dem Ausbau des Flughafens uneingeschränkt zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wer hat denn das Ansinnen infrage gestellt, Herr Arnold? Das war doch Kollege Rhein, das war doch Kollege Grüttner! Das war doch nicht aus unseren Reihen!)

Abschließend möchte ich sagen: Die weltweite Konkurrenz, in der wir uns befinden – nicht nur die Region Rhein-Main, sondern auch unser Bundesland Hessen –, zwingt uns zu mehr Flexibilität und zu mehr Innovation. Wir brauchen entsprechende Verkehrsprojekte, damit wir die infrastrukturelle Entwicklung auch weiterhin mit dem Tempo einer sich sehr dynamisch entwickelnden Wirtschaft in Einklang bringen. Das geht nur mit Schwarz-Gelb, das geht nicht mit Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unsere Chancen liegen in einer innovativen, nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Dafür brauchen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen. Dafür brauchen wir den leistungsfähigen Weltflughafen Frankfurt. Das geht nur mit Schwarz-Gelb, das geht nicht mit Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir brauchen einen leistungsfähigen Mittelstand, wir brauchen ein solides Handwerk. Wir brauchen den modernen Entwurf eines guten Mittelstandsvergabegesetzes, das den Mittelstand fördert, unterstützt und ihn nicht überlastet. Das geht wiederum nur mit Schwarz-Gelb, das geht nicht mit Rot-Grün.

Unsere Chancen liegen natürlich auch in gut ausgebildeten Arbeitnehmern. Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass sie dann auch das entsprechende Geld verdienen müssen, Herr Schäfer-Gümbel. Daran müssen wir arbeiten. Es gibt verschiedene Vorschläge, über die wir an dieser Stelle diskutiert haben.

Hessen ist Industrieland und zugleich bedeutender Dienstleistungsstandort, liebe Freunde. Hessen ist das Verkehrszentrum in der Mitte Europas. Wir sind Standort großer und kleiner Weltmarktführer. Wir sind Wissenschafts- und Innovationsstandort, ein Land mit engagierten Menschen, mit Traditionen, mit einem reichen Vereinsleben und mit kultureller Vielfalt. Die Menschen wohnen und leben gerne bei uns. Sie sehen für sich und ihre Familien eine positive Zukunft.

Ich möchte noch einmal deutlich anbringen – das haben Sie in Ihrer Rede auch gesagt, Herr Schäfer-Gümbel –: Die SPD in Hessen spricht von einer steuernden Wirtschaftspolitik. Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Vertragsfreiheit sollen offensichtlich keine Rolle mehr spielen.

(Lachen des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das, was Ihnen vorschwebt, ist ein Dirigismus, den Ihre Parteifreunde woanders schon gezeigt haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was soll das heißen? Herr Arnold, was meinen Sie denn damit?)

Dieser Dirigismus würde die soziale Marktwirtschaft zerstören. Er würde Unsicherheit erzeugen. Unsicherheit zerstört Arbeitsplätze.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Arnold, ich möchte gerne wissen, was Sie damit meinen!)

– Ich meine damit, dass ich Ihnen durchaus zeigen kann, dass sozialdemokratische Wirtschaftsminister eine andere Vorstellung von der Art und Weise haben, wie man Wirtschaften ermöglicht. Da werden keine Rahmenbedingungen gesetzt und die Wirtschaft dann arbeiten gelassen, sondern da ist man durchaus in der Lage, durch Gesetze auch dort einzugreifen, wo man das besser unterlassen würde.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die die Weiterentwicklung der Wirtschaft fördert. Ich sage ganz klar: Fünf Jahre Stillstand unter Rot-Grün kann sich die hessische Wirtschaft nicht leisten. Sie will es auch nicht. Deswegen werden wir entschieden daran arbeiten, dass SPD und GRÜNE auch weiterhin in der Opposition bleiben und keine Möglichkeit haben werden, ihre obskuren Ideen umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Dr. Arnold, vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Vorsitzende, Herr Al-Wazir.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Arnold, wer die nächste Wahl gewinnt, entscheiden nicht Sie, sondern die Wählerinnen und Wähler. Das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Nichts anderes hat er gemeint!)

Sie haben gesagt: Das geht nur mit Schwarz-Gelb und nicht mit Rot-Grün. – Da haben Sie recht: Die letzten fünf Landtagswahlen in Folge zu verlieren, das ging nur mit Schwarz-Gelb und nicht mit Rot-Grün.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Peter Beuth (CDU): Von Hessen können Sie nicht gesprochen haben, da war das anders!)

Da Volker Bouffier die Sehnsucht hat, sich bei Jürgen Rüttgers, Dieter Althaus, Peter Harry Carstensen und David McAllister einzureihen, wünsche ich gute Verrichtung.

(Zuruf: Mappus!)

Sie, die Mitglieder der Union, müssen sich einfach entscheiden, ob Sie sich an diese untergehende FDP klammern wollen oder nicht. Aber das ist Ihr Problem, nicht unseres.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Unser Problem ist, dass wir hier eine saft- und kraftlose sowie blutleere Regierungserklärung des Wirtschaftsministers erlebt haben, wie sie der Hessische Landtag selten erlebt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU) – Weitere Zurufe)

– Warum sind Sie denn so aufgeregt? Ich habe der Regierungserklärung des Wirtschaftsministers 31 Minuten lang ohne einen Zwischenruf zugehört.

(Peter Beuth (CDU): Das hat sich auch gelohnt!)

Er hat nur leider nichts gesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Heinz Lotz (SPD) und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Angeblich soll es zu Holger Börners Zeiten Legislaturperioden gegeben haben, in denen es während der vier Jahre genau eine Regierungserklärung gab, nämlich am Anfang der Wahlperiode, wenn die Regierung ihr Arbeitsprogramm vorgestellt hat.

(Holger Bellino (CDU): Die haben auch nicht gearbeitet, deshalb gab es nichts zu berichten!)

Dann haben sie vier Jahre lang daran gearbeitet, das, was sie am Anfang der Wahlperiode angekündigt haben, in die Realität und in praktische Politik umzusetzen.

(Günter Schork (CDU): Mit oder ohne Dachlatte?)

Das ist lange her. Seit Roland Koch und Dirk Metz gilt: Jeden Monat und jede Landtagssitzungsrunde gibt es eine Regierungserklärung. – Leider verhält es sich allerdings umgekehrt proportional zu Holger Börners Zeiten. Sie geben jetzt ganz viele Regierungserklärungen ab. Aber Sie setzen überhaupt nichts mehr in praktische Politik um. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das ist aber Ihr Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle schlicht fest: Selten hat der Hessische Landtag eine solche Ansammlung und Aneinanderreihung von Sprechblasen erlebt, wie es heute während der Regierungserklärung des Wirtschaftsministers der Fall war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir haben eine Regierungserklärung erlebt, bei der von der Regierung keine einzige neue Maßnahme angekündigt wurde. Wir haben eine Regierungserklärung erlebt, bei der von der Regierung kein einziges wirkliches Problem der hessischen Wirtschaftspolitik angesprochen wurde. Wir haben eine Regierungserklärung erlebt, in der der Wirtschafts- und Verkehrsminister kein einziges Verkehrsproblem des Ballungsraums Rhein-Main angesprochen hat. Er hat erst recht keine Lösungsvorschläge präsentiert.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eine Regierungserklärung erlebt, die trotzdem tief blicken ließ. Sie haben gezeigt, dass Sie von der Real-

tät im Niedriglohnbereich dieser Gesellschaft keine Ahnung haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich komme jetzt zu der Frage: Was geht mit Schwarz-Gelb und nicht mit Rot-Grün? – Wir hatten vorletzten Sonntag die Landtagswahl in Niedersachsen. Die FDP hat dort den Wirtschaftsminister gestellt. Es war also dort genauso, wie es hier ist. Sie hat laut einer Umfrage von Infratest dimap bei gerade einmal 3 % der Niedersachsen so etwas wie eine Kompetenzzuschreibung in der Wirtschaftspolitik gehabt.

Jetzt muss man sagen: In Hessen ist sie ein bisschen besser. Immerhin 4 % der Hessen sagen, die FDP habe Wirtschaftskompetenz. – Herr Rentsch, die sollten sich alle einmal Ihre Regierungserklärung anschauen, dann würde sich diese Zahl halbieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Deutlicher als heute kann man es nicht zeigen. Das hat sogar Volker Bouffier gemerkt. Während der Rede von Florian Rentsch ist er aufgestanden und hat in den Reihen der CDU-Fraktion Anweisungen gegeben, was jetzt gesagt werden soll. Deutlicher als heute kann man nicht zeigen, dass wir eine ershöpfte und verbrauchte Landesregierung in Hessen haben, die für die Zukunft keinerlei Vorstellungen mehr hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Arnold, wissen Sie, es ist wunderbar, dass Sie Geschichten aus der Zeit erzählt haben, als noch Mark und Pfennig galten. Es ist auch toll, dass Sie hier immer wieder Geschichten aus dem letzten Jahrhundert vortragen. Wissen Sie, wer sich nur noch darin gefällt, die eigene Asche zu bewahren, aber nicht mehr in der Lage ist, irgendein neues Feuer anzuzünden, wird abgewählt, und zwar unabhängig davon, welcher Wahltag es ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Arnold, ich fand es spannend, dass Sie ganz wenig über das geredet haben, was die CDU eigentlich will. Sie haben ganz viel über das geredet, was die GRÜNEN angeblich wollen.

(Zuruf von der CDU: Quatsch, das stimmt doch überhaupt nicht!)

Wenn Sie selbst so wenig zu bieten haben, dass Ihr letzter Strohalm nach etwa 15 Jahren Regierung der ist, Angst vor den anderen zu machen, dann kann ich Ihnen sagen: Das wird am Ende nicht funktionieren. Das merken die Leute.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht! Da haben Sie gar nicht zugehört!)

Deswegen möchte ich Ihnen ein paar Fakten präsentieren, die manche von Ihnen vielleicht verwundern werden, die aus meiner Sicht aber klarmachen, warum wir in Hessen dringend einen Neuanfang brauchen.

Fangen wir einmal mit der Beschäftigung an. Es gibt in Hessen so viele Arbeitsplätze wie noch nie. Das stimmt.

(Peter Beuth (CDU): Sehr gut! Es ist schön, dass Sie das einmal feststellen!)

– Herr Beuth, freuen Sie sich nicht zu früh. Das ist auch kein Kunststück. Denn es gibt in der Bundesrepublik Deutschland so viele Arbeitsplätze wie noch nie.

(Zurufe von der CDU)

Es wäre schlimm, wenn sich Hessen in der Situation, in der in Deutschland Beschäftigungsrekorde erzielt werden, von diesem Trend auch noch abgekoppelt hätte.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Die Frage, ob wir in Hessen gut oder schlecht dastehen, hat also etwas mit der Frage zu tun, ob wir uns über- oder unterdurchschnittlich entwickelt haben. Genau das ist die spannende Frage.

Schauen wir doch einmal nach 14 Jahren Schwarz-Gelb, wo wir stehen. Roland Koch hat 1999 den Satz geprägt:

Hessen soll ein Land des Südens werden.

Er meinte damit, dass wir uns in Zukunft an Bayern und Baden-Württemberg messen sollen. Machen wir das einmal.

Im Ergebnis stellen wir fest, dass es in Bayern seit Januar 2000 einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Höhe von 11,9 % gegeben hat. Herr Beuth, Achtung: In Rheinland-Pfalz hat es einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Höhe von 7,9 % gegeben.

(Zurufe von der CDU)

In Baden-Württemberg hat es einen Zuwachs von 7,2 % gegeben. Der westdeutsche Durchschnitt beträgt 7,1 %. Hessen hat seit dem Jahr 2000 einen Zuwachs von sage und schreibe 4,6 % in zwölf Jahren erzielt.

(Der Redner hält eine Statistik hoch.)

Ich kann Ihnen das einmal zeigen. Im Jahr 2000 waren alle gleich. Das ist 100. Da ist Bayern. Da ist Rheinland-Pfalz. Das ist Baden-Württemberg. Hier ist Hessen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür wollen Sie sich ernsthaft feiern lassen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben uns schlichtweg abgehängt. Früher galt einmal: „Hessen vorn“. Unter Schwarz-Gelb gilt leider: Hessen hinten.

Das Verrückte daran ist, dass die Regierung und ihr Wirtschaftsminister so wenig Ahnung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben, dass sie das noch nicht einmal merken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das korrespondiert natürlich mit den Arbeitslosenzahlen. Ja, wir freuen uns darüber, dass die Arbeitslosenzahlen sinken. Darüber freuen wir uns.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU) – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten – Peter Beuth (CDU): Unglaublich!)

Wir freuen uns darüber, dass sie auch in Hessen sinken. Ob wir allerdings gut oder schlecht dastehen, wird erst klar, wenn man uns vergleicht, und zwar mit den uns umgebenden Ländern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da stellen wir fest: Die hessische Arbeitslosenquote beträgt 5,7 %, Bayern hat 3,7 %, Baden-Württemberg hat 3,9 %, und – gut für Rheinland-Pfalz, ziemlich peinlich für Hessen – seitdem CDU und FDP in Hessen regieren, hat uns Rheinland-Pfalz auch hier überholt. Dort beträgt die Arbeitslosenquote nur 5,3 %.

Früher galt: „Hessen vorn“. Seitdem Schwarz-Gelb regiert, hat uns das früher hochnäsiger belächelte Rheinland-Pfalz überholt. Die Bilanz nach 14 Jahren Schwarz-Gelb ist: Hessen hinten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu rot-grünen Zeiten hätten wir uns für solche Zahlen geschämt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen und lebhaftes Zurufe von der CDU)

Die spannende Frage ist aber doch – Stichwort: Zuwachs an Arbeitsplätzen –:

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Was ist denn da auf dem Arbeitsmarkt los? Herr Rentsch, in diesem Zusammenhang will ich Ihnen noch einmal sagen: Sie haben keine Ahnung davon, was im Niedriglohnbereich dieser Gesellschaft los ist. In Hessen haben wir 290.000 erwerbsfähige Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Das sind zwar die Zahlen von 2011, denn die aus dem Jahr 2012 liegen noch nicht vor; aber da müsste Ihnen schon auffallen, wenn man 290.000 Erwerbsfähige im ALG II hat, die offizielle Arbeitslosenquote aber nur 170.000 Erwerbslose beträgt, dass da irgendetwas nicht stimmt.

Die Antwort ist relativ einfach. Von diesen 290.000 haben wir alleine 80.000, die zwar erwerbstätig sind – davon sind sogar 20.000 in Vollzeit sozialversicherungspflichtig tätig, 16.000 in Teilzeit, 43.000 in Minijobs; das sind die Zahlen von 2011, die Tendenz ist eher steigend; das bedeutet: fast 40.000 ALG-II-Empfänger in Hessen sind sozialversicherungspflichtig tätig –, die aber trotzdem nicht genug Geld haben, um von ihrer eigenen Hände Arbeit leben zu können, und am Ende des Monats zum Jobcenter gehen müssen, um Stütze zu beantragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für solche Zahlen kann sich ein verantwortlicher Wirtschaftsminister nicht feiern lassen, sondern er müsste eine Antwort darauf haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deswegen sage ich Ihnen: Aus meiner Sicht sind diese Zahlen ein wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Skandal. Sie bedeuten: Wir brauchen in diesem Land endlich einen Mindestlohn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was aber ist die Antwort von Florian Rentsch darauf? Am letzten Wochenende sagte er wörtlich: Die Union muss wissen, dass sie einen Mindestlohn in der Koalition mit der FDP nicht umsetzen kann.

(Zuruf des Ministers Florian Rentsch)

Dann setzt er noch einen drauf: Man merkt bei der Union, dass die Wirtschaftskompetenz, gerade nach dem Weggang von Roland Koch und Friedrich Merz, nicht mehr vorhanden ist.

Deswegen frage ich einmal die Union, die Partei Ludwig Ehrhards.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja!)

Das Aufstiegsversprechen der alten Bundesrepublik war: Aufstieg durch Leistung ist möglich. – Aber für fast 80.000 Menschen in diesem Land gilt: Sie leisten etwas, sie arbeiten, aber der Aufstieg ist für sie nicht möglich, sondern sie müssen wegen der Hungerlöhne am Ende des Monats zum Sozialamt gehen – das jetzt „Jobcenter“ heißt. Deswegen die Frage an die Union: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass das unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert? Sind Sie eigentlich nicht auch der Meinung, dass das auf die Dauer für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft und als Antwort auf die Frage, ob sich Leistung lohnt, eine Katastrophe ist?

Deswegen frage ich Sie: Wie lange wollen Sie eigentlich an dem falschen Weg festhalten und sich noch von dieser FDP am Nasenring durch die politische Arena ziehen lassen? Diese Frage müssen Sie beantworten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen stellen wir fest: Schwarz-Gelb setzt keinen Rahmen für den Arbeitsmarkt. Deshalb sind Sie maßgeblich für die inakzeptablen Zustände im Niedriglohnbereich verantwortlich. Die Arbeitsmarktsituation in Hessen ist im Vergleich mit unseren Nachbarbundesländern nicht gut, sondern ziemlich schlecht. Herr Arnold, in Ihrer Wirtschaftspolitik haben Sie immer nur auf Beton gesetzt, fast nie auf Kreativität. Wenn man sich diese Sprechblasen einmal anschaut, die in dieser Regierungserklärung aneinandergereiht wurden, dann steht da drin: Die Wirtschaftspolitik von Schwarz-Gelb besteht eigentlich nur aus Autobahnen und Flughäfen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ach du lieber Gott!)

Also: A 44, A 49, Kassel-Calden, Nordwestbahn am Frankfurter Flughafen – und dann kommt noch so ein bisschen Finanzplatz dahinter.

Sie schüren ja so eine Angst vor Rot-Grün. Deswegen sage ich Ihnen einmal etwas zur Realität. Ich stelle fest: In 14 Jahren wurde von der A 49 kein weiterer Meter fertig gebaut, und zwar seit dem 7. April 1999.

(Minister Florian Rentsch: Das ist doch totaler Schwachsinn!)

– Das ist kein Schwachsinn. Gehen Sie doch einmal zu dem von Ihnen selbst genannten „qualifizierten Abschluss“ nach Bischhausen, das liegt in der Gemeinde Neuental im Schwalm-Eder-Kreis, und schauen Sie sich das einmal an.

(Weitere Zurufe des Ministers Florian Rentsch)

Von der A 44 sind seit dem 7. April 1999, nämlich seit dem Regierungswechsel, exakt 4,3 km gebaut worden.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Und woran liegt das?)

Herr Arnold, wissen Sie, besser hätten wir den Autobahnbau auch nicht blockieren können, als Sie ihn nicht bekommen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt! – Zuruf des Ministers Florian Rentsch)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich darf darum bitten, dass von der Regierungsbank keine Bemerkungen getätigt werden.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das bekommen vielleicht die Gäste auf der Zuschauertribüne nicht mit: Offensichtlich steckt in dem, was ich hier sage, so viel Wahrheit, dass Florian Rentsch seit zehn Minuten ständig dazwischenbrabbelt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt!)

Herr Wirtschaftsminister, ich kann nichts dafür, dass Sie vorher in Ihren 31 Minuten Redezeit nichts gesagt haben und Ihnen das erst jetzt auffällt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Flughafen Kassel-Calden hat seine Kosten „nur“ fast verdoppelt: Es war einmal von 150 Millionen € die Rede, jetzt sind wir bei 270 Millionen €. Schauen wir einmal, was in der Endabrechnung steht.

Das Problem ist: Das Ding wird zwar fertig, zu doppelten Kosten, aber bis heute ist keinerlei vernünftiger Flugplan erkennbar. Man lässt sich feiern, wenn einzelne Flugbewegungen nach Nordzypem unterwegs sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht die Rettung für Nordhessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Ich weiß nicht, ob Sie in der vergangenen Woche in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gelesen haben, was Herr Ries, der langjährige Geschäftsführer dieses Flughafens, gesagt hat. Jetzt auf einmal sagt er, es sei doch völlig klar, dass sich ein solcher Flughafen niemals rechnen werde. – Sie haben also 270 Millionen € Steuergelder ausgegeben, um ein Ding in die Landschaft zu setzen, über das der Geschäftsführer sagt: Das wird niemals Geld verdienen, sondern immer weitere Subventionen benötigen. – Wenn das Ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist, dann ist das ein weiterer Grund dafür, dass wir das beenden müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die Nordwestbahn am Frankfurter Flughafen ist gebaut. Das stimmt. Sie haben mehr als 100.000 Menschen zusätzlich verlärm. 2012 war das erste Jahr, in dem die Nordwestbahn komplett in Betrieb war, vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. In der letzten Woche wurden die Zahlen veröffentlicht: Im Ergebnis musste Fraport Zahlen bekannt geben, die sagen: minus 1 % bei den Flugbewegungen.

Jetzt können Sie sagen, das sei Ihr Arbeitsplatzmotor. Das müssen Sie mir nochmals erklären: wie die Flugbewegungen zurückgehen und gleichzeitig die Arbeitsplätze mehr werden können. Vielleicht wissen Sie auch, dass die Luft-

hansa jetzt angekündigt hat, 2.500 Stellen zu streichen. Air Berlin hat angekündigt, 900 Stellen zu streichen. Ich bin einmal gespannt darauf, wann das auch bei der Fraport Auswirkungen hat.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Wenn Sie sich diese Katastrophe anschauen, die Sie da angerichtet haben – die Verlärmung weiter Teile des Rhein-Main-Gebiets –, wir uns aber am Ende noch Verkehrszahlen anschauen müssen, wonach die Zahl der Flugbewegung zurückgeht, dann müssen Sie sich die Frage stellen, ob Sie wirklich irgendetwas von der Luftverkehrswirtschaft verstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die einzig konkrete Sache, die Florian Rentsch angesprochen hat, war seine Aufforderung an die Stadt Frankfurt, sich an den Kosten zu beteiligen. Dazu will ich Ihnen sagen: Ich bin sehr dafür, dass sich die Stadt Frankfurt an den Kosten beteiligt – aber indirekt. Denn für uns GRÜNE gilt das Verursacherprinzip. Wenn die Fraport davon profitiert, dass Flugzeuge starten und landen und dort Gebühren zahlen und Passagiere einkaufen oder was auch immer, dann bin ich dafür, dass der Verursacher des Lärms auch für die Kosten des Lärms aufkommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet, dass ich sehr dafür bin, dass die Fraport für das, was sie an Verlärmung anrichtet, am Ende auch zahlt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was aber nicht geht, ist, dass in dem Punkt Gewinne privatisiert werden und für Verluste, in dem Fall für die Lärmschutzmaßnahmen, der Steuerzahler aufkommt. Das funktioniert nicht,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern ich möchte, dass auch die Deutsche Lufthansa AG, die 10 % an der Fraport besitzt, dafür bezahlt, und zwar indirekt, indem die Fraport beispielsweise keine Dividende mehr ausschüttet. Ich bin dafür, dass auch die Bundesrepublik Deutschland, die ebenfalls öffentlicher Anteilseigner ist, indirekt zahlt, nämlich durch Verlust an Dividende. Und ich bin dafür, dass auch die Privataktionäre, übrigens auch die kritischen Aktionäre Kaufmann und Al-Wazir, keine Dividende mehr bekommen, sondern dass alle, die Anteile an der Fraport AG haben, für die Kosten aufkommen, die die Verlärmung der Region verursacht, und nicht nur das Land Hessen und die Stadt Frankfurt. Das ist Verursacherprinzip.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Dann kommt der Finanzplatz. Wenn ein Wirtschaftsminister eine Regierungserklärung über Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hält und überhaupt nicht vorkommt, dass die Commerzbank letzte Woche angekündigt hat, 6.000 Arbeitsplätze zu streichen, frage ich mich: Merken Sie eigentlich noch, was in diesem Land los ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dann sagt Florian Rentsch hier den schönen Satz: „Strukturwandel gibt es bei uns nicht“. Sagt Ihnen der Name Neckermann noch irgendetwas oder manroland, oder sagt Ihnen der Name Opel vielleicht noch irgendetwas, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP? Da kann die Landesregierung nichts dafür. Aber die Frage ist doch:

Was für Antworten haben Sie denn? – Die Antworten können aus unserer Sicht nicht Autobahnen, Flughäfen und Finanzplatz sein, weil diese Antworten schlicht nicht funktionieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Stichwort: Zukunft. Woher kommt der Aufschwung in Nordhessen? Von den 4,3 km A 44 kann er nicht kommen. Von den nicht gebauten Kilometern der A 49 kann er nicht kommen. Von Kassel-Calden kann er nicht kommen, weil Kassel-Calden noch gar nicht eröffnet ist. Insofern stellen wir fest: Er kommt daher, dass vor über 40 Jahren kluge Menschen beispielsweise auf die Idee gekommen sind, dass in Kassel eine Universität hilfreich sei. Diese Universität in Kassel ist einer der Gründe dafür, warum es Ausgründungen gab, die heute Weltmarktführer sind. SMA ist ein Beispiel. Oder schauen Sie sich an, wie viele Leute inzwischen bei VW in Baunatal arbeiten, die da die berühmten DSG-Getriebe herstellen. Warum sind die so ein Renner? – Weil das Energiespartetechnologien und Effizienztechnologien sind, also alles Sachen, von denen Sie relativ wenig verstehen, weil Sie immer nur über Autobahnen und Flughäfen nachdenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Was ist denn mit der A 7 und der A 5?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Arbeitsplatzentwicklung bei den Heizungsherstellern an, Stichwort: Effizienztechnologien. Schauen Sie sich Viessmann als Beispiel an. Dann haben Sie eine Antwort darauf, warum Nordhessen in der Arbeitslosenquote inzwischen besser dasteht als das Rhein-Main-Gebiet. Das hat mit vielem etwas zu tun. Das hat mit inzwischen 20.000 Arbeitsplätzen bei den erneuerbaren Energien in Hessen zu tun, aber nichts, aber auch gar nichts mit schwarz-gelber Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Al-Wazir, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Arnold?

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Nein. Herr Dr. Arnold hat noch Redezeit übrig, da kann er sich noch einmal melden.

Die Energiewende kommt in der Rede des Wirtschaftsministers mit keinem Wort vor. Dabei ist da ein zusätzliches Arbeitsplatzpotenzial von 20.000 Arbeitsplätzen allein in den nächsten zehn Jahren in Hessen drin, wenn Schwarz-Gelb die Energiewende nicht kaputt macht, was wir nicht hoffen wollen.

Die Kreativwirtschaft kommt bei Florian Rentsch überhaupt nicht vor. Ich empfehle Ihnen einmal den Kulturwirtschaftsbericht Ihres eigenen Hauses, Herr Rentsch. In der Kreativwirtschaft in Hessen arbeiten inzwischen mehr Menschen als am Frankfurter Flughafen, und es kommt bei Ihnen mit keinem Wort vor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber was diese Menschen brauchen, ist beispielsweise schnelles Internet. Da finde ich es angesichts Ihrer Bilanz geradezu abenteuerlich, dass Sie morgen sogar einen Setzpunkt hier im Plenum daraus machen wollen. Denn ich kann mich noch ziemlich genau daran erinnern, dass wir als GRÜNE schon im Jahr 2003 in diesem Parlament darüber geredet haben und gesagt haben: Liebe Leute, die Infrastruktur der Zukunft sind nicht irgendwelche Neubauten von Landstraßen, sondern schnelle Internetanschlüsse. – Ich weiß ziemlich genau, dass Alois Rhiel im Jahr 2003, als wir das zum ersten Mal hier diskutiert haben, überhaupt nicht verstanden hat, wovon wir eigentlich reden,

(Judith Lannert (CDU): Ach du liebe Zeit!)

und dass die FDP – die ist auch Teil des Problems – noch am Anfang dieser Legislaturperiode gesagt hat: Da machen wir nichts, das regelt der Markt. – Der Markt regelt in dieser Situation aber nichts. Der Markt regelt nur die Anbindung in Frankfurt und Offenbach, aber eben nicht im ländlichen Raum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist absolut falsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss man einmal sagen, wir danken dem Landrat Schnur. Er war nämlich der Erste, der so lange auf der Matte stand, bis Sie gar nicht mehr anders konnten, als zu merken, dass der Markt es nicht regelt.

(Judith Lannert (CDU): So ein Quatsch!)

– Wieso Quatsch? Sie kommen doch aus dem Odenwald, Sie wissen es doch. Wer macht es denn da? Macht es da der Landkreis, oder machen es da irgendwelche privaten Wohltäter?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Judith Lannert (CDU): Er hatte unsere Unterstützung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich einmal an: Wir haben vor eineinhalb Jahren bei der Debatte über die HGO-Änderung zwei Punkte gesagt. Wir haben erstens gesagt, die Kommunen müssen sich auch bei den erneuerbaren Energien betätigen dürfen, und wir haben zweitens gesagt, die Kommunen müssen sich auch beim Breitband betätigen dürfen. Sie haben das verhindert und sind deswegen maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Breitbandanbindung im ländlichen Raum in Hessen so schlecht ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Peter Stephan (CDU): Das stimmt doch gar nicht! – Zurufe der Abg. Judith Lannert und Dr. Walter Arnold (CDU) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich möchte zu einem Punkt kommen, der für die Zukunftsfähigkeit des Ballungsraums Rhein-Main von entscheidender Bedeutung ist, nämlich die Frage der Mobilität. Sie haben immer nur in den Kategorien des Autobahnausbaus gedacht. Ich sage ausdrücklich, wenn Sie sich heute für die Telematik loben lassen: Ich weiß noch ziemlich genau, dass Lothar Klemm zu rot-grünen Zeiten damit angefangen hat. Es ist auch nicht verkehrt, wenn man Telematikanwendungen macht, um bestehende Infrastruktur bestmöglich auszunutzen. Es ist auch nicht verkehrt, wenn man sich da,

wo es die Verkehrssicherheit erlaubt, darauf kapriziert, Standstreifen zu öffnen. Es ist auch nicht verkehrt, wenn man versucht, das alles mit Kameras aus der Verkehrsleitzentrale so zu steuern, dass möglichst viel Verkehr durchfließt. Aber eines ist verkehrt: der Glaube daran, dass man mit immer mehr Straßen die Verkehrsprobleme eines wachsenden Ballungsraums lösen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Ihr Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Die Standstreifen auf der A 3 und der A 5 sind inzwischen freigegeben, die A 66 zwischen Wiesbaden und Frankfurt ist dreispurig, das Frankfurter Kreuz wurde umgebaut, die Lücke der A 661 zwischen Bad Homburg und Offenbacher Kreuz wurde geschlossen.

(Zuruf von der CDU: Und Sie fahren dort jeden Tag!  
– Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Ein paar Jahre war die zusätzliche Kapazität da, und dann war der Stau wieder da, weil moderne Verkehrspolitik so nicht funktioniert.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sie reden nur über virtuelle Verkehrspolitik!)

– Nein, nicht virtuell. Ich sage Ihnen einmal sehr konkret, was alles bei diesem Verkehrsminister nicht vorkam.

Sie haben überhaupt nicht verstanden, dass die Schieneninfrastruktur im Rhein-Main-Gebiet in den ganzen letzten Jahren überhaupt nicht verbessert wurde: kein Meter Fortschritt bei der nordmainischen S-Bahn, kein Meter Fortschritt bei der Regionaltangente West, kein Meter Fortschritt bei der Beschleunigung der Fernbahn Hanau – Fulda, kein Meter Fortschritt bei der Fernbahn Frankfurt – Mannheim, keine Idee für die S-Bahn Frankfurt – Friedberg.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Da kann man nur lachen!)

Wissen Sie, Rot-Grün hat in der ersten Legislaturperiode von 1991 bis 1995 das ÖPNV-Gesetz beschlossen und damit erst die Gründung von RMV und NVV möglich gemacht. Wenn man sich jetzt anschaut, wie sich die Verkehrszahlen im RMV von 1995 bis heute entwickelt haben, muss man sagen: plus 50 % Passagiere, plus 50 % Menschen, die mit dem ÖPNV fahren. Nur, wir müssen schlicht feststellen, die Gründung von RMV und NVV durch Rot-Grün 1995 war der letzte Fortschritt, den es in der hessischen ÖPNV-Politik gegeben hat, und das ist ein Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Peter Stephan (CDU): Was hat der ländliche Raum davon, wenn Frankfurt eine S-Bahn hat?)

Sie haben es sogar fertiggebracht, die Regionalisierungsmittel des Bundes, die zu rot-grünen Zeiten 1 : 1 weitergegeben wurden – und sogenannte „Plus-X-Mittel“ draufgelegt wurden –, im Landeshaushalt teilweise für andere Zwecke einzusetzen und so dem ÖPNV über die Jahre über 120 Millionen € zu entziehen.

Wenn man weiß, dass der Frankfurter Hauptbahnhof nach den Bahnhöfen in Hamburg und München der drittgrößte Bahnhof Deutschlands ist, und sich dann anschaut, dass die

Mittel der Deutschen Bahn AG für den Ausbau der Schieneninfrastruktur überallhin gehen, aber nicht nach Hessen – weniger als 2 % dieser Mittel gehen nach Hessen –, dann fragt man sich, ob Sie eigentlich verstanden haben, wie eine moderne Verkehrspolitik aussieht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein verantwortlicher hessischer Verkehrsminister müsste eigentlich der größte Gegner von „Stuttgart 21“ sein, denn Stuttgart liegt im äußersten Südwesten der Republik. Mit Verlaub, da laufen die großen Verkehrsströme nicht durch. Dorthin fließt aber das Geld der DB AG, das uns fehlt, um die Strecken Hanau – Fulda und Frankfurt – Mannheim auszubauen, um die Regionaltangente West zu bauen und die nordmainische S-Bahn zu bauen. Aber Sie denken immer nur in den Kategorien Kassel-Calden und Nordwestbahn. Deshalb haben Sie das Problem wahrscheinlich nicht einmal verstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie etwas für Hessen tun wollen, Herr Arnold – das geht wirklich nur mit Schwarz-Gelb, weil Sie in der Bundesregierung noch die Mehrheit haben –, dann stoppen Sie im Aufsichtsrat der Bahn das Milliardengrab „Stuttgart 21“, damit das Geld der DB AG sinnvoll eingesetzt werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich stelle fest: Schwarz-Gelb – und besonders Florian Rentsch – hat keine Antwort auf die Frage, wo die Arbeitsplätze der Zukunft herkommen sollen. Florian Rentsch hat keine Antwort auf die dramatische Unterfinanzierung der Schieneninfrastruktur. Er hat noch nicht erkannt: Wir haben jetzt die Doppik, und das führt jedes Jahr zu Abschreibungen auf Landesstraßen in Höhe von 170 Millionen €. – Jetzt können Sie vielleicht verstehen, warum wir „Sanierung vor Neubau“ sagen. Wenn Sie sich darüber ein bisschen Gedanken machten, müssten Sie eigentlich sehen, dass das eine kluge verkehrspolitische Maßnahme wäre, dass das ein sehr sinnvoller Weg wäre, um die Infrastruktur zu stärken – die momentan verlottert, weil sich der Verkehrsminister lieber für neu gebaute Umgehungsstraßen feiern lassen will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Peter Stephan (CDU): Dann müssten wir die Mittel erhöhen! – Weitere Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Al-Wazir, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Der Minister gibt keine Antwort auf die Unterfinanzierung der Schieneninfrastruktur, keine Antwort auf die Unterfinanzierung des Staates. Deswegen sage ich: Totengräber der deutschen Volkswirtschaft ist nicht Wolfgang Schäuble, wie Florian Rentsch meint, sondern die Totengräber sind die Neoliberalen, die den Staat mutwillig verarmen lassen, bei denen die Infrastruktur verlottert.

(Lachen bei der FDP)

Schwarz-Gelb hat fertig. Schwarz-Gelb ist erschöpft und verbraucht. Deshalb wird Schwarz-Gelb abgewählt.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

#### Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Kollegin Wissler zu Wort gemeldet.

#### Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den Bildungs- und Sicherheitswochen hat die Landesregierung jetzt die Wirtschaftswochen ausgerufen und zum Auftakt eine Kabinettsitzung am Frankfurter Flughafen gemacht. Ich finde das schon bezeichnend, denn der Titel der Regierungserklärung lautet „Wachstumspolitik“. Gerade am Frankfurter Flughafen zeigt sich aber, welche fatalen Auswirkungen Ihre sogenannte Wachstumspolitik hat.

Am kommenden Montag findet die 49. Montagsdemonstration am Frankfurter Flughafen statt. Seit weit über einem Jahr demonstrieren jeden Montag Tausende Menschen gegen die Verlärmung der Region. Ich möchte auch an dieser Stelle den Bürgerinitiativen herzlich zu ihrer Ausdauer und ihrer Hartnäckigkeit gratulieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Menschen in der Rhein-Main-Region können es nur als eine Drohung auffassen, dass der Ministerpräsident gestern erklärt hat, der Flughafen brauche „auch in Zukunft Entwicklungsperspektiven“. Ich frage Sie: Was soll das heißen? Noch eine Landebahn, noch mehr Flüge, noch mehr Lärm?

Die Menschen fühlen sich schon jetzt verraten und sind enttäuscht. Die Mediation hatte keine andere Funktion, als die Region einzulullen und ruhigzustellen. Deswegen sage ich – auch an die Adresse der SPD gerichtet –: Was die Menschen brauchen, sind keine neuen Arbeitskreise und Gesprächsrunden. Was die Menschen brauchen, sind konkrete Lösungen gegen den Lärm.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD hat nun ein Gutachten vorgelegt, mit dem sie ihr Nichtstun im Falle einer Regierungsübernahme schon ankündigt. Sie sagt, rechtlich sei angeblich nichts mehr zu machen. – Dazu will ich sagen: Ich halte es für feige, wenn sich eine Partei, die sich immer für den Flughafenausbau ausgesprochen hat, jetzt hinter einem juristischen Gutachten versteckt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer einen Flughafen ausbaut, damit es mehr Flugbewegungen gibt, der kann sich danach doch nicht ernsthaft darüber wundern, dass es mehr Lärm gibt. Deshalb bleibt DIE LINKE dabei: Wo ein politischer Wille ist, da ist auch ein juristischer Weg. Natürlich können falsche Entscheidungen korrigiert werden. In diesem Fall müssen sie sogar korrigiert werden, weil die Auswirkungen auf das Leben der Menschen in der Rhein-Main-Region eben so fatal sind. Fluglärm lässt sich nicht aussitzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung auch ein paar Worte zum Flughafen gesagt. Mich würde schon interessieren, wo die der Region für den Bau der neuen Landebahn versprochenen 100.000 neuen Arbeitsplätze eigentlich sind. Herr Minister, Ihre sogenannte Wachstumspolitik bedeutet vielleicht wachsende Gewinne für die Luftverkehrswirtschaft. Für die Menschen bedeutet sie ein Schrumpfen ihrer Lebensqualität. Es ist zynisch, wenn sich die Landesregierung hinstellt und sagt, man habe gemeinsam mit der Luftverkehrswirtschaft einen „fairen Ausgleich“ zwischen dem Flughafen und den Anwohnern geschaffen. Das können Sie doch den Menschen nicht ernsthaft erklären, die ihre Fenster nicht mehr öffnen können, deren Kinder Konzentrationsprobleme haben und die nachts regelmäßig geweckt werden, weil ein Ferienflieger mal wieder zu spät losgeflogen ist.

Auch die Allianz für Lärmschutz ist eine Farce. Den Großteil der Kosten für den Lärmschutz tragen nicht etwa die Verursacher, sondern die Steuerzahler. Das nennt man „Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren“.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Lärm muss an der Quelle reduziert werden, auch durch eine Reduzierung der Flugbewegungen. Die Landesregierung setzt stattdessen auf Wegzugsprämien. Wir sagen: Nicht die Menschen müssen weichen, sondern der Lärm in der Rhein-Main-Region muss weichen. Nicht der Lärmschutz ist einzigartig in der Welt, wie Sie behaupten, Herr Minister. Einzigartig ist die politische Dummheit, einen Flughafen inmitten eines Ballungsraums immer weiter auszubauen.

Deswegen bleiben wir dabei: Wir brauchen ein consequentes achtstündiges Nachtflugverbot. Wir brauchen eine Deckelung der Zahl der Flugbewegungen, und die neue Landebahn muss stillgelegt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Fliegen ist die umweltfeindlichste Art der Fortbewegung, nicht nur wegen des Lärms, sondern auch wegen der Schadstoffe. Deswegen muss auch die Privilegierung des Flugverkehrs endlich ein Ende haben.

Herr Minister, Sie belassen es ja nicht bei einem Flughafen. Sie haben es angesprochen: Kassel-Calden soll am 4. April den Betrieb aufnehmen. Ich stelle hierzu fest, dass die FDP in Hinsicht auf Kassel-Calden offenbar überhaupt keine Probleme mit der Staatswirtschaft hat. Angebot und Nachfrage können bei dieser Entscheidung nämlich kaum eine Rolle gespielt haben, denn eine Nachfrage nach diesem Flughafen gibt es faktisch nicht. Kaum eine Fluggesellschaft hat Interesse, und wenn doch, dann nur wegen der hohen Subventionen. Das „Wall Street Journal“ sprach von einem „Flughafen, den in Deutschland keiner braucht“, und einem „Politikerdenkmal“. Alle Welt macht sich derzeit über das Desaster am Berliner Flughafen lustig. Ich finde aber, dass auch Kassel-Calden durchaus Potenzial hat, zu einer Lachnummer zu werden. Vor allem hat Kassel-Calden sehr viel Potenzial, zu einem Millionengrab zu werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Statt 150 Millionen € wird der Bau von Kassel-Calden 270 Millionen € kosten, also fast doppelt so viel. Klar ist, dass



Calden mindestens bis 2018 ein Verlustgeschäft sein wird. Das Defizit wird auf etwa 8 bis 10 Millionen € pro Jahr geschätzt.

Das muss man sich vorstellen: Die Stadt Kassel, die gerade unter den sogenannten Kommunalen Schutzschirm geschlüpft ist, die jetzt an allen Ecken kürzen muss, wird in den nächsten Jahren einen defizitären Flughafen subventionieren, während auf der anderen Seite Stadtteilbibliotheken geschlossen werden und städtisches Personal abgebaut wird.

Meine Damen und Herren, was sagt der Flughafenchef, Jörg Ries, dazu? Er erklärt, ein Flughafen müsse sich betriebswirtschaftlich doch gar nicht rechnen. Es gehe ja darum, die Wirtschaft vor Ort anzukurbeln. – Ein Flughafen muss sich also nicht rechnen. Krankenhäuser werden privatisiert, wenn sie rote Zahlen schreiben. Aber für Calden plant man das Defizit einfach ein. Herr Minister, das ist doch grotesk, was Sie hier machen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Minister, ich fand es auch ganz interessant, dass das „Wall Street Journal“ ausgerechnet hat, dass Kassel-Calden sogar teurer ist als Schönefeld. Es ist teurer als Schönefeld, wenn man die Investitionen mit den zu erwartenden Fluggästen ins Verhältnis setzt. Denn teilt man die Kosten der beiden Flughäfen durch die Zahl der angepeilten Fluggäste für zehn Jahre, stellt man fest, dass in Berlin jeder Fluggast den Steuerzahler 14 € und in Kassel-Calden 54 € kosten wird –

(Minister Florian Rentsch: Abwarten!)

und das, wohlgemerkt, wenn die Passagierprognosen im Fall von Kassel-Calden stimmen. Kein Mensch weiß, ob die zutreffen.

Herr Minister, Sie betreiben eine Verkehrspolitik wie ein Geisterfahrer. Sie schlagen allen Ernstes vor, zur Verkehrs-entlastung neue Straßen zu bauen, statt sich einmal Gedanken über eine Verkehrswende und eine Reduzierung von Verkehrsströmen zu machen. Herr Minister, die Erfahrung zeigt doch: Wer Straßen baut, wird noch mehr Verkehr ernten.

An der Stelle will ich auch sagen – Herr Minister, da stehen Sie in Kontinuität zu Ihrem Vorgänger –: Artenvielfalt und Naturschutz sind keine Lächerlichkeiten. Umweltschutz und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht aufgeweicht werden, nur weil sie nervig für den einen oder anderen Investor sind.

An Ihrem Dialogforum im Internet – Sie haben in der Presse groß angekündigt, dass Bürger Ideen für die Wirtschaftspolitik in Hessen und für andere Politikfelder äußern können – haben sich bisher ganze sechs Bürgerinnen und Bürger aus Hessen beteiligt. Ich habe das noch einmal nachgeschaut. Ich will nur feststellen: Es ist kein Wunder, dass sich die Menschen daran nicht beteiligen; denn wer den Umgang der Landesregierung beispielsweise mit der Mediation erlebt hat, der weiß, dass Bürgerbeteiligung für die Landesregierung in erster Linie belästigend ist und, wenn überhaupt, nur als Feigenblatt taugt.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Am Wochenende haben Sie – meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen – in einem Interview gesagt,

man merke der Union an, dass die Wirtschaftskompetenz gerade nach dem Weggang von Roland Koch nicht mehr vorhanden sei. Ich finde das schon ein bisschen hart gegenüber dem Kollegen Arnold. So gesehen, veranstalten Sie die Wirtschaftswochen vermutlich auch als Fortbildungsveranstaltung für die CDU. Herr Minister, nun kennen Sie die CDU besser als ich. Wenn für Sie Roland Koch, dessen sogenannte Leuchtturmprojekte gerade in sich zusammenbrechen, die letzte Wirtschaftskompetenz der CDU war, dann sagt das schon eine ganze Menge über das Unvermögen der CDU aus.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Minister, Ihren eigenen Wirtschaftssachverständigen haben Sie im Stiftungsvorstand der EBS hinreichend unter Beweis gestellt. Daran war auch Herr Arnold beteiligt. Vielleicht so viel dazu.

Herr Minister, Ihre ganze Regierungserklärung war eine einzige Lobhudelei auf die Landesregierung. Sie jubeln sich sogar dafür, dass Hessen in der Mitte Deutschlands liegt. Das ist nun zweifelsohne nicht das Verdienst von Schwarz-Gelb.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Hauptsache Mitte!  
– Peter Stephan (CDU): Deutsche Einheit!)

Sie sagen, Hessen gehe es so gut wie nie zuvor. Da frage ich Sie schon: Herr Minister, wer ist denn „Hessen“? Meinen Sie die entlassene Verkäuferin von Schlecker, die immer noch keinen Arbeitsplatz gefunden hat? Meinen Sie die wachsende Zahl von Niedriglöhnern in Hessen? Sie behaupten, den Menschen in Hessen würde es so gut gehen wie nie zuvor, und verlieren kein Wort darüber, dass in diesem reichen Land Hessen jedes fünfte Kind in Armut aufwächst.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): So ist es!)

Meine Damen und Herren, die FDP kann den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fälschen. Aber die Realität ändert sie dadurch nicht.

((Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Gefälscht wird hier nichts! Das war vielleicht in anderen Teilen Deutschlands der Fall! Das ist eine Unterstellung!))

Sie freuen sich, dass die Erwerbslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit 1992 ist. Aber Sie verschweigen, dass die Statistiken von heute mit denen von 1992 überhaupt nicht mehr vergleichbar sind, denn viele Erwerbslose werden nicht mehr mitgerechnet. Die Statistiken werden geschönt, wenn Erwerbslose, die krank sind, Erwerbslose in einem Ein-Euro-Job oder Erwerbslose, die an einer Weiterbildung teilnehmen, nicht mehr als arbeitslos gezählt werden. Erwerbslose, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Erwerbslose auch nicht mehr als erwerbslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Zudem steigt die Zahl der Erwerbslosen in Hessen wieder leicht, wie die Regionaldirektion der Arbeitsagentur mitteilte. Meine Damen und Herren, das hat seine Ursache auch in den Pleiten von Firmen wie Schlecker, Neckermann und manroland, bei denen die Landesregierung untätig zusah.

Herr Minister, Sie haben gesagt, Arbeit sichere den Wohlstand jedes Einzelnen. Schön wärs, kann man da nur sagen.

Denn die Realität sieht leider anders aus. 300.000 Menschen arbeiten in Hessen im Niedriglohnsektor. Das ist ein Fünftel aller Beschäftigten. Herr Minister, das sind die Zahlen Ihres Ministeriums. Bei den Frauen arbeitet bereits ein Drittel im Niedriglohnsektor. Herr Minister, das sind Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben, geschweige denn Wohlstand erreichen können, wie Sie das ausdrücken. Das sind Menschen, die im Alter in Armut leben werden, weil sie zu wenig in die Rentenkasse einbezahlt haben und sich logischerweise private Vorsorge überhaupt nicht leisten können.

Auch in Hessen sind Minijobs auf dem Vormarsch. In einigen ländlichen Kreisen liegt der Anteil der 400-€-Jobber an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei mittlerweile 26 bis 29 %. Das sind zweifelsohne alles Jobs, von denen man nicht leben kann. Das sind Zusatzeinkünfte, die bestenfalls ein Haushaltsgeld aufbessern können.

Immer mehr Menschen haben es schwer, überhaupt noch eine unbefristete Stelle zu finden, insbesondere junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie leben in permanenter Unsicherheit. Sie leben in befristeten Arbeitsverhältnissen und verdienen dort meistens weniger als in den unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Deshalb muss man dieser Prekarisierung von Arbeit den Kampf ansagen. Es kann nicht sein, dass junge Menschen heute nicht einmal mehr einen Kredit aufnehmen können, weil sie keine Ahnung haben, ob sie in den nächsten Wochen und Monaten überhaupt noch einen Job haben.

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Leiharbeit und der Missbrauch der Werkverträge müssen endlich wieder verboten werden. Minijobs und Niedriglohn müssen bekämpft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Ministerpräsident hat gestern richtigerweise festgestellt, dass die Wirtschaftskraft Hessens nicht naturgegeben sei, sondern tagtäglich von den Menschen erarbeitet werde. Dem kann ich vollkommen zustimmen. Werte werden eben nicht an den Börsen dieser Welt geschaffen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen tagtäglich den gesellschaftlichen Reichtum. Deshalb denke ich, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch angemessen am Wirtschaftswachstum beteiligt werden müssen. Das ist gerade nicht der Fall, wenn die Realeinkommen sinken, während die Wirtschaft wächst.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich würde mir wünschen, dass ein Wirtschaftsminister sich auch als Anwalt der Beschäftigten versteht. Wann immer Maßnahmen zur Regulierung der Banken vorgeschlagen werden, schreien Sie auf und warnen vor Arbeitsplatzabbau am Finanzplatz Frankfurt. Aber wenn die Commerzbank ankündigt, 6.000 Arbeitsplätze abzubauen, dann hört man keinen Piep von dieser Landesregierung. Das ist das Problem. Wo war diese Landesregierung, als die Arbeitsplätze bei Neckermann wegfielen? Wo war die Landesregierung, als die Beschäftigten von manroland vor der Staatskanzlei für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze protestiert haben? Jetzt, acht Monate vor der Landtagswahl, kündigt die Landesregierung die Wirtschaftswochen an,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

während derer sie in die Betriebe gehen und sich vor Ort ein Bild machen will.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Es wird langsam Zeit!)

Schlimm genug, sage ich, Herr Wirtschaftsminister, dass man das überhaupt extra betonen muss.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich wette, getreu Ihrem Motto: „Stärken stärken“ werden Sie auch nur in Betriebe gehen, die als Kulisse für Ihren Wahlkampf dienen können, wo es rund läuft und wo sich der FDP-Wirtschaftsminister für die Arbeit anderer Leute feiern lassen kann. Dann ist keine Rede mehr davon, dass sich der Staat heraushalten soll. Sonst vertritt die Landesregierung immer die Auffassung, der Staat solle sich möglichst aus der Wirtschaft heraushalten. Wenn es schlecht läuft, bleiben Sie in der Regel auch bei dieser Linie, wie bei den jüngsten Firmenpleiten. Goethe hätte Ihnen dazu gesagt: Die Zeit zum Handeln jedes Mal verpassen, nennt ihr, die Dinge sich entwickeln lassen. – Aber wenn es gut läuft, wenn Unternehmen erfolgreich sind, dann waren es die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Landesregierung und ihre zukunftsweisenden Konzepte, weil sie sich offensichtlich ganz besonders gut herausgehalten hat.

(Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Nun freuen Sie sich über die angeblich so rosige Wirtschaftslage in Hessen. Ich will nur feststellen, dass die Steuereinnahmen diese Einschätzung nicht ganz hergeben, wie wir seit zwei Wochen wissen.

Aber auch die Wirtschaft selbst ist gar nicht so begeistert. Der letzte IHK-Konjunkturbericht war mit den Worten überschrieben: „Hessische Wirtschaft: Euro-Krise dämpft Erwartungen“. Dort war nachzulesen, die Stimmung bei den Unternehmen habe sich eingetrübt. Zum ersten Mal seit 2009 liege der Anteil an Unternehmen, die von schlechteren Geschäften ausgehen, wieder über dem Anteil an Unternehmen, die von einer Verbesserung ausgehen.

Interessant sind die Antworten, wenn man die Unternehmen zu den ihrer Meinung nach größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung befragt: 56 % der Unternehmen nennen die Inlandsnachfrage, 45 % die Energiepreise, und dann folgen mit 41 % die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, für die Sie sich gerade so gelobt haben. Die IHK spricht sogar von einem Risikofaktor Wirtschaftspolitik. Ich will also nur einmal feststellen, dass die Bundes- und Landesregierung offensichtlich das drittgrößte Risiko aus Sicht der hessischen Unternehmen sind.

Dass sich die Unternehmen Sorge um die Binnennachfrage machen, ist auch logisch. Das folgt, wenn man eine einseitige Exportorientierung verfolgt. Sie rühmen sich ob der hohen Exportüberschüsse in Hessen. Was Sie aber nicht erwähnen, ist, dass es die Beschäftigten sind, die durch sinkende Löhne den Preis für die Gewinne der Exportwirtschaft zahlen.

Wenn Sie dann von einer hervorragenden Infrastruktur sprechen, die Wissenschaftsministerin loben und als gutes Beispiel die hessischen Hochschulen nennen, kann ich Ihnen nur raten, Herr Rentsch: Sehen Sie sich auch einmal an anderen Hochschulen um als an der EBS. Die Hochschulen sind völlig überfüllt und platzen aus allen Nähten wegen des Andrangs der Studierenden. Gerade gestern haben die Universitätspräsidenten hier im Haus eine Pressekonferenz abgehalten, wo sie dargelegt haben, wie dramatisch die Situation ist und dass die Mittel pro Student sinken. Die EBS

mag zwar auch finanzielle Probleme haben, Herr Minister, aber das ist nicht dem Andrang von Studierenden geschuldet, sondern im Gegenteil dem Umstand, dass dort offensichtlich kein Mensch mehr hin möchte.

Herr Wirtschaftsminister, nun besteht ja Anlass zur Hoffnung, dass Ihre erste Regierungserklärung auch Ihre letzte ist.

(Peter Beuth (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Deshalb will ich einmal skizzieren, was ich mir in einer Regierungserklärung eines hessischen Wirtschaftsministers oder einer Wirtschaftsministerin zu hören wünschen würde – vielleicht schon einmal als Anregung für potenzielle Bewerber.

(Peter Beuth (CDU): Vielleicht ist es Ihre letzte Regierungserklärung, die Sie hier als Abgeordnete erleben!)

Sie sagen, Sie wollen die Stärken stärken. Ich würde gerne mal in einer Regierungserklärung hören, dass sich die Landesregierung auch über die Schwachen Gedanken macht

(Beifall bei der LINKEN)

und dafür kämpft, dass die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Ballungsgebieten und ländlichen Regionen nicht immer weiter auseinandergeht.

Wir brauchen eine Landesregierung – dazu haben Sie leider nichts gesagt –, die die Energiewende endlich entschlossen vorantreibt und sich nicht als Lobbyist der Energiekonzerne versteht.

Herr Minister, ich hätte mir von Ihnen ein klares Bekenntnis gegen die Privatisierung von Wasser und anderen öffentlichen Gütern gewünscht. Sie hätten dem Nestlé-Konzernchef öffentlich widersprechen können, wenn dieser behauptet, der Zugang zu Wasser sollte kein öffentliches Recht sein. – Sogar die bayerische FDP schafft es, sich hiergegen auszusprechen. Warum sagt nicht auch der hessische Wirtschaftsminister, dass Wasser keine Ware ist und deswegen nicht privatisiert werden darf?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich wünsche mir einen Wirtschaftsminister, der die Schaffung von Wohnraum als eine Kernaufgabe des Staates ansieht. Hessen braucht endlich ein wirksames Tarifreue- und Vergabegesetz, damit Unternehmen, die Lohndumping betreiben und Umweltstandards unterlaufen, nicht noch durch öffentliche Aufträge belohnt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich wünsche mir einen Verkehrsminister, der sich für die Beschäftigten im ÖPNV einsetzt und Lohndumping unterbindet, statt Wettbewerb auf deren Rücken zu fördern.

Ich würde mir einen Wirtschaftsminister wünschen, der der systematischen Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben den Kampf ansagt. Ich befürchte aber, dass man bei der FDP sehr lange darauf warten kann.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der SPD: Darauf kann man wirklich lange warten!)

Das wäre im Übrigen auch ein Beitrag zum Kampf gegen den befürchteten Fachkräftemangel, den Sie hier gerne beklagen. Sie wollen stattdessen die verzweifelte Lage junger Spanier ausnutzen, um diese hier als Lohndrücker einzu-

setzen. Wenn Sie mehr Fachkräfte wollen, müssen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, statt Frauen durch das Betreuungsgeld und fehlende Kitaplätze vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer Fachkräfte will, muss Fachkräfte ausbilden. Ich wünsche mir deswegen einen Wirtschaftsminister, der sich dafür einsetzt, dass jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz bekommt, und der gerade die großen Unternehmen dazu verpflichtet, sich nicht weiter aus dieser Verantwortung zu stehlen. Ich wünsche mir einen Wirtschaftsminister, der den Unternehmen auf die Finger schaut, dass sie gut ausbilden und den Jugendarbeitsschutz einhalten.

Eine sinnvolle Wirtschaftsförderung wäre es, wenn das Land ein Programm zur Förderung von Belegschaftsbeteiligungen und Belegschaftsübernahmen auflegen und Rekommunalisierung fördern würde. Das wäre ein Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade in Hessen würde es nicht schaden, wenn sich ein Wirtschaftsminister Gedanken über Konversionsprogramme für die Rüstungswirtschaft machen würde. Das wäre auch ein sinnvoller Beitrag für Frieden und Abrüstung in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir leben in einem kranken Wirtschaftssystem, in dem Banken und Versicherungen mit Nahrungsmitteln spekulieren, während Menschen anderswo auf der Welt verhungern. Dies anzusprechen und zu kritisieren gehört auch zur Verantwortung für den Finanzplatz Frankfurt.

(Beifall bei der LINKEN)

Hessen bräuchte eine Wirtschaftsministerin oder einen Wirtschaftsminister, für die oder den die Menschen wichtiger sind als Profite und die kapitalistischen Verwertungsinteressen von Fraport, Lufthansa, der Deutschen Bank oder E.ON. Wir bräuchten einen Wirtschaftsminister, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt und der auch die Verfassung ernst nimmt, in der es heißt, dass die Wirtschaft die Aufgabe hat, dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Wissler. – Bevor ich Herrn Lenders das Wort erteile, habe ich die besondere Freude, Ehrengäste zu begrüßen, nämlich das Kinderprinzenpaar der Kampagne 2012/2013 vom Wiesbadener Karneval: Prinz Yannik I. und Prinzessin Antonia I. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wünschen euch ganz viel Spaß in dieser Session, alles Gute und viel Vergnügen.

(Zurufe)

– Ich verkneife mir jede Bemerkung, warum man uns besucht hat. Ich mache keine Bemerkungen. Sie können mich nicht reizen.

(Heiterkeit)

Ich erteile Herrn Lenders das Wort.

**Jürgen Lenders (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es passt vielleicht ganz gut und auch zur Rede von Herrn Tarek Al-Wazir. Zu Hause würde man zu Ihrer Rede sagen: Ihre Rede – joot und schön. Aber an Rusemondaach könnt ich zu Fuß nach Kölle jejange.

(Beifall bei der FDP – Zuruf: Das hörte sich nett an, war aber nicht nett gemeint!)

Meine Damen und Herren, wer der Rede des Wirtschaftsministers aufmerksam zugehört hat, der kann zu dem Schluss kommen, das Hessen eines der erfolgreichsten Länder in Deutschland ist. Der Wirtschaftsminister hat die Zahlen vorgetragen. Umso erstaunlicher ist es, welches Zerrbild die Opposition in diesem Haus den Menschen einzureden versucht.

Deswegen wende ich mich an unsere Zuschauer in diesem Saal, gern auch an die Zuschauer an den Bildschirmen sowie die Zuhörer und Zuschauer im Internet: Meine Damen und Herren, lassen Sie sich Ihren Anteil an diesem Erfolg durch die schwächste Opposition der Republik nicht kaputtreden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe es verstanden: Frau Wissler wünscht sich Karl Marx zurück.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich wünsche mir Florian Rentsch als Wirtschaftsminister. Und Herr Tarek Al-Wazir hat es tatsächlich geschafft, hier eine halbe Stunde zu reden, ohne mit einem Satz zu erklären, wie Wirtschaftspolitik aus Sicht der Partei der GRÜNEN aussieht. Nichts haben Sie dazu erwähnt – vielleicht doch, mit einem Hinweis auf die Umwelttechnologien.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das schlimm!)

Ja, Herr Tarek Al-Wazir: Umwelttechnologie ist heute längst nicht mehr eine Nischenbranche. Sie ist breit in allen Unternehmen angekommen. Aber auch diese Unternehmen brauchen eine moderne Infrastruktur und moderne Rahmenbedingungen, damit sie weiter existieren und ihr Geschäft betreiben können. Das müssen Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen. Sie müssen den Unternehmen, die sich mit Umwelttechnologie auseinandersetzen, auch irgendwann einmal erklären, wie Sie eigentlich in Hessen Politik machen wollen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eine Bemerkung zu Ihrem Beitrag zu den Sozialpartnern, Herr Schäfer-Gümbel: Ja, es ist richtig – einer der großen Erfolge bzw. der Gründe, warum wir so gut aus der letzten Wirtschaftskrise herausgekommen sind, ist, weil die Sozialpartner in den Tarifforderungen wirklich zurückhaltend waren und sehr vorausschauend mit Lohnforderungen umgegangen sind.

Es wäre schön, wenn Sie wenigstens schauen könnten, wenn Sie schon angesprochen werden – danke.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Mindestlöhne – das ist eine der Kernforderungen, die Sie immer stellen – sind entweder zu hoch, und dann vernichten sie Arbeitsplätze, oder sie sind zu niedrig, und dann wirken sie nicht.

Die FDP hat mit dem Bürgergeld immer wieder ein klares Alternativmodell vorgestellt. Ich glaube, wenn Sie aus Ihrer ideologischen Mottenkiste herauskommen und sich mit anderen Modellen beschäftigen würden, dann würden selbst Sie das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Erfolg und Leistung sind dieser Opposition allerdings unheimlich. Diese Missgunst geht so weit, dass Rot-Grün im Bundesrat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihren Anteil am Erfolg verwehrt. Lohnerhöhungen werden in diesem Land durch die kalte Progression einfach weggesteuert. Das geht so weit, dass Lohnerhöhungen bei manchen dazu führen, dass sie netto weniger in der Tasche haben als vor der Lohnerhöhung. Das wollen weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, und die FDP will es auch nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Daher hat die FDP im Deutschen Bundestag den Abbau des Mittelstandsbauchs durchgesetzt. Aber das haben SPD und GRÜNE durch ihre Blockadepolitik im Bundesrat verhindert. Das ist ungerecht, das ist unsozial, und das werden wir Rot-Grün nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ja, Hessen ist das erfolgreichste Land der Bundesrepublik – der Wirtschaftsminister hat das mit Zahlen belegt. Mit einer Bruttowertschöpfung von 204 Milliarden € lagen wir im Jahr 2011 vor Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze – auch vor Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, ich habe mir lange gewünscht, dass Hessen da einmal die Nase vorn hat. Ich habe oft gedacht: Mit einer schwarz-gelben Landesregierung in Baden-Württemberg werden wir das vielleicht nicht schaffen. Aber wir haben es geschafft. Grün-Rot regiert in Baden-Württemberg, und schon haben wir sie abgehängt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Arbeitslosenquote lag 2012 in Hessen im Schnitt bei 5,7 %. Das ist der beste Wert seit 1992. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war noch nie so hoch wie heute. 3,2 Millionen Menschen sind in Hessen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Meine Damen und Herren, das ist ein Riesenerfolg. Die Löhne und Gehälter sind ebenfalls auf dem höchsten Niveau, das es in Hessen jemals gegeben hat. Wir liegen bei den Löhnen und Gehältern im Vergleich der Flächenländer an der Spitze. Das kann die Opposition nicht einfach wegdiskutieren. Sie können nicht behaupten, die Menschen würden hier alle zu Hungerlöhnen arbeiten müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie zeichnen hier ein Zerrbild. In Hessen wird in die Zukunft investiert. In keinem anderen Bundesland wurde im Jahr 2011 mehr investiert als in Hessen. Das kommt nicht einfach so vom Himmel. Das ist verursacht von fleißigen und leistungsbereiten Arbeitneh-

mern, von kreativen und innovativen Unternehmen sowie durch eine liberale Wirtschaftspolitik, die gute Rahmenbedingungen setzt. Diese ermöglichen, dass Fleiß, Leistungsbereitschaft, Kreativität und Innovationen entfesselt werden können.

99 % der hessischen Unternehmen sind mittelständische Unternehmen. Da zeigt sich, wo die Stärken der hessischen Wirtschaft liegen. Wir haben in den letzten zwei Wochen mit unserem Arbeitskreis von CDU und FDP – der Kollege Arnold hat schon darauf hingewiesen – zahlreiche mittelständische Unternehmen besucht. Oft sind sie vor Ort gar nicht so bekannt, aber in ihren Branchen sind sie nicht selten Weltmarktführer. Diese Unternehmen leben vom Export und von den Rahmenbedingungen in den Bereichen Infrastruktur und Technologieförderung, aber auch von einer klugen Wirtschaftsförderung, die nicht nur bei der Erschließung von Absatzmärkten hilft, sondern auch von Beschaffungsmärkten.

Gerade die Unternehmen z. B. der Elektroindustrie, der chemischen Industrie, des Großhandels aller Branchen, die erfolgreich in Hessen arbeiten, brauchen einen Zugang zu Rohstoffen und Fertigteilen und daher gute Beziehungen in die entsprechenden Länder, die über die Ressourcen verfügen. Diese Erkenntnis hat diese Koalition z. B. im Mittelstandsförderungsgesetz verankert – und da sagen Sie noch einmal, wir würden hier nichts tun, wir würden tatenlos herumsitzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Überhaupt ist in meinen Augen der Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetzentwurf der Koalitionsfraktionen im Vergleich zu den drei vorliegenden Entwürfen der Opposition ein gutes Beispiel für die Unterschiede zwischen dem linken Block des Hauses und dieser Koalition. Für den Mittelstand und insbesondere das Handwerk, die einen großen Teil des Erfolgs tragen, ist es wichtig, dass sie von überzogener Bürokratie verschont werden und so erst die Chance bekommen, an einer Ausschreibung teilzunehmen.

In diesem Zusammenhang gehe ich auf die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein, der da sagt, mit diesem Gesetz würde im Wesentlichen nur eine Mittelstandsförderung geschehen. Das ist nur schwer nachvollziehbar. Manchmal verstehe ich die Welt nicht mehr. Denn genau dies ist Sinn und Zweck des Mittelstandsförderungsgesetzes, weil der Mittelstand das Rückgrat der Wirtschaft in Hessen ist. Es ist manchmal schon ein bisschen seltsam.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen in das Vergabegesetz keine Kriterien hineinschreiben, die sachlich nicht zur Vergabe gehören. Ich will Ihnen mit einem fiktiven Beispiel helfen: Ein Schreinermeister mit zwei Angestellten bewirbt sich in einer Ausschreibung einer Schule, in der eine Schulküche erneuert werden soll. Das Vergabegesetz verlangt unter Androhung von Konventionalstrafen, dass der Bewerber die Gleichstellung von Mann und Frau und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellt. Außerdem soll das Material, das verwendet wird, nicht durch Kinderarbeit hergestellt werden und ökologisch gerecht, FSC-zertifiziert, angebaut sein. Das sind alles gute Ziele von Sozial- und Umweltpolitik.

Meine Damen und Herren, der Schreiner müsste die Ware aber bei einem Küchenhersteller bestellen, der wiederum die Einzelteile weltweit bestellt. Nun muss der Schreiner dokumentieren, dass er die Kriterien erfüllt, und er steht in der Haftung.

Ich sage Ihnen voraus, und das zeigt die Erfahrung, die wir in NRW bereits machen: Der Schreinermeister wird sich um diese Ausschreibung überhaupt nicht mehr bemühen, weil der Zeitaufwand für die Dokumentation der Materialien den Gewinn überschreitet und er die Haftung für seinen Lieferanten gar nicht übernehmen kann und auch nicht will. Wie soll er außerdem mit einem Gesellen und einer Schreibkraft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern?

Meine Damen und Herren, die Folge der Vergabegesetze von SPD und GRÜNEN ist, dass sich viele kleine und mittlere Betriebe nicht mehr an einer Ausschreibung beteiligen können und nur noch Großunternehmen sich das leisten können. Die Folge für den Staat sind eine Verknappung des Angebotes und damit deutlich höhere Preise, und das zulasten des Steuerzahlers.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir als CDU und FDP stehen ganz klar an der Seite des Mittelstandes und der kleinen Unternehmen.

Lassen Sie mich etwas zur Wirtschaftsförderung sagen. Man hatte so den Eindruck, wir führen eher eine Verkehrsgrundsatzdiskussion und weniger eine Debatte über die Wirtschaftspolitik. Darum findet sich auch der große Teil der Verkehrspolitik nicht in einer Regierungserklärung des Staatsministers Rentsch wieder. Aber wir können ihn gerne auffordern und einladen, auch noch eine Regierungserklärung zur Verkehrspolitik abzugeben. Dann werden die ganzen Themen aufgerufen, die Sie sich hier gewünscht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung – das ist einer der deutlichsten Unterschiede – muss sehr früh einsetzen. Sie müssen klar sagen, wer was in der Wirtschaftsförderung macht. Sie brauchen eine klare Gliederung, welche Aufgabe das Land übernehmen kann: Delegationsreisen, Messebesuche im Ausland, Technologieförderung und das Liefern der nötigen Zahlen. Dann brauchen Sie aber auch eine Struktur von den Wirtschaftsförderern, die ein klares Standortmarketing vor Ort machen. Sie müssen genau wissen, was man wo für ein Unternehmen ansiedeln kann.

Sie brauchen natürlich auch weiterhin den Ansprechpartner in den Kommunen, der Ansprechpartner für das kleine Einzelunternehmen ist. Das heißt, wir machen genau das mit einer Neustrukturierung der Hessen-Agentur. Wir schaffen die Möglichkeit für neue Strukturen der Wirtschaftsförderung in Hessen, damit das transparent wird und die Wirtschaftsförderung wirklich bei den Unternehmen ankommt; denn da gehört sie hin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wirtschaftsförderung muss möglichst früh bei den Unternehmen ankommen. Genau das ist wiederum der Unterschied. Die Wirtschaftsförderung vieler Unternehmen kommt zu spät. Sie kommen zu spät zum Land und sagen:

Wir haben eine schwierige Situation. Könnt ihr uns helfen?  
– Viele Unternehmen kommen nicht, wenn sie expandieren wollen, weil sie die Hilfe des Landes nicht in Anspruch nehmen wollen.

Meine Damen und Herren, wem sollten wir nicht schon alles aus dem Schlamassel helfen? Schlecker, Neckermann, manroland, Opel – die Unternehmen kommen in der Regel zu spät und fragen erst zu spät um Hilfe.

(Janine Wissler (DIE LINKE): EBS!)

Öffentliche Hilfe muss früher einsetzen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): So wie bei der EBS!)

Ich kann Ihnen sagen, wie die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung nach Ihrem Motto funktionieren. Bei 1.000 Mitarbeitern kommt Herr Schäfer-Gümbel mit dem Kamerateam und mit dem großen Brimborium. Bei 500 Mitarbeitern kommt der Bürgermeister der SPD. Aber bei 50 Mitarbeitern kommt der Gerichtsvollzieher. – So sieht doch Ihre Wirtschaftspolitik aus. So sieht das doch bei Ihnen in der Realität aus. Sie kümmern sich immer nur um die Großunternehmen, die Schlagzeigen machen, und die Kleinen lassen Sie hängen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, aber das hindert die Opposition nicht daran, in diesen Fällen noch ein paar Millionen Euro Steuergelder hinterherzuschmeißen, bevor die Unternehmen doch noch pleitegehen.

(Lachen und Zuruf von der SPD)

– Meine Damen und Herren, Sie können sich jetzt noch aufregen. Aus Philipp Holzmann hat die Opposition in diesem Haus nichts, aber auch gar nichts gelernt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wirtschaftsförderung heißt aber nicht nur, Steuergelder als Subvention fließen zu lassen, sondern Rahmenbedingungen und Spielregeln festzusetzen, die für große und kleine Unternehmen gleich sind. Ja, man kann auch einmal in die Krise geratene Unternehmen mit Bürgschaften unterstützen, aber nur dann, wenn es eine positive Zukunftsperspektive gibt. Das gilt für den Handwerker genauso wie für den Weltkonzern.

Das darf nur gelten, wenn für dieses Unternehmen eine günstige Zukunftsprognose mit einem vorliegenden Wirtschaftsplan da ist, der Eckdaten enthält, die man überprüfen kann, und dann mit einem Finanzierungsplan, damit ein Geldinstitut darüberschaut und sagt: „Jawohl, das ist schlüssig, das tragen wir mit.“ Nur dann können Sie einem Unternehmen helfen. Alles andere versteht der kleine Mittelständler überhaupt nicht. Den Großen wollen Sie die Steuergelder hinterherschicken, und die Kleinen wollen Sie hängen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nein, meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung heißt für uns, dass wir z. B. Existenzgründer fördern, und zwar nicht mit der Gießkanne und einmalig, sondern verbunden mit gezielter Beratung und Betreuung, nachhaltig eben. Dieses Bundesland macht es vorzüglich, wenn es einem Existenzgründer auf den Weg geholfen hat, ihn auch

finanziell unterstützt hat, dass es dann nicht sagt: Ab jetzt darfst du allein laufen. – Nein, das Land überprüft tatsächlich solche Existenzgründungen, begleitet diese Existenzgründer auch in ihren schwierigen Phasen in den nächsten drei Jahren und hilft weiter, wenn es vonnöten sein sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD: Nicht so laut, wir verstehen es doch!)

– Meine Damen und Herren, manchmal hat man das Gefühl, man redet hier ein bisschen gegen eine Wand. Das gilt auch für die Bemerkungen zu den Wirtschaftswochen nach dem Motto, die Landesregierung wäre jetzt einmal in Unternehmen. – Ich will Ihnen durchaus einmal sagen: Für diese Landesregierung ist jeder Tag ein Wirtschaftstag. Diese Landesregierung und diese Fraktionen von CDU und FDP sind jeden Tag in Unternehmen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Wagner, Sie können gern einmal ein bisschen schauen. Ich bin fast jeden zweiten Tag in meiner eigenen Firma, die ich vor 20 Jahren aus dem Nichts gegründet habe. Der Kollege Arnold kommt auch aus einem Unternehmen. Die Kollegin Lannert kommt aus einem Unternehmen. Herr Greilich ist auch ein kleiner Unternehmer.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wollen Sie uns eigentlich erzählen? Wer ein großer Unternehmer ist, ist geschenkt. Auch ein Landwirt ist ein Unternehmer. CDU und FDP sind jeden Tag bei den Problemen dieser mittelständischen Wirtschaft und bei den Großunternehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das werden Sie nie lernen.

(Lachen bei der SPD – Gegenruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU): Theoretiker!)

Meine Damen und Herren, es ist ein schönes Stichwort, vor allen Dingen dann, wenn Sie über kleine und mittelständische Unternehmen reden. Dann fangen Sie an; wenn es aber einmal ans Konkrete geht, werden Sie herrlich bürokratisch. Da haben Sie nichts Besseres zu tun, als diesen kleinen Unternehmen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Nehmen Sie doch einmal die Diskussion um das Gaststättenrecht. Was habe ich mir da nicht alles anhören müssen?

(Zurufe von der SPD)

Was müsste man nicht alles noch hineinnehmen, damit man bloß den Gaststätten das Leben schwer machen kann? Ein kleines Unternehmen mit fünf, vielleicht mit zehn Mitarbeitern hat für Ihre Diskussion überhaupt kein Verständnis. Nehmen wir doch einmal solche Dinge wie die Hygieneverordnung. Nehmen wir doch einmal die Diskussion um Sperrstunden. Nehmen wir doch einmal die Bedarfsgewerbeverordnung. Nehmen wir doch einmal den Ladenschluss. Das sind alles Dinge, die natürlich nicht im Fokus einer Grundsatzrede zur Wirtschaftspolitik sind. Aber im täglichen Klein-Klein werfen Sie diesen Unternehmern permanent Knüppel zwischen die Beine. Dafür gibt es CDU und FDP, das zu verhindern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Nur noch einmal, weil Sie das auch erwähnt haben: Kreativwirtschaft. Diese Landesregierung kümmert sich intensiv um die Kreativwirtschaft. Es war diese Landesregierung, allen voran Staatssekretär Steffen Saebisch, der die Filmförderung hier wirklich vorangebracht hat.

(Günter Rudolph (SPD): Der ist gar nicht da!)

– Er ist trotzdem in der Landesregierung, auch wenn er jetzt gerade nicht hier sitzt.

(Minister Florian Rentsch: Aber ich bin da, das reicht!)

Wir haben die Umstellung auf digitale Fälle. Das hat diese Landesregierung gemacht. Mit einem Kreditprogramm Kapital für kleine Unternehmen haben wir gerade und explizit Kleinstunternehmen geholfen.

Meine Damen und Herren, was Sie hier gemacht haben, ist ein Zerrbild zeichnen, das mit der Realität nichts zu tun hat. Wir müssen schon einmal versuchen, auch deutlich zu machen, wo die Unterschiede sind.

Ich habe schon zur Kenntnis genommen, dass Sie – Thorsten Schäfer-Gümbel – zum Thema Baupolitik auch noch etwas hören wollten. Ja, ich kann nur sagen: Auch da waren wir nicht ganz untätig. Wir haben ein modernes Wohnraumförderungsgesetz auf den Weg gebracht,

(Günter Rudolph (SPD): Ei, ei, ei! – Weitere Zurufe von der SPD)

das den Entwicklungen in der Gesellschaft Rechnung trägt.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Judith Lannert (CDU))

Es ist einfach nicht sehr spannend, was Herr Thorsten Schäfer-Gümbel zu Studentenwohnungen zu sagen hat. Da kommt doch tatsächlich sein Vorschlag, dass er jetzt die Privatwirtschaft aktivieren und der Privatwirtschaft und den privatwirtschaftlichen Investoren gleich mal für 30 Jahre die Gewinne absichern will – mit Steuergeldern. Herr Schäfer-Gümbel, Sie werden mir nachher sagen, das habe ich alles nur nicht richtig verstanden. Das war mir klar.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dann sind wir uns ja einig!)

Diese Unternehmen haben überhaupt kein wirtschaftliches Interesse mehr daran, wo diese Wohnungen sind, in welchem Marktumfeld diese Wohnungen sind, in welchem Zustand diese Wohnungen sind, ob die vermietbar sind oder nicht – Hauptsache, Sie nehmen diesen Investoren das unternehmerische Risiko. Sie meinen am Ende nicht, deren Sockelbetrag hätte vielleicht für Kostendeckung gereicht. Nein, nein, Sie wollen gleich die Gewinne absichern. Meine Damen und Herren, auf so eine Idee kommt noch nicht einmal ein Liberaler. Das muss man sich einmal in einer sozialen Marktwirtschaft vorstellen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube nur nicht, dass das jemals Realität werden darf.

Dann noch ein paar Dinge, die es etwas deutlicher machen. Frau Künast sagt öffentlich, dass sie besser weiß, welche Produkte man nicht brauchen würde und welche man fördern müsse, weil man mehr davon brauche. Ich dachte immer, dass Produkte dann hergestellt werden, wenn sie der Verbraucher kauft. Was die GRÜNEN manchmal unterschwellig und manchmal ganz offen betreiben, ist nichts

anderes als Planwirtschaft, liebe Kollegen. Mit sozialer Marktwirtschaft hat auch das bei den GRÜNEN nicht mehr viel zu tun.

(Beifall bei der FDP – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Das geht ja dann weiter. SPD und GRÜNE wollen massive Steuererhöhungen durchsetzen. Man hat schon selten erlebt, dass in Deutschland mittlerweile ganz ungeniert darüber spekuliert wird, wie hoch man die Steuern erhöhen darf. Es sollen mindestens 40 Milliarden € sein. Das soll dann richtig Geld in die Kassen spülen, um die Wohltaten von Rot-Grün umsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik nimmt heute schon so viel Geld ein wie nie zuvor. Aber Rot-Grün reicht das immer noch nicht für ihre Wohltaten. Eine Vermögensteuer soll eingeführt werden, trifft aber vor allem nur leider wieder den Mittelstand – zumal erst ein Behördenapparat errichtet werden müsste, vor dem die Bürger dann die Hosen komplett herunterzulassen hätten.

Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist der nächste Punkt. Das hört sich toll an. Niemand fühlt sich angesprochen, es ist ja niemand Spitzenverdiener. Nach den Modellen, die es gibt, wird aber nicht der Millionär zur Kasse gebeten,

(Zuruf: Fragen Sie mal Steinbrück!)

sondern der Fließbandarbeiter bei Audi oder bei VW in Baunatal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie treffen die Leistungsbereiten, die jeden Tag morgens aufstehen und zur Arbeit gehen. Das sind diejenigen, die Sie mit Ihren Steuererhöhungen treffen werden.

Meine Damen und Herren, die Einführung von Rohstoffabgaben auf Kies – –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Fließbandarbeiter beim Spitzensteuersatz!)

– Herr Wagner, was war denn mit der Vermögensteuer, als sie abgeschafft worden ist? Gehen Sie doch mal dahin.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben über den Spitzensteuersatz geredet!)

– Okay, lassen wir das. Ich wollte hier keine Steuerdebatte mit Ihnen führen.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Er hat nicht zugehört!)

Herr Wagner, eines ist klar: Wenn Sie mit Ihrer Theorie zur Erbschaftsteuer und Vermögensteuer recht haben – es trifft nur ganz wenige –, dann frage ich mich, wo die 40 Milliarden € herkommen sollen, wenn niemand zahlt. Die 40 Milliarden € muss die Breite der Gesellschaft aufbringen. Das sind nicht die oberen Zehntausend, das ist der kleine Mann, der am Fließband steht und jeden Tag zur Arbeit geht. Das gehört auch zur Ehrlichkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, irgendwann stürzt auch das schönste Kartenhaus in sich zusammen. Die Belastung für die hessische Wirtschaft kann man nicht beliebig erhöhen, ohne dass es Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung

hätte. Wer etwas von Wirtschaft versteht, der weiß, dass ein Unternehmen dann investiert und Arbeitsplätze schafft, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wenn die Zukunftsprognosen positiv sind, wenn die Wertschöpfung steigt, wenn die Aussicht auf bessere Geschäfte besteht und gute Rahmenbedingungen für eine Expansion vorliegen. Also: Unternehmen investieren dann in Arbeitsplätze, wenn sie der Landesregierung eine gute Zukunftsprognose geben. Deswegen wird die Wirtschaftspolitik auch zukünftig aus der Mitte des Landes heraus gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die von Rot-Grün geplanten Experimente mit dem hessischen Mittelstand würden die Rahmenbedingungen massiv verschlechtern. Das wäre das Ende der hessischen Erfolgsgeschichte. Ich bin mir aber inzwischen sicher, dass es nicht so kommen wird, weil Rot-Grün mit diesen Konzepten aus der Mottenkiste eines Karl Marx nicht an die Macht kommen wird.

(Lachen der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn wer will schon von einer Partei regiert werden, die die Erfolge der fleißigen Arbeitnehmer konsequent schlechtredet? Das haben Sie den ganzen Tag getan.

(Beifall bei der FDP)

Sie können immer wieder versuchen, Hessen schlechtzureden. Der Erfolg gehört den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den erfolgreichen Unternehmen, die bereit sind, auch Risiken einzugehen. Meine Damen und Herren, von einer rot-grünen Politik möchte niemand in Hessen regiert werden. Deshalb freue ich mich auf die Auseinandersetzungen im Wahlkampf; denn es bleibt dabei: Die Mitte macht das Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der Aussprache über die Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

#### **Nachwahl eines Mitglieds des Theaterbeirats beim Staatstheater Darmstadt**

#### **Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Drucks. 18/6837 –**

Nach dem Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt Darmstadt über den Betrieb des Staatstheaters vom 24. November 1971 wählt der Hessische Landtag für die Dauer seiner Wahlperiode drei Mitglieder sowie drei stellvertretende Mitglieder für den Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Darmstadt. Zwei Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder sind für den Theaterbeirat zu wählen. Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Kollegen Milde aus dem Landtag ist eine Nachwahl im Theaterbeirat erforderlich.

Der Wahlvorschlag der CDU liegt Ihnen vor – Drucks. 18/6837 –, es ist Frau Kollegin Neipp. Ich sehe, es werden keine weiteren Vorschläge gemacht. Es gibt auch keinen Widerspruch, dass wir per Handzeichen abstimmen. Wer

Frau Kollegin Neipp seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist die Wahl einstimmig erfolgt. Herzlichen Glückwunsch zu der Wahl, Frau Kollegin Neipp.

Wir kommen als Nächstes zu **Tagesordnungspunkt 60:**

#### **Nachwahl eines Mitglieds der Kommission gemäß dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz**

#### **Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Drucks. 18/6902 –**

Nach § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz besteht die Kommission aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Sie werden vom Landtag nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für die Dauer einer Wahlperiode berufen. Für jedes Mitglied der Kommission wird ein Vertreter bestellt. Mit Schreiben vom 23. Januar 2013 legte der Abg. Dr. Michael Reuter sein Amt als Mitglied in der Kommission nieder.

Der Wahlvorschlag der SPD – Drucks. 18/6902 – liegt Ihnen vor, es wird Frau Kollegin Nancy Faeser vorgeschlagen. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Wir können auch hier per Akklamation abstimmen. Wer für Frau Kollegin Faeser ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP, GRÜNE. – Dagegen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der LINKEN ist die Kollegin Faeser gewählt. Ich frage, ob sie die Wahl annimmt. – Sie nimmt die Wahl an. Ich gratuliere ihr ganz herzlich zu der Wahl.

Ich gebe Ihnen bekannt, dass noch ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Partikeltherapiezentrum am Uniklinikum Gießen-Marburg, Drucks. 18/6928, eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Dann wird der Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 64, Redezeit fünf Minuten je Fraktion.

Bitte sehr, Herr Kollege Schaus.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Da die Landesregierung heute eine Pressekonferenz bzw. eine öffentliche Mitteilung zu dem sehr umfangreichen und sehr wichtigen Vorgang im Hinblick auf die Universitätsklinik Gießen-Marburg gemacht hat, sind wir der Meinung, dass das noch in dieser Legislaturperiode beraten werden muss.

(Zurufe)

– Entschuldigung.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

In dieser Legislaturperiode beraten wir es noch, Kollege Schaus.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Das war ein freudscher Versprecher, weil es bei der Landesregierung immer ein bisschen länger dauert.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Wir sind der Meinung, dass das Thema noch in dieser Plenarwoche beraten werden sollte,



(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

und beantragen, dass Tagesordnungspunkt 64 morgen Abend nach Tagesordnungspunkt 8 aufgerufen wird – dann haben wir ein bisschen Zeit –, also vor den Petitionen, und zur Aussprache kommt.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Da bin ich immer so müde!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Bellino zur Geschäftsordnung.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass es bei der Landesregierung nicht zu lange dauert, sondern dass hier vernünftig gearbeitet wird, wie auch in diesem Fall, und dass wir dann entsprechend positive Ergebnisse zu vermelden haben. – Das nur als Replik auf den Kollegen Schaus.

Wir sind auch der Meinung, dass der Punkt in dieser Legislaturperiode behandelt werden soll, sogar in dieser Plenarwoche, und empfehlen dem Hause, ihn am Ende der Plenarwoche aufzurufen, d. h. am Donnerstagabend. Da sind wir alle entspannt nach einer entsprechenden Plenarwoche und können uns dem wichtigen Thema mit der gebührenden Aufmerksamkeit widmen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Schaus, ich gehe davon aus, dass Sie damit nicht einverstanden sind.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja!)

Sollen wir darüber abstimmen? – Gut, dann stimmen wir ab. Wer für den Antrag des Kollegen Schaus zur Geschäftsordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, GRÜNE und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist das abgelehnt. Es bleibt so, wie es ist, am Ende der Tagesordnung.

Dann haben wir noch – das müsste jetzt verteilt sein – einen Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend digitale Spaltung zwischen Stadt und Land verschärft sich – Breitbandstrategie der Landesregierung ist gescheitert, Drucks. 18/6929. – Die Dringlichkeit wird bejaht. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 65. Falls dem keiner widerspricht, könnte er zusammen mit Tagesordnungspunkt 39 aufgerufen werden. Ist das die allgemeine Einschätzung? – Jawohl, das ist sie. Dann machen wir das so. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz) – Drucks. 18/6549 –**

Die Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten. Der Gesetzentwurf wird von Frau Kollegin Wissler eingebracht. Frau Kollegin Wissler, bitte sehr.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser etwas wolkigen Regierungserklärung des Herrn Wirtschaftsministers kommen wir jetzt zur praktischen Wirtschaftspolitik.

(Horst Klee (CDU): Jetzt geht es los!)

Wir haben den Gesetzentwurf eingebracht, weil wir es für ein riesiges Problem halten, dass derjenige, der heute ein Guthaben auf seinem Girokonto hat, nicht einmal 1 % Zinsen bekommt, wer aber sein Girokonto überzieht, im Durchschnitt 11 bis 12 % für den Dispokredit zahlen muss. Bei einigen Kreditinstituten liegen die Zinssätze für die Kontoüberziehung sogar noch höher. Teilweise liegen sie bei bis zu 18 %. Das ist so, obwohl sich die Banken derzeit so günstig wie noch nie refinanzieren können. Denn seit der Finanzmarktkrise ist der Leitzins der Europäischen Zentralbank von 4 % auf nur noch 0,75 % gesunken.

Zu Recht empfinden viele Verbraucherinnen und Verbraucher diese Zinshöhe für Dispokredite als Abzocke. Auch von den Verbraucherschützern kommt Kritik.

Diese Abzocke erfolgt ausgerechnet nach der Finanzmarktkrise, in der die Banken mit Steuermilliarden gerettet wurden. Diese Abzocke muss in der Tat ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach den Angaben der Bundesbank stand im Durchschnitt jeder Bundesbürger mit 500 € Dispokredit bei seiner Bank in der Kreide. Das ist natürlich auch ein Ergebnis der rigorosen Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre. Denn immer dann, wenn das Lohneinkommen sinkt oder stagniert, steigt die Verschuldung der Privathaushalte. Das geschieht am meisten dann, wenn es sich um geringe Einkommen handelt. Da können die niedrigen Lohnerhöhungen überhaupt nicht mehr das ausgleichen, was die Steigerung der Miete, die Steigerung der Energiekosten und die allgemeinen Preissteigerungen an zusätzlichen Kosten verursachen.

Es ist natürlich besonders bitter, dass das genau die trifft, die ohnehin schon am allerwenigsten haben. Sie versuchen, mit dem Dispokredit irgendwie über die Runden zu kommen. Das ist einfach eine weitere Runde der Umverteilung von den Ärmsten zu den Banken und ihren Aktionären.

Ich will noch einmal feststellen, dass gerade Deutschland, was die Dispozinsen angeht, über dem Durchschnittswert der Länder der Europäischen Union liegt. Dieses Problem ist auch der Bundesregierung nicht verborgen geblieben. Deshalb hat sie eine Studie in Auftrag gegeben. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und das Institut für Finanzdienstleistungen haben im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine bundesweite Studie über die Höhe der Dispokreditzinsen vorgelegt. Dieser Studie zufolge addieren sich die Dispokredite in Deutschland auf mehr als 40 Milliarden €. Vier von fünf Haushalten verfügen über einen Dispokreditrahmen. Laut dieser Studie nimmt jeder sechste Haushalt diesen Dispokredit regelmäßig in Anspruch.

Die Banken begründen die Höhe der Zinssätze mit dem angeblich zu hohen Ausfallrisiko und mit Bürokratiekosten. Ich will Ihnen nicht vorenthalten, dass die Studie zu dem Ergebnis kommt, dass die Ausfallquote mit nur 0,3 % außerordentlich gering ist. Im Vergleich dazu: Die Ausfallquote bei anderen Konsumentenkrediten beträgt 2,5 %.

Auch die Bürokratiekosten sind zumindest nicht gestiegen. Es gibt also überhaupt keinen Grund, warum die Banken die Senkung der Zinssätze nicht auch in Form einer Senkung der Dispozinssätze an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Erträge aus dem Dispositionsgeschäft die Kosten, die dem Kreditinstitut für dieses einzelne Produkt entstehen, deutlich übersteigen. Die Extragewinne würden zur Quersubventionierung anderer Leistungen oder zur Gewinnsteigerung verwendet. So weit wollte ich Daten aus dem Gutachten nennen.

Die hohen Zinssätze für Überziehungskredite führen zu hohen Zahlungen der privaten Haushalte an die Banken. Sie beschleunigen das Abrutschen gefährdeter Haushalte in die Überschuldung. Auch das belegt die Studie: Ganz besonders betroffen sind erwerbslose Familien mit Kindern und Selbstständige.

Ich sage deshalb: Das Allerbeste wäre natürlich eine bundesgesetzliche Regelung über die Höhe der Dispozinsen. Appelle und Selbstverpflichtungen helfen hier überhaupt nicht weiter. Eine gesetzliche Regelung muss her.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider ist der Antrag, den DIE LINKE dazu im Bundestag eingebracht hat, abgelehnt worden. Leider wurde er auch von den Mitgliedern der SPD-Fraktion abgelehnt. Auch Herr Steinbrück und Herr Schäfer-Gümbel fordern gerade eine Begrenzung der Höhe der Dispozinsen. Es ist schade, dass die SPD in den Jahren 2010 und 2011 im Bundestag noch dagegen gestimmt hat.

Ich will dazu noch eines sagen: Leider ist auch die Initiative von sechs Bundesländern im Bundesrat erfolglos geblieben. Darunter befand sich auch das von der CDU geführte Sachsen-Anhalt. Wer hat im Bundesrat die Gegenrede gehalten? – Es war natürlich jemand aus Hessen. Herr Staatsminister Boddenberg sagte wörtlich:

Natürlich ist nicht alles in Ordnung.

Das ist schon etwas. So viel Problembewusstsein vermisst man oftmals bei Ihnen. Er lehne die Initiative aber ab, auch wenn er damit Gefahr laufe, deshalb „Bankenlobbyist“ genannt zu werden. Herr Bottenberg, ja, so könnte man Sie in der Tat nennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Boddenberg verwies in seiner Rede auf die Verantwortung der Politiker in den Verwaltungsräten der Sparkassen. Dort sollte häufiger kritisch über die Geschäftspolitik geredet werden.

Mir ist nicht bekannt, dass Herr Boddenberg das einmal irgendwie öffentlich thematisiert hätte. Wenn er dafür ist, die Geschäftspolitik der Sparkassen kritisch zu diskutieren und zu verändern, stellt sich die Frage, warum er das nicht tut und die Diskussion nicht anschiebt. Es geht einfach darum, die Verantwortung immer von der einen Ebene auf die andere wegzuschieben.

Bei den Sparkassen hat der Landesgesetzgeber die Möglichkeit, gesetzliche Vorgaben zu machen. So könnte er die Verbraucher vor überhöhten Dispozinsen schützen. Hier kann der Landesgesetzgeber etwas tun und muss nicht auf das Handeln der Bundesebene warten. Wenn die Sparkassen ihre Zinssätze senken würden, würde das Vorbildcharakter und umgehend Auswirkungen auf das Zinsniveau anderer Kreditinstitute haben, die mit den Sparkassen um die Kunden konkurrieren.

Wir haben das recherchiert: Auch bei den hessischen Sparkassen besteht selbstverständlich Handlungsbedarf. Wir haben uns die Dispozinsen bei den Sparkassen angeschaut. Fast alle Dispozinsen liegen bei etwa 12 %.

Die Sparkassen würden durch eine gesetzliche Vorschrift zur Senkung der Dispozinsen im Wettbewerb nicht benachteiligt. Das Gegenteil wäre sogar der Fall. Sie würden gezwungen, sich einen Wettbewerbsvorteil zuzulegen. Denn ein niedriger Zinssatz macht in diesem Fall attraktiver. Das wäre auch sozialpolitisch sinnvoll, damit nicht immer mehr Haushalte in die Verschuldung abrutschen.

Die 34 hessischen Sparkassen haben im Jahr 2011 rund 239 Millionen € Gewinn erzielt. Das entspricht einem Plus von 7,5 % gegenüber dem Vorjahr. Nur 22,1 Millionen € wurden an die Kommunen als Träger der Sparkassen ausgeschüttet. Nur neun Sparkassen haben überhaupt an die Träger ausgeschüttet. Das hat auch der Rechnungshof kritisiert. Ich denke, das zeigt, dass zumindest der finanzielle Spielraum für niedrigere Dispozinsen gegeben ist.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Wir haben vor einigen Jahren die Regelung für das Girokonto für alle in das Hessische Sparkassengesetz aufgenommen. Ich denke, es wäre jetzt notwendig, auch bei den Dispozinsen klare Vorgaben zu machen. Der Überziehungszinssatz sollte auf maximal 5 % über dem Leitzins der Europäischen Zentralbank begrenzt werden. Mit unserem Gesetzentwurf soll der besonderen Aufgabe der Sparkassen, ihrem öffentlichen Auftrag und vor allem ihrer Gemeinwohlorientierung Rechnung getragen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wissler, vielen Dank. – Das Wort erhält nun Herr Abg. Clemens Reif für die CDU-Fraktion.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sehr gut, die Zeit ist reif!)

#### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wissler, ich glaube, Ihr Versuch der praktischen Umsetzung der Wirtschaftspolitik ist eben mit diesem Redebeitrag gescheitert. Das war eine richtige Bauchlandung.

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wieso?)

Die staatliche Begrenzung der Höhe der Zinsen von Überziehungskrediten würde die Verschuldung der Menschen nicht erschweren, sondern sie erleichtern. Der Vorschlag, den Sie hier im Auftrag der LINKEN gemacht haben, ist Populismus zulasten der hessischen Sparkassen und nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum Sie sich gerade die hessischen Sparkassen und nicht noch andere Banken ausgewählt haben, bleibt Ihr Geheimnis. Wo bleibt denn die Hinwendung beispielsweise zu der vom deutschen Staat mehrheitlich besessenen Commerzbank und anderen Banken? Wir können hier doch keinen Wettbewerbsnachteil für das hessische Sparkassenwesen beschließen und gesetzlich manifestieren, ohne dass wir dafür eine wettbewerbsrechtliche Begründung hätten. Im Gegenteil, wir müssen dieses hessische Sparkassenwesen fördern. Wir müssen es hegen und pflegen. Wir dürfen ihm nicht die Grundlage für ein ordentliches Wettbewerbsverhalten gegenüber anderen Banken rauben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht jeder Eingriff des Staats bringt Bürgerinnen und Bürgern eine Verbesserung. Im Gegenteil, mancher Vorschlag ist kontraproduktiv. Dazu gehört auch dieser.

Sie haben diesen gleichen Antrag schon in mehreren deutschen Landtagen gestellt.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Frau Wissler, Sie hatten ihn in Thüringen, im Saarland und im Deutschen Bundestag, um nur einige Parlamente zu nennen. Das ist ein Plagiat, das Sie hier vorstellen, nichts anderes. Sie haben das schon in anderen Ländern vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, das von Ihnen zitierte Institut für Finanzdienstleistungen und das von Ihnen zitierte Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung haben das begutachtet. Sie kommen eben nicht zu dem Ergebnis, das Sie hier verschleiern dargestellt haben. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Ihr Vorschlag gerade nicht umzusetzen ist. Im Konkreten sagen sie: Schnellschüsse tragen oft dazu bei, dass an ganz anderer Stelle Kollateralschäden entstehen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Darunter verstehen sie die Kollateralschäden gerade bei den Sparkassen, die dann in eine Inselsituation gebracht werden und gegenüber anderen Instituten Nachteile haben.

Meine Damen und Herren, Ihr Vorschlag ist keine wirksame Lösung. Denn schon heute gibt es dort Zinsbegrenzungen, wo der Bereich des Wuchers erreicht ist. Die davon betroffenen Personen können sich bei Gericht beschweren, und sie können das ändern lassen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): 12 % !)

Die von Ihnen vorgetragene Behauptung, das sei ein Wettbewerbsvorteil, ist doch eine Mär. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jemand, der einen Dispokredit braucht, kann doch gerade nicht von der Commerzbank, der Deutschen Bank oder der örtlichen Volksbank zur Sparkasse wechseln. Gerade dann wird er doch von der Sparkasse eingeordnet,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

und es ist ein Problemkredit. Er wird den höchsten Dispokreditzins bezahlen müssen. Insofern ist Ihre Behauptung, das sei ein Wettbewerbsvorteil, gerade ein Argument dafür, dass das ein Wettbewerbsnachteil für den Kunden selbst ist und überhaupt kein Grund, zu wechseln.

Dispokredite sind ausschließlich für kurzfristige Überbrückungen momentaner Zahlungsengepässe gedacht. Sie sind keine Krediterleichterung. Vor allem sind sie keine Dauerkredite. Ich habe aber den Eindruck, Sie verwechseln das eine mit dem anderen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nein, nein!)

Dispo- und Überziehungskredite sind als Notpuffer gedacht. Dafür zahlt man höhere Zinsen.

Es gibt kein Recht auf billige Schulden. Das muss man sagen. Wie wollen Sie das Gerechtigkeitsprinzip für die Schuldner in Gänze darstellen?

Übrigens gibt es Kleinkredite und Ratenkredite, die man vereinbaren kann. Für Schüler und Studierende gibt es günstige Kreditformen, bei denen man diese Probleme nicht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Überziehungskredit ist grundsätzlich bei jeder Bank der teuerste Kredit, da er ohne jede weitere Prüfung der Bonität automatisch eingeräumt wird. Damit fehlt ein wirklich wichtiges Element der Risikoeinschätzung. Daher liegt es schon in der Natur der Sache, dass man sich dabei an den allgemeinen Grundsätzen und an den allgemeinen Ausfallrisiken orientieren muss.

Neben dem Eingriff in die Vertragsfreiheit ist Ihr Gesetzentwurf aus wettbewerbsrechtlichen Gründen, aus wettbewerbsrechtlicher Sicht höchst zweifelhaft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ziel kann es nicht sein, dass Sparkassen bislang nicht in Not geratene schlechte Schuldner regelrecht anziehen und ihnen den Schritt in diese kurzfristigen Kredite – und damit die persönliche Verschuldung – erleichtern. Wir lehnen das ab, weil wir auch in Zukunft das hessische Sparkassenwesen nachhaltig stabilisieren möchten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Reif. – Es gibt eine Kurzintervention. Frau Kollegin Wissler.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reif, es ist richtig, wir haben das auch im Deutschen Bundestag und auch in anderen Landtagen beantragt. Denn wir sind der Meinung, eigentlich braucht man eine bundesgesetzliche Regelung, die dann natürlich auch für alle Banken und alle Kreditinstitute gilt, nicht nur für die Sparkassen. Das ist vollkommen richtig.

Aber Sie waren es doch, die im Bundesrat eine Mehrheit dafür verhindert haben. Wenn Sie sagen: „Keine Extrabehandlung für Sparkassen, sondern man muss das Problem insgesamt, für alle Kreditinstitute, angehen“, warum haben Sie dann eine solche Regelung im Bundesrat verhindert, obwohl doch sogar Sachsen-Anhalt – wo Sie, die CDU, regieren – zu der Überzeugung gekommen ist, dass das das Sinnvollste ist?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann überhaupt nicht erkennen, wo hier die Sparkassen benachteiligt werden sollen. Wenn Sie so argumentieren, dann müssen wir auch über das Regionalitätsprinzip reden.

Wenn Sie das so sehen, dann sind auch dort die Sparkassen benachteiligt. Wir müssen dann über die Frage der Gemeinwohlorientierung reden, über das Girokonto für alle. Damals haben Sie doch zugestimmt, dass man in das Hessische Sparkassengesetz hineinschreibt, die Sparkassen hätten die Aufgabe, jedem ein Girokonto zur Verfügung zu stellen. Nach Ihrer Logik ist doch auch das ein Wettbewerbsnachteil gegenüber privaten Banken, die sich ihre Kunden aussuchen dürfen.

Ich kann auch nicht erkennen, worin der wettbewerbsrechtliche Unterschied besteht – wenn man den Sparkassen vorschreibt, sie müssten jedem ein Girokonto einrichten –, wenn man die Zinssätze gesetzlich regelt.

Ich will das nochmals sagen: Es ist doch wirklich nicht in Ordnung, wenn sich die Banken aufgrund des niedrigen EZB-Leitzinses Geld für einen Prozentsatz unter 1 % leihen, für dieses Geld dann aber von den Verbraucherinnen und Verbrauchern Zinssätze bis zu 18 % verlangen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist doch Wucher!)

Das ist eine Umverteilung von unten nach oben.

Weil Sie jetzt sagten, die Ausfallrisiken seien groß, will ich nochmals sagen: Dieser Studie zufolge liegen diese Ausfallrisiken bei 0,3 %. Die Ausfallrisiken bei Dispokrediten liegen unterhalb des Ausfallrisikos sonstiger Konsumtenkredite. Sie sagen, die Menschen würden dazu verleitet, Schulden zu machen. Das ist Quatsch. Es gibt eine Studie aus den USA, die besagt, ab einer gewissen Schuldenhöhe macht es überhaupt keinen Unterschied mehr, wie das Zinsniveau ist.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wissler, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Ich komme zum Schluss. – Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung fordert genau das. Es ist doch absurd, zu sagen, dadurch würden die Leute zum Schuldenmachen animiert.

Ich denke, Sie sind nicht der Richtige, um sich als Anwalt der Sparkassen aufzuspielen. Die CDU-Landesregierung hat einmal versucht, die Privatisierung der Sparkassen in die Wege zu leiten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Genau!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Wissler, ich muss Sie bitten.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Reif, bitte.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Frau Kollegin Wissler, als Erstes stelle ich fest: Das, was Sie vorgestellt haben, ist ein Plagiat.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Dieses Plagiat wurde im Saarland für saarländische Sparkassen, in Thüringen für thüringische Sparkassen, in anderen Ländern für andere Landessparkassen gemacht und im Bund ebenfalls.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns liegen die Protokolle vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Grunde genommen ist Ihre Rede auch ein Plagiat dessen, was schon auf anderer Ebene vorgetragen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Und wo ist das Problem?)

– Nein, nein, nein, wir wollen Sie da nicht entschuldigen. Sagen Sie doch gleich, dass Sie etwas aus anderen Quellen abgeschrieben haben. Dann sind wir doch zufrieden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, wir sind doch alle in einer Partei!)

Lassen Sie sich doch hier nicht überführen. Das haben Sie doch gar nicht nötig.

Das Zweite, das ich Ihnen sagen möchte: Wieso haben Sie denn nicht gleich gesagt, dass es Ihnen nicht um die hessischen Sparkassen geht, sondern um das Bankenwesen im Allgemeinen?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das habe ich doch gesagt!)

– Nein, Sie haben einen Antrag vorgestellt, der dem hessischen Sparkassenwesen einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil verordnet. In Ihrem Antrag haben Sie auf das Hessische Sparkassengesetz rekurriert, auf nichts anderes.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie bringen dieses hessische Sparkassenwesen in einen direkten Wettbewerbsnachteil gegenüber Hunderten von Volksbanken und anderen Banken. Das ist die Realität. Das haben Sie hier dargestellt und nichts anderes. Das aber wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Noch ein anderes muss gesagt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Dispokredit in Höhe von 18 % ist natürlich nur dann möglich, wenn die Bonität des beantragenden Schuldners so niedrig ist, dass er in Gefahr steht, dass er diesen Dispokredit nicht zurückzahlen kann.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Das beweisen doch gerade die Studien der Institute, die Sie eben zitiert haben. Picken Sie sich doch nicht irgendetwas aus diesen Studien heraus, was Ihnen gefällt, und lassen das andere weg. In der Regel ist es so, dass für Dispokredite nicht Zinsen von 18, 19 % gefordert werden. Ich sage es noch einmal: Es gibt Kleinkredite, es gibt Ratenkredite, auf die die Banken die Kunden aufmerksam machen, und für

Schüler, Studenten und in Ausbildung Stehende gibt es Kreditleichterungen, die sehr attraktiv sind,

(Günter Rudolph (SPD): Uhrzeit!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Reif, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Clemens Reif (CDU):**

sodass wir Ihren Ratschlag hier nicht annehmen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Die Zeit ist reif!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Klose, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs dieser Debatte über die Sparkassen zunächst noch etwas grundsätzlich werden, weil ich schon meine, dass die Sparkassen es verdienen, in dieser Frage eingeordnet zu werden. Die Finanzkrise seit der Lehman-Pleite hat deutlich gemacht, wie wichtig und wie unverzichtbar die öffentlich-rechtlichen Sparkassen, aber auch die Genossenschaftsbanken im deutschen Bankenwesen sind. Die stabilisierende Leistung, die durch diese Kreditinstitute gerade während der Krise erbracht wurde, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Deshalb hoffen wir, dass inzwischen auch die FDP von dem früher bereits diskutierten Vorschlag, die Sparkassen zu privatisieren, Abstand genommen hat.

(Clemens Reif (CDU): Das gehört nicht zur Debatte!)

Meine Damen und Herren, der öffentliche Finanzsektor ist der Vorreiter schlechthin für eine stärkere Ausrichtung der Finanzmärkte am Gemeinwohl, die wir GRÜNE wollen. Die Sparkassen, die Landesbanken und die anderen öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute sollten diesen Vorsprung dann auch nutzen und ihre Geschäftspolitik konsequent an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien orientieren. Darin liegt eine große Chance, und wir fordern die Institute auf, diese Chance noch mehr als bisher zu nutzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, die Novelle des Sparkassengesetzes im Jahr 2008 hat nicht nur die Sparkassen vor der Privatisierung geschützt, sondern auch ihren gemeinnützigen Auftrag erweitert und die Rolle der Verwaltungsräte gestärkt. Im Pflichtenkatalog der hessischen Sparkassen wurden unter anderem das Girokonto auf Guthabenbasis für jedermann, die Existenzgründungsberatung und die Zusammenarbeit mit den Förderbanken von Bund und Land

festgeschrieben. Das ist auch richtig so; denn der Hauptzweck der Sparkassen ist eben nicht die Erzielung von Gewinn, sondern die Erfüllung ihres gemeinnützigen Auftrags. Nur so ist im Übrigen ihre Sonderstellung gegenüber den Geschäftsbanken zu rechtfertigen, und das betrifft dann in der Tat auch die Spanne zwischen Kredit- und Sparzins.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Diese Sonderstellung der Sparkassen bringt dann nämlich auch besondere Pflichten mit sich. Meine Damen und Herren, es kann doch nicht richtig sein, dass in einer Zeit, in der sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank so günstig Geld leihen können wie noch nie, von den Kundinnen und Kunden durchschnittlich 12,4 % Zinsen für einen einfachen Dispokredit verlangt werden, wie es die Stiftung Warentest im vergangenen Jahr erhoben hat. Die Zinsen für Dispokredite gehören in der Tat in Deutschland damit zu den höchsten in Europa. Die bereits angesprochene Studie für das Bundesverbraucherschutzministerium hat belegt, dass derartige Wucherzinsen weder durch die Ausfallquote, Herr Reif, noch durch die Bearbeitungskosten dieser Kredite gerechtfertigt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir schließen uns deshalb ausdrücklich der Forderung der Verbraucherschutzverbände nach gesetzlichen Obergrenzen für Dispokreditzinsen für alle Banken an.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig sollten wir aber die Verwaltungsräte der Sparkassen auch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Sie bestimmen die Geschäftspolitik der Sparkassen, und sie beaufsichtigen die Geschäftsführung der Vorstände. Wir haben ihre Rechte mit der Novelle des Sparkassengesetzes 2008 erweitert. Sie repräsentieren seither die Kommunalparlamente umfassender als zuvor. Damit sind der Kommunalpolitik neue Chancen erwachsen, die Geschäftspolitik ihrer Sparkassen noch stärker am Gemeinwohlgedanken auszurichten. Dazu gehört aber dann auch, diese Verantwortung wahr- und diese Aufgabe ernst zu nehmen. Diese Verwaltungsräte können einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass die reale Geschäftspolitik der Sparkassen dem großen Anspruch gerecht wird und zuvorderst der regionalen Wirtschaft und dem Gemeinwohl dient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE) – Clemens Reif (CDU): Das Gemeinwohl heißt aber nicht, dass schlechte Schuldner privilegiert werden!)

– Das ist richtig.

Meine Damen und Herren, die Verwaltungsräte wurden vor Kurzem erstmals nach dem neuen Modus gewählt. Wir schlagen Ihnen heute von hier aus vor, dass wir nach einer angemessenen Frist gemeinsam prüfen, ob deren Arbeit praktisch so gelingt, wie wir uns das seinerzeit vorgestellt haben, oder ob es Nachsteuerungsbedarf gibt. Zu dieser Überprüfung gehört es dann in der Tat auch, sich anzuschauen, ob die Verwaltungsräte ihrer gemeinnützigen Verantwortung bei den besagten Zinssätzen nachkommen. Denn leider sind auch Sparkassen immer mal wieder in der

Spitzengruppe der Dispozinssätze dabei. Das ist unserer Überzeugung nach eben nicht mit dem Gemeinwohlaufrag vereinbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Allerdings, Frau Kollegin Wissler, will ich doch erheblichen Zweifel anmelden, dass der Weg einer gesetzlichen Deckelung allein für die hessischen Sparkassen, den Sie mit Ihrem Gesetzentwurf beschreiten, richtig sein kann. Denn, es ist schon mehrfach ausgeführt worden, auch die Sparkassen befinden sich natürlich im Wettbewerb mit den anderen Kreditinstituten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Der ist eh verzerrt!)

Einen gesetzlichen Deckel nur für sie einzuziehen muss ordnungspolitisch wohlüberlegt sein. Darüber vor allem sollten wir im Rahmen der weiteren Ausschussberatung intensiv reden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Günter Rudolph (SPD))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Klose. – Das Wort hat Herr Abg. Grumbach, SPD-Fraktion.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir bewegen uns in einem Feld, wo durchaus ein richtiges Problem festgestellt worden ist. Herr Reif, lassen Sie mich einfach eine Bemerkung zu Ihrem Beitrag machen. Sie befinden sich in einer Welt, die sich von der Welt derer unterscheidet, die im Wesentlichen Dispokredite in Anspruch nehmen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wenn Sie nur einmal drei Tage in einer Schuldnerberatung gearbeitet hätten, wüssten Sie, dass die Frage, die Sie rationalerweise völlig zu Recht stellen – der rationale Umgang mit Krediten und Umschuldungen –, in den Schichten, die Schuldnerberatung aufsuchen, nicht das Normale ist, sondern dass die in die Dispo-falle hineinrutschen und da auch drinbleiben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Deswegen glaube ich, an der Stelle sollten Sie vielleicht einmal überlegen, ob eine Ihrer früheren Entscheidungen, nämlich die Finanzierung der Schuldnerberatung in Hessen zu reduzieren, wo solch rationales Verhalten für Menschen mit wenig Einkommen organisiert wird, nicht korrekturbedürftig ist. – Das wäre eine Vorbemerkung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der zweite Punkt ist auch ein grundsätzlicher; denn wir bewegen uns im Grenzbereich. Wir reden über zwei Dinge: Wir reden über Marktversagen, und wir reden über Marktmacht. Marktmacht deswegen – auch das wieder Schuldnerberatungserfahrung –: Wenn Sie einmal versucht haben, einen Dispokredit umzuschulden in einen langfristigen Kredit, genau bei denen, die diese hohen Dispokreditraten zahlen, dann werden Sie feststellen, dass Ihnen das gar nicht gelingt, weil das Risiko – –

(Clemens Reif (CDU): Ja, das muss man vorher machen, Herr Grumbach!)

– Herr Reif, das ist das Problem. Sie machen Angebote an Menschen, die diese Angebote gar nicht wahrnehmen können.

(Clemens Reif (CDU): Sie müssen das vorher machen!)

– Das weiß ich doch. Aber Sie erklären das Menschen, die das nicht begriffen haben und dann in einem anderen Zustand sind.

Das ist genau der Punkt, wo es um Marktmacht geht. Da haben wir relativ klare Regeln. Wir leben in einer Gesellschaft, wo Preise jedenfalls nicht direkt vom Gesetzgeber festgelegt werden, sondern vom Gesetzgeber werden – völlig zu Recht – Grenzen für Preisüberschreitungen festgelegt. Das Wort Wucher ist bei Miete, Zinsen, wo auch immer, der richtige Punkt. Ich sage einmal relativ freundlich, bei Refinanzierungskosten unter 1 % ist ein zweistelliger Zinssatz Wucher. Da bin ich in der Wertung relativ klar. Die Frage ist, wie man ihn einschränken kann.

Liebe Janine, es freut mich auch, in dieser Frage eine Gemeinsamkeit festzustellen. Denn wann sind Janine Wissler und Peer Steinbrück schon einmal einer Meinung? Für wen oder gegen wen das spricht, könnt ihr euch selbst aussuchen.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Das spricht für den Dispozins! – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Debatte läuft doch schon zwei Jahre. Die Frage ist aber, in welchem Rahmen wir agieren.

Ich denke, dass allein schon der Umfang des Gesetzentwurfs ein Problem aufwirft; er ist eigentlich zu schmal. Wenn man sich die Gesamtheit der Einnahmen der Banken und deren Einnahmequellen anschaut, dann wird man feststellen, dass sowohl die Zinssätze als auch die Bankgebühren in manchen Fällen hochgradig diskussionswürdig sind, dass das aber eine Regelung wäre, die kein Landesparlament treffen kann. Dass es hier nicht um Kosten, sondern um Gewinne geht, wird relativ schnell deutlich, egal, um welchen Bankentyp es sich handelt. – So weit die Gemeinsamkeiten.

Die Unterschiede sind in drei Punkten ganz einfach darstellbar:

Erstens. Warum bewerten Sie nur einen Kostenfaktor? Warum keine Gesamtbewertung?

Zweitens. Warum ein Landesgesetz? Warum versuchen wir nicht, die beiden Anträge, die vorliegen, so zusammenzuführen, dass sie eine gemeinsame Position wiedergeben?

Drittens. Die Sparkassen – da hat der Kollege Klose völlig recht – haben einen Auftrag für das Gemeinwohl, und es gibt bei dem, was sie machen, bestimmte Grenzen. Wenn man aber die Gemeinschaft der Sparkassen per Gesetz um eine halbe Milliarde oder eine Dreiviertelmilliarde Euro ärmer macht und meint, man würde die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Bankensäulen nicht verschieben, dann irrt man sich.

Das heißt, die richtige Position wäre, zu sagen: Wir wollen ein Bundesgesetz haben – da wären wir uns einig –, das das für alle Banktypen regelt und auch mehr als nur die Dispo-Geschichten regelt.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassung: Liebe LINKE, der Gesetzentwurf ist das Gegenteil von gut, nämlich gut gemeint. Da müsste man noch ein bisschen nacharbeiten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Grumbach. – Das Wort hat der Abg. Lenders, FDP-Fraktion.

### Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf könnte in der Tat von einem Straßenhändler stammen, denn er vagabundiert durch die gesamte Republik.

Den Wettbewerbsaspekt hat der Kollege Clemens Reif schon dargestellt; deshalb will ich darauf gar nicht mehr eingehen, aber noch ein oder zwei Aspekte aus der Sicht der Kreditnehmer und aus der Sicht der Sparkassen vortragen.

Hohe Dispositionszinsen sind für die Kreditnehmer ein Ärgernis. Aber nicht jeder, der einen Dispositionskredit in Anspruch nimmt, tut das aus der Not heraus. Dispositionskredite sind oftmals dazu gedacht, kurzfristige Finanzierungsabsichten sicherzustellen und zu ermöglichen. Genau das ist der Charakter der Dispositionskredite.

Die Zinshöhen sind an den Charakter dieses Kredites angepasst. Wenn es im Sinne des Anliegens von Frau Wissler zu einer Deckelung der Zinsen kommen würde, würde es für den Kreditnehmer überhaupt keinen Anreiz mehr geben, zu einer Tilgung zu kommen. Der Kreditnehmer würde in eine Schuldenfalle hineinlaufen. Das wäre der falsche Anreiz. Den sollten wir nicht setzen. Der Kreditnehmer erhielte überhaupt keinen Anreiz mehr – selbst wenn er merken würde, dass er in der Schuldenfalle sitzt –, umzudisponieren und seine finanzielle Schuld in langfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln. Alle diese Anreize würden komplett wegfallen.

Meine Damen und Herren, den Effekt, den ich gerade beschrieben habe, hat es auch im Großen gegeben. Die Immobilienkrise in Amerika ist nicht zuletzt aus einer verfehlten Zinspolitik heraus entstanden. Das gilt auch für Griechenland. Die leichte Beschaffung von Geld auf den Geldmärkten aufgrund der günstigen Zinssätze hat bei den Griechen dazu geführt, dass das Land komplett überschuldet ist. Jetzt werden Sie vielleicht fragen: Was hat die große Politik mit unseren Sparkassen zu tun? – Das will ich Ihnen sagen. Die gleiche Situation hatten wir bei den Sparkassen in Spanien, und sie hat in Spanien zu einer Krise geführt.

Das Ganze nun aus der Sicht der Sparkassen. Die Sparkassen müssen mit den Zinsen auch das Risiko abdecken, das in einem Kredit steckt. Dispositionskredite, die auf einem Lohn- und Gehaltskonto gewährt werden, haben in der Regel ein sehr hohes Ausfallrisiko.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch nicht!)

– Jetzt meldet sich natürlich gleich der große Finanzexperte zu Wort.

Es reicht heutzutage in der Regel aus, dass Sie der Bank drei Einkommensnachweise vorlegen; schon bekommen Sie in einer entsprechenden Höhe einen Dispositionskredit eingeräumt. Das bedeutet für die Bank ein erhebliches Risiko. Die Bank bringt das aber mit einem höheren Zinssatz wieder ins rechte Lot. Wenn es dazu käme, dass der Dispositionskredit auf 5 % gedeckelt würde, dann bräuchten die Sparkassen eine höhere Eigenkapitalquote, um das wieder auszugleichen. Das sind die Anforderungen aus Basel II und Basel III. Dann stellt sich wiederum die Frage: Wo kommt das Kapital für die Sparkassen her?

Wenn man Ihre Idee, meine Damen und Herren von den LINKEN, zu Ende denken würde, dürften die Sparkassen aus wettbewerbsrechtlichen Gründen keine Dispositionskredite mehr geben, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Oder es würde am Ende keine Sparkassen mehr geben. Das sind Szenarien, die wir vonseiten der CDU und der FDP nicht haben wollen. Die Sparkassen würden als Partner für die KMU ausfallen. Das große Filialnetz der Sparkassen wäre überhaupt nicht mehr finanzierbar. Die Ausbildung, die die Sparkassen machen, könnte nicht mehr stattfinden, und auch im kulturellen Bereich und im Sport – denken Sie nur an die vielen Stiftungen und an die Kommunalfonds, an denen sich die Sparkassen beteiligen – könnte dieses Engagement nicht mehr stattfinden.

Ich freue mich auf die Beratungen zu dem Gesetzentwurf im Ausschuss.

(Günter Rudolph (SPD): Sie sind wirklich schmerzfrei!)

– Ja, ich bin schmerzfrei. – Ich will noch eines zum Kollegen Kai Klose sagen. Lieber Kai – wir hatten das heute schon einmal mit dem Du –, es wäre besser gewesen, in deiner Rede das Wort „Plagiat“ zu verwenden. Ich will einen Kollegen aus dem Thüringer Landtag zitieren. Dort sagte der Kollege Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf einen Zuruf von Herrn Ramelow von den LINKEN:

Ja, jetzt sind wir wieder bei der Schuldfrage ... Ich behaupte, es wird nicht jeder Mensch über den Dispo getrieben. Ich behaupte, dass Menschen auch bewusst in den Dispositionskredit hineingehen ... Dispositionskredit in Anspruch zu nehmen ist ihr gutes Recht, das können sie gerne tun. Aber das war genau die Frage von Schuld oder Nichtschuld, mit der Sie argumentieren. Mit der argumentiere ich aber nicht.

Er sagt ein bisschen später:

Weiterhin muss der Wettbewerbsnachteil für Thüringer Sparkassen erwähnt werden. Das heißt, es wird mit diesem Gesetzentwurf auch eine Schwächung der Thüringer Sparkassen verfolgt.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Der Kollege von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat recht. Die Folge für die hessischen Sparkassen wäre dieselbe.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Rentsch.

### **Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die Debatte zeigt, dass es keine Unstimmigkeit in diesem Hause gibt, dass die zum Teil sehr hohen Dispozinsen ein großes Ärgernis sind. Das darf man hier einmal sagen – auch dass man gelegentlich, gerade bei solchen exorbitanten Tatbeständen, nicht nur die Stirn runzelt.

Frau Kollegin Wissler, es gibt einen Dissens zwischen uns bei der Frage, ob die Dispozinsen dafür verantwortlich sind, dass Menschen in die Schuldenfalle geraten. Dazu habe ich heute in diesem Hause viel Richtiges gehört. Die Dispositionskreditzinsen sind mit Sicherheit nicht verantwortlich, denn ein Dispositionskredit ist zur Überbrückung von kurzfristigen Finanzauslagen notwendig, nicht für langfristige.

(Zurufe der Abg. Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE))

– Sie brauchen zehn Minuten vor sieben hier nicht so herumzuschreien. Das hört draußen keiner. Machen Sie aber ruhig so weiter.

Was mich an dem Gesetzentwurf stört, ist, dass Sie damit den Eindruck erwecken, man könnte in diesem Bereich mit einer gesetzlichen Norm ein bestimmtes Problem lösen.

Ich finde, das hat Kollege Reif sehr gut ausgeführt. Neben der Tatsache, dass dieser Gesetzentwurf in verschiedenen Parlamenten eingebracht worden ist und die Bundesregierung in einer großen Runde mit den Sparkassen über die Frage gesprochen hat, dass die Thematik des Verbraucherschutzes in der Kreditwirtschaft ein Problem darstellt, hat Herr Reif sehr gut dargelegt, was die Frage des Eigenkapitals angeht und was die Funktion der Sparkassen ist.

Herr Kollege von den GRÜNEN, ich glaube, dass wir – das haben auch Sie gesagt; da will ich Ihnen zustimmen – unsere Verantwortung in den Gremien, in denen wir sitzen, wahrnehmen müssen. Auch Ihre Partei ist in den Aufsichtsgremien der Sparkasse hier in der Region vertreten. Es sind viele kommunalpolitisch aktiv und tragen dort Verantwortung. Es ist immer auch eine Frage der Geschäftspolitik.

Aber klar ist auch, dass ein Dispositionskredit ein anderes Instrument ist als ein langfristiger Kredit. Herr Kollege Grumbach, deshalb ist Ihre Aussage auch falsch, dass der Dispositionskredit bei der Refinanzierung genauso zu bewerten ist wie ein anderer Kredit. Denn das Ausfallrisiko ist hier ein deutlich höheres.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt doch nicht!)

Deshalb hat er auch höhere Zinsen. Deshalb gehört es dazu, dass man nicht nur eine teilweise Fehlentwicklung geißelt, sondern auch sagt: Das sind unterschiedliche Instrumente, die deshalb bankwirtschaftlich auch unterschiedlich behandelt werden. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann das nicht alles in einen Topf werfen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Studie kommt doch gerade zu dem anderen Ergebnis!)

– Frau Kollegin Wissler, bei Ihnen bewundere ich immer, aus welchen Ländern Sie überall Studien herauskramen. Das muss ich wirklich sagen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Landesregierung!)

– Sie haben gerade eine amerikanische Studie zum Thema Insolvenz im privatwirtschaftlichen Bereich genannt. Das finde ich immer ganz spannend. Sie haben immer ganz viele Studien dabei. Ich glaube, dass sich ein Mitarbeiter nur um Studienrecherche kümmert. Es ist sicherlich auch nicht ganz falsch, wenn das bei den LINKEN passiert.

(Clemens Reif (CDU): Sie zitiert nur nicht richtig! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Am liebsten zitiere ich das Wirtschaftsministerium!)

– Sie zitiert gelegentlich nicht richtig. Das weiß ich nicht. Auf diesen Kampf will ich mich nicht einlassen. Aber Frau Kollegin Wissler ist auch bei der Studienanalyse leider immer nur sehr einseitig aktiv.

Deshalb kann ich sagen – diese aktuellen Daten liegen uns vor, auch in den Gesprächen, die wir mit dem Sparkassen- und Giroverband geführt haben –:

Erstens. Die Einzelfälle, die hier proklamiert werden, sind Einzelfälle. Das ist wichtig zu hinterlegen.

Zweitens. Die Sparkassen sind gerade aktuell, was das Eigenkapital angeht, in einer nicht ganz einfachen Situation. Wir wollen die Sparkassen – Herr Kollege Klose, ich sage ganz bewusst: auch wir –, diese dritte Säule, als Instrument gerade auch für unsere mittelständische Wirtschaft erhalten. Darüber gibt es überhaupt keinen Dissens. Das gilt gerade für die öffentlich-rechtliche Struktur, wie wir sie jetzt haben. Deshalb haben wir übrigens auch gemeinsam mit Herrn Grandke bei der Frage der EU und der Bankenaufsicht sehr stark an der Seite des Sparkassen- und Giroverbandes gekämpft. Insofern gibt es auch da keinen Dissens, sondern Konsens.

Frau Kollegin Wissler, es ist eben so, dass die Sparkassen hinsichtlich des Eigenkapitals sehr hohe Anforderungen zu erfüllen haben und dass sie diese Anforderungen auch rechnerisch hinterlegen müssen, wie Kollege Lenders ausgeführt hat. Ich glaube, das ist unstrittig.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es keine Überraschung – Kollege Boddenberg hat im Bundesrat für uns schon diese Position vertreten; ich vertrete sie heute auch hier –:

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Eine gesetzliche Maßnahme ist eine Illusion, vielleicht für den Stammtisch. Aber sie ist keine Lösung für das Problem, das Sie angesprochen haben. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, dass Veränderungen an Ihrem Gesetzentwurf noch dazu führen können, dass wir ihn unterstützen werden. Aber ich bin gern bereit und offen: Vielleicht haben Sie noch Ideen, wie Sie uns von diesem Thema überzeugen können. Bisher sehe ich da keine Möglichkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister Rentsch, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs abgehalten. Wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der



zweiten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. – Dafür sehe ich allgemeine Zustimmung.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich entlasse Sie in Frieden und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:54 Uhr)